

# Der Grundstein

## Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

### Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgeb.),  
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgegeben vom  
Zentralverband der Maurer Deutschlands,  
Hamburg 1.

Schluss der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr.  
Verlags-Anzeigen  
für die dreispaltige Beilage oder deren Raum 30 A.

### Die „Reform“ der reichsgesetzlichen Arbeiterversicherung.

I.

Kürzlich haben wir den hauptsächlichsten Inhalt des dem Bundesrat zugegangenen Entwurfs einer „Reichsversicherungsordnung“ in knapper Zusammenfassung mitgeteilt. Wir wollen uns nunmehr näher mit ihm beschäftigen. Vorweg sei bemerkt, daß er der im Laufe der Jahre, besonders seitens der Arbeiterschaft, so oft und energig erhobenen Forderung nach gründlicher Reform und Ausgestaltung der reichsgesetzlichen Arbeiterversicherung nicht genügt. Die organische Zusammenfassung der einzelnen Versicherungszweige zu einem Ganzen wird abgelehnt. Während der frühere Staatssekretär des Reichsamts des Innern, Graf Posadowsky, einer Vereinheitlichung nicht abgeneigt war, ja, sie sogar ganz direkt als eine Notwendigkeit bezeichnete, stellt sich der unter seinem Nachfolger, dem Grafen v. Bethmann-Hollweg, ausgearbeitete Entwurf auf den entgegengesetzten Standpunkt. Nach dessen Begründung wird nur eine „gegenseitige Annäherung“ der Versicherungsfrage „unter Wahrung ihrer Selbständigkeit“ erstrebt.

Das verdient die schärfste Mißbilligung. Daß die einzelnen Versicherungszweige sich gegenseitig bedingen und ineinander übergreifen, stand von vornherein, als man im Jahre 1883 die reichsgesetzliche Arbeiterversicherung mit Schaffung des Krankenversicherungsgesetzes in Angriff nahm, so unbedingt fest, daß für den Gesetzgeber nichts näher gelegen hätte, als sogleich die organische Grundlage für eine Einheitlichkeit zu schaffen. Statt dessen hat man Kranken-, Unfall- und Invaliditätsversicherung getrennt organisiert, sie als selbständige Versicherungsfächer nebeneinander gestellt.

Das war ein schwerer Fehler. Hinzu kam, daß in einzelnen beständig Klärarbeit geleistet worden. Statt, wie“ die Sozialdemokratie es forderte, den Kreis der Versicherten von vornherein auf alle Arbeiter und kleinen Unternehmer in Industrie, Gewerbe, Handel, Schifffahrt, Landwirtschaft, Hausindustrie usw. auszudehnen, beschränkte man ihn auf einen verhältnismäßig kleinen Teil industrieller und gewerblicher Arbeiter. Man war dann genötigt, den Kreis der Versicherten durch Ausführungsgeetze nach und nach zu erweitern.

Die Reichsversicherungsordnung umfaßt fünf Bücher. Das erste Buch enthält allgemeine Vorschriften. Als Mittel zur „gegenseitigen Annäherung“ der Versicherungszweige, soll ein ihnen allgemeines „Vindglied“ dienen, die untere, örtliche Instanz. Es ist das etwas von dem, was für die völlige Vereinheitlichung zu fordern ist. Die Erfahrung lehrt, daß eine solche Instanz nötig ist. Eine Hauptfrage für den Versicherten ist, daß ihm rasch geholfen wird, und daß er genau weiß, wofür er sich für die Geltendmachung seiner Ansprüche zu wenden hat. Heute steht ihm nur die Krankenkasse örtlich nahe. Alle andern Versicherungsorgane, die für Unfall und Invalidität, sind oft räumlich so weit entfernt, daß es den Versicherten schwer, wenn nicht unmöglich ist, mit ihnen in persönliche Verbindung zu kommen. Das ist ein großer Uebelstand, der sehr häufig zu bedenklichen Verzögerungen, ja gar nicht selten dazu führt, daß der Versicherte um seinen Anspruch kommt. Es kommt dabei die Zersplitterung der Zuständigkeit der Versicherungsorgane in Betracht. Einmal greift die Unterstützungs- und Entschädigungspflicht der versicherten Versicherungsträger vielfach ineinander über, woraus zahllose Zweifel und Streitigkeiten entstehen. Sodann ist die Gliederung der einzelnen Versicherungsträger in sich nicht so gleichmäßig, daß im gegebenen

Falle die Zuständigkeit des einen oder des andern ihrer Organe ohne weiteres nach außen erkennbar feststünde. Endlich aber wirkt bei der Durchführung der Versicherung neben dem Versicherungsträger selbst eine ganze Reihe von staatlichen, kommunalen, polizeilichen Behörden mit, denen die einzelnen Aufgaben mehr nach jeweiligen Zweckmäßigkeitsgründen als nach einheitlichen, klaren und festen Grundsätzen zugewiesen sind. Daraus ergibt sich eine das Interesse der Versicherten schwer gefährdende Unklarheit und Unsicherheit.

Aus diesen Gründen wird im Entwurf die Schaffung örtlicher Stellen, der „Versicherungsämter“, vorgeschlagen. Sie sollen für die Krankenversicherung die Aufsichtsinanz, für die Unfall-, die Invaliditäts- und die Hinterbliebenenversicherung den gemeinsamen Unterbau abgeben. Daneben werden ihnen in allgemeinen alle Aufgaben aus dem Gebiete der reichsgesetzlichen Versicherung überwiesen, die nach der geltenden Gesetzgebung Sache der untern Verwaltungsbehörden, der Gemeinde und sonstiger untern Instanzen sind und die Versicherungsträger bei Durchführung ihrer Ueberwachungsaufgaben unterstützen. Auch soll ihnen für ihren Bezirk obliegen, unentgeltlich über alle Fragen Auskunft zu erteilen, die mit der reichsgesetzlichen Versicherung in Verbindung stehen. In der Hauptsache sollen die Versicherungsämter als erste Instanz die Aufgaben einer untern Spruch-, Beschluß- und Aufsichtsbehörde erfüllen. Auf diese Weise soll u. a. für die Krankenversicherung die heute nicht vorhandene Einheitlichkeit der Spruchinstanzen geschaffen werden.

Als höhere Spruch-, Beschluß- und Aufsichtsinanz kommt nach dem Entwurf in Betracht das Oberversicherungsamt, zu wählen für den Bezirk einer höhern Verwaltungsbehörde. Höchste Instanzen sollen sein das Reichsversicherungsamt, das ja bereits Spruch- und Aufsichtsbehörde ist, und die Landesversicherungsämter. Ein solches kann jeder Bundesstaat für sein Gebiet und auf seine Kosten errichten mit der Maßgabe, daß es in dem durch das Gesetz vorgesehenen Falle an die Stelle des Reichsversicherungsamts tritt.

Das ist immerhin ein Schritt vorwärts in reformatorischer Richtung. Doch muß dafür gesorgt werden, daß in diesen Instanzen die Arbeiter die ihnen gebührende Vertretung finden.

Das zweite Buch des Entwurfs behandelt die Krankenversicherung in 434 Paragraphen. Die Änderungen, die da vorgeschlagen werden, sind in politischer Hinsicht sehr einschneidende. Allgemein hatte man erwartet, daß die Regierung sich gerade in diesem Teile von ihrer reaktionären Seite zeigen werde, und sie hat dieser Erwartung in einigen Hauptpunkten vollumfänglich entsprochen. Zunächst handelt es sich um die Ausdehnung der Krankenversicherung auf die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter, die Dienstboten, die unabhängigen Arbeiter, Bureauangestellten, Wägen- und Drechsermittlieder (wenn der regelmäßige Jahresarbeitsverdienst M. 2000 nicht übersteigt), auf die nicht an öffentlichen Schulen angestellten Lehrer und Erzieher, auf die Hausgewerbetreibenden sowie auf Gehilfen und Lehrlinge in Apotheken. Diese Ausdehnung genügt zwar nicht allen berechtigten Forderungen, und sie entspricht nicht in vollem Umfange dem vornehmlich von der Sozialdemokratie stets vertretenen Prinzip, die Krankenversicherung auf alle Personen zu erstrecken, die ihre Arbeitskraft in abhängiger Stellung verwerten; doch stellt sie immerhin eine Verbesserung dar, durch die der Kreis der Versicherten eine erhebliche Erweiterung erfährt. Ihre Tendenz ist, die Kreise der gegen Invalidität und Krankheit Versicherten möglichst gleich

zu gestalten, und zwar hauptsächlich in der Rücksicht, daß „beim Fehlen einer rechtzeitigen und ordnungsgemäßen Krankenbehandlung die Gefahr der vorzeitigen Invaldisierung wächst“.

Die seitherige Krankenversicherungsgesetzgebung ist von der Tendenz beherrscht gewesen, das Kaswesen tunlichst zu dezentralisieren. Dadurch ist eine Zersplitterung herbeigeführt worden, die für die Sicherheit und Leistungsfähigkeit vieler Klassen eine so große Gefahr bedeutete, daß ein großer Teil der Ortskrankenkassen bemüht war, ihr durch freiwilligen Zusammenschluß zu begegnen. Der Entwurf gibt die höchst bedenkliche Dezentralisierung nicht völlig preis. Er trägt dem Gedanken der Zentralisation nur in beschränktem Maße Rechnung.

Daß die Zersplitterung ein großer Uebelstand ist, muß auch die Begründung des Entwurfs anerkennen. Aber sie behauptet, man dürfe nicht allzusehr zentralisieren. Und weshalb nicht? Weil die Regierung sich nicht entschließen kann, der durchaus begründeten Forderung, die von der Arbeiterschaft seit Jahren einmütig erhoben worden ist, das Betriebs-, Bau-, Innungs- und Knappschaftskassenwesen zu beseitigen, Rechnung zu tragen. Diese Kassengebilde, die das schwerste Hindernis für eine gesunde organische Entwicklung des Krankentassenwesens sind, sollen erhalten bleiben. Die Begründung läßt die gegen sie erhobenen durchaus zutreffenden Vorwürfe nicht gelten und will glauben machen, daß sie mehr leiste als die Ortskrankenkassen, über die ja viel mehr gelagt werde als z. B. über die Betriebskrankenkassen!

Den Ortskrankenkassen begegnet der Entwurf mit sehr schweren „ordnungsrechtlichen“ Bedenken. Wir haben die Ueberzeugung gewonnen, daß die Betriebs-, Innungs- und Knappschaftskassen, wobei etwa 4/5 Millionen Versicherte in Betracht kommen, nach dem Entwurf dazu dienen sollen, ein Gegengewicht gegen die Ortskrankenkassen zu bilden. Sie sind der Autorität des Unternehmertums unterworfen; von einer Selbstverwaltung durch die Versicherten kann bei ihnen keine Rede sein. Um so unbedeutender ist es, sie, die sich der Sympathie der Arbeiterschaft nicht zu erfreuen haben, neben den Ortskrankenkassen bestehen zu lassen.

Als eine Form der reichsgesetzlichen Krankenversicherung war bisher die Gemeindekrankenversicherung zugelassen. Diese ist eine kein selbständiges korporatives Dasen führende kommunale Einrichtung, die vom Gesetzgeber von vornherein als ein durchaus subsidiäres Hilfsmittel gedacht worden ist. Sie soll alle diejenigen Versicherungspflichtigen erfassen, die sich nach den örtlichen Verhältnissen aus dem einen oder dem andern Grunde nicht in einer organisierten Krankenkasse unterbringen lassen. Die darin versicherten Personen haben nicht allein keine Teilnahme an der Verwaltung der Versicherung, sie sind auch gesetzlich beschränkt auf den Empfang von Krankenunterstützungen, die nach Art und Maß erheblich hinter den Mindestleistungen der übrigen Klassen zurückstehen. Es bestanden 1907 noch 8290 Gemeindekrankenversicherungen (gleich etwa 35,7 pSt. aller Versicherungseinrichtungen) mit 1.475.489 Versicherten (gleich 12,6 pSt. der Versicherten).

Der Entwurf schlägt vor, diese Versicherungsform völlig und ausnahmslos zu beseitigen, so daß die Krankenversicherung sich für die Folge durchweg in organisierten Klassen vollziehen wird. Diese Änderung entspricht einer alten Forderung der Sozialdemokratie; sie hat der Gemeindekrankenversicherung von vornherein ebenso widerstrebt, wie den Betriebs-, Bau-, Innungs- und Knappschaftskassen.

Für Landarbeiter, Dienstboten, Hausgewerbetreibende usw. wird eine Kategorie von Kassen geschaffen, die Landkrankenassen. Deren Organisation ist nach dem Entwurf und seiner Begründung noch sehr dunkel. Es erscheint die Vermutung nicht unbegründet, daß man die Regelung dieser Organisation nicht durch Reichsgesetz vornehmen, sondern der Landeszentralbehörde überlassen will, was unferes Erachtens bedenklich sein würde.

Wir sind überzeugt, daß die Landkrankenassen in ihrer „Bedeutung“ sich wesentlich der Gemeindefrankenversicherung gleichstellen werden. Man mag da wieder einmal ein höchst bewährliches Experiment.

Wie schon erwähnt, sollen die Betriebs-, Bau-, Innungs- und Knappschaffskassen erhalten werden. Nur die ganz kleinen Betriebskassen werden verschwinden. In Zukunft wird bei Neuerrichtungen als Mindestzahl der Mitglieder 500 gefordert; doch können die Landeszentralbehörden bis zu 250 hinabgehen; bei vorliegenden Kassen dieser Art ist die Mindestzahl gleichfalls auf 250 festgelegt.

Für die Innungskassen soll, wie bisher, keine Mindestzahl der Mitglieder vorgeschrieben werden; die sollen selbst mit lächerlich geringer Mitgliederzahl weiter bestehen dürfen; die Regierung will sich in diesem Punkt nach wie vor auf die „Einsicht der Behörden“ verlassen. Was die Regierung, offenbar in Rücksicht auf das von ihr gewollte und geförderte Wohlwollen der Behörden für die Innungen, damit meint, ist klar.

Dem unglücklichen Dezentralisationsprinzip trägt der Entwurf weiter dadurch Rechnung, daß er auch die beruht abgegrenzten Ortskrankenassen bestehen läßt. Die Begründung stellt die unferes Erachtens haltlose Behauptung auf, es sei „bedenklich“, das Aufgehen dieser Kassen in territorial abgegrenzte Kassen zu fordern. Doch kann der Entwurf sich dem Zentralisationsgedanken insoweit nicht verschließen, als die Leistungen der Kassen in Betracht kommen. Jede Kasse muß für die Zulässigkeit ihrer Begründung oder ihres Fortbestandes nachweisen, daß ihre Leistungen denen der allgemeinen Ortskrankenasse gleichwertig sind. Immerhin muß der Entwurf ja die Ortskrankenassen als den Grundpfeiler der Gesamtorganisation des Krankenversicherungswezens, als welcher sie von vornherein gedacht sind, gelten lassen. Die Zentralisation dieser Kassen soll nicht erzwungen, sondern der freien Entwicklung überlassen werden. Es ist auch gar nicht nötig, die Zentralisation zu erzwingen; die Tendenz, sie zu vollziehen, ist im Ortskrankenassenwesen so allgemein und so stark, die Zentralisation ist so notwendig, daß ein gesetzlicher Zwang entbehrt werden kann. Ein solcher Zwang sollte immer nur bei zwingenden Gründen eintreten.

Mit vollster Schärfe tritt der reaktionäre Geist hervor in den Änderungen, die für die innere Verfassung der Krankenassen vorgeschlagen werden. Die Begründung des Entwurfs wiederholt die von einem Teile des Unternehmertums und andern „ordnungs- politischen“ Elementen erhobene und ebenso oft schon als unwahr nachgewiesene Behauptung, daß in die Ortskrankenassen „parteiliche“, d. h. sozialdemokratische Einflüsse eindringen und „störend“ und „schädigend“ wirken, mit andern Worten, daß die Verwaltung dieser Kassen „für sozialdemokratische Umtriebe mißbraucht“ werden. Diese Unwahrheit stellt dem Entwurf als Vorwand, „die ungünstige Stellung der Arbeitgeber, die nur ein Drittel der Stimmen haben“, zu befeitigen, und vorzuschlagen, daß die Unternehmer bei der Kassenverwaltung die Hälfte der Stimmen zu geben haben, wofür sie freilich die halbe Beitragslast statt der jetzt auf ein Drittel bemessenen übernehmen sollen. Die Begründung stößt sich nicht daran, daß bei den Verhandlungen im Reichsamt des Innern Unternehmer, die in Kassenvorständen arbeiten, ein zwingendes Bedürfnis nach Änderung des gegenwärtigen Stimmenverhältnisses nicht anerkannt; auch nicht daran, daß die Arbeiter den erhöhten Beitrag der Unternehmer ablehnen und daß letztere erklärtermaßen gar keine Neigung haben, ihn zu zahlen; da sie ja ohnehin durch die Hinterbliebenenversicherung neu-belaftet werden. Das tut nichts — die mitregulierenden Scharfmacher fordern die Änderung, die den Arbeitern Rechte nimmt, die sie schon haben und deren praktische Bewahrung ganz außer Zweifel steht. Calbert muß die Sache werden in der Voraussetzung, daß es einem gehässigen Unternehmertum gelingen könne, sich mit Hilfe „braver“ Arbeitervertreter die Mehrheit in der Kassenverwaltung zu sichern.

Im nächsten Artikel werden wir näher eingehen auf die vorgeschlagene Änderung der inneren Verfassung der Krankenassen.

### Wirtschaftliche Rundschau.

Neugestaltung unserer handelspolitischen Beziehungen. — Tarifrevision in den Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreich, Schweden und Serbien. — Handelsverträge mit Portugal und Venezuela.

Die handelspolitischen Beziehungen zwischen Deutschland und einer ganzen Reihe von Ländern erfahren in nächster Zeit einschneidende Veränderungen, die unsern Warenverkehr mit dem Auslande nachhaltig beeinflussen werden. Vor allem sind es die Vereinigten Staaten von Amerika, dann Frankreich, weiter Schweden, Portugal, Serbien und Venezuela, die entweder ihre Zollverhältnisse ändern oder mit uns feste Abmachungen treffen wollen. Der Warenverkehr mit den genannten Ländern ist recht erheblich. Unser Gesamtexport betrug im Jahre 1908 dem Werte nach und ohne Berücksichtigung des Verkehrs in Edelmetallen 7,66 Milliarden Mark. Die Gesamtausfuhr stellte sich auf 6,40 Milliarden Mark. Von der Ein- und Ausfuhr entfielen auf die nachstehenden Länder folgende Werte in M 1000:

	In der Einfuhr	In der Ausfuhr
Vereinigte Staaten von Amerika	1282610	507526
Frankreich	419954	437893
Schweden	145087	174071
Portugal	13607	32770
Serbien	15435	16189
Venezuela	11802	5482
Zusammen	1888495	1173931

Die Einfuhr aus den angeführten Ländern macht rund 23 pBt. der Gesamteinfuhr, die Ausfuhr rund 18 pBt. der Gesamtausfuhr aus. Es wird also durch die in Aussicht stehenden Veränderungen der Zölle oder der sonstigen handelspolitischen Beziehungen der Warenverkehr Deutschlands sehr stark berührt.

Vor allem gilt dies von der Tarifrevision in den Vereinigten Staaten von Amerika, dem Lande, das durch seinen Hochzoll unsern Warenexport schon immer sehr erschwert hat. Es ist interessant, zu verfolgen, wie man in freihändlerischen Kreisen Deutschlands ursprünglich auf die Tarifrevision würde in der Hauptsache eine Ermäßigung der schon überaus hohen Zölle bringen. Aber je mehr man wurde man gewahr, daß der Effekt der ganzen Tarifrevision eine abermalige und weitere Erhöhung der Einfuhr ausländischer Waren bedeutete, d. h. ganz besonders unsern Export nach Amerika bedrohte. Amerika hat bisher schon mit seiner hochzollpolitischen Handelspolitik die besten Geschäfte im Verkehr mit den europäischen Ländern gemacht, in denen es gute Abnehmer für seine landwirtschaftlichen Erzeugnisse besitzt; genügt und genießt es doch, z. B. im Verkehr mit Deutschland die volle Meißbegünstigung, die eigentlich doch nur den Ländern zutommen sollte, die uns auf handelspolitischen Gebiete ähnliche Zugeständnisse machen wie wir ihnen. Wie schon jetzt beurteilt, werden die Vereinigten Staaten das bisher bestehende Handelsabkommen mit Deutschland kündigen müssen, so daß die Voraussetzung für eine gründliche Neuordnung der handelspolitischen Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten gegeben ist. Denn eine gründliche Neuordnung ist schon aus formellen Gründen notwendig, nachdem sich immer mehr herausgestellt hat, daß die bisherigen provisorischen Abmachungen der Lösung aller grundsätzlichen Fragen stets aus dem Wege gingen. Kündigt Amerika das gegenwärtig bestehende Abkommen, so wird wohl von keinem der beiden Partner mehr auf den Meißbegünstigungsvertrag aus dem Jahre 1828 zurückgegriffen werden, der für Amerika sehr günstig, für Deutschland aber höchst nachteilig war. Denn nach dem Wortlaute dieses überlebten Vertrages, der seinerzeit mit Preußen abgeschlossen wurde, konnten die Vereinigten Staaten die extremste Schutzpolitik gegen Deutschland treiben, während Deutschland gezwungen war, alle KonzeSSIONen, die es dritten Staaten gegenüber machte, auch den Vereinigten Staaten zutommen zu lassen. Während die andern Staaten Deutschland KonzeSSIONen gegen KonzeSSIONen machten, hatten dies die Vereinigten Staaten nach dem alten Vertrage nicht nötig, sondern sie verlangten jede einem andern Staate gemachte KonzeSSION ohne jede Gegenleistung. Ein derartiges Verhältnis fortzubehalten zu lassen oder gar erneuern zu wollen, wäre nicht nur schädlich, sondern direkt unsinnig. Daß eine Neuordnung unferes handelspolitischen Verhältnisses mit den Vereinigten Staaten unter solchen Voraussetzungen und bei der Wichtigkeit unferes Warenverkehrs mit der Union nicht erst genug genommen werden kann, ist bei den Schwierigkeiten und Gefahren, die sich aus den Verhandlungen ergeben können, leicht einzusehen.

Weniger Schwierigkeiten begegnet die Regelung unferer handelspolitischen Beziehungen mit den andern angeführten Ländern. Im Verkehr mit Frankreich, das seine Schutzpolitik gleichfalls zu verschärfen beabsichtigt, gehen wir auf alle Fälle die Meißbegünstigung, obwohl es nicht gleichgültig ist, wenn die Mindestzölle ganz generell erhöht werden. Neuerdings sieht es freilich so aus, als ob die Änderung der französischen Zölle sich doch nicht so schnell durchführen ließe, wie man anfänglich erwartete hatte. Die Revision des Zolltarifes soll vielmehr vertagt werden, da verschiedene Staaten, so namentlich England, Oesterreich-Ungarn, Italien und die Schweiz gegen die hochzollpolitischen Ueberhebungen der Revision förmlichen Einspruch bei der französischen Regierung erhoben haben. Das Königreich Serbien hat Ende März einen Marginal- und Minimalzolltarif bei sich eingeführt, der uns vorläufig wenig berührt, da die Zollsätze der Vertragsstaaten in den Minimalzolltarif aufgenommen sind. In Schweden ist ein neuer Zolltarifentwurf dem Reichstag vorgelegt worden, der starke Zollbelastungen auch für deutsche Waren beabsichtigt. Unser gegenwärtiger Handelsvertrag mit Schweden läuft bis Ende 1910. Da der schwedische Reichstag den neuen Tarif erst im nächsten Jahre fertigstellen kann, so wird wohl schon der neue Tarif die

Basis für die Erneuerung eines Handelsvertrages zwischen Schweden und Deutschland bilden müssen. Daß wir aus dem unregelmäßigen Zustande der handelspolitischen Beziehungen mit Portugal endlich herauskommen, ist sehr erfreulich, und darum wird auch der deutsch-portugiesische Handelsvertrag im allgemeinen durchaus gutgeheißen. Auch mit Venezuela ist der Abschluß eines Vertrages, der die handelspolitischen Beziehungen regeln soll, nahe. Im Interesse der deutschen Volkswirtschaft liegt es, wenn der Warenverkehr mit den südamerikanischen Ländern einen Aufschwung erfährt. Diesem Zwecke ist aber ein geregelter Vertragsverhältnis sehr förderlich. Bis her bestand eine formelle Regelung überhaupt noch nicht. In Zukunft soll das anders werden. Dem Bundesrat liegt ein Vertrag vor, der die gegenseitige Meißbegünstigung hinsichtlich aller Verhältnisse des Handels und der Schifffahrt zwischen Deutschland und Venezuela feststellt.

Berlin, 27. Mai 1909. Rich. Calver.

### Politische Umschau.

Die Leistungen der Rumpffinanzkommission des Reichstages. — Wie wird die Regierung sich nunmehr verhalten? — Anschließung des Volkes durch die Agrarier. — Die Brotsteuerung. — Aus dem Lager der „Christlichen“. — Internationaler Bergarbeiterkongreß. — Verhandlungen der italienischen Deputiertenkammer über die deutsche Reichsversicherungsordnung.

Im politischen Teile der Presse aller Parteien sind in der Pfingstwoche vornehmlich die Beschlüsse der Rumpffinanzkommission des Reichstages erörtert worden. Die Regierungsvorlagen enthalten an Aufwands- und Verbrauchsteuern folgende Positionen:

Aus Bier	100 Mill. Mark
„ Branntwein	100 „ „
„ Tabak	77 „ „
„ Wein	20 „ „
„ Elektrizität und Gas	50 „ „
„ Anzeigen	33 „ „
Zusammen	380 Mill. Mark

Demgegenüber hat nach einer Berechnung der „Kreuzzeitung“ die konservativ-fiskale Allianz bewilligt:

a) Aus Bier	100 Mill. Mark
b) „ Spiritus	80 „ „
„ „ „ „ „ „ „ „	3 „ „
„ „ „ „ „ „ „ „	10 „ „
c) „ Tabak	47 „ „
d) „ „ „ „ „ „ „ „	5 „ „
e) „ „ „ „ „ „ „ „	20 „ „
f) „ „ „ „ „ „ „ „	25 „ „
g) „ „ „ „ „ „ „ „	37 „ „
h) „ „ „ „ „ „ „ „	10 „ „
i) „ „ „ „ „ „ „ „	25 „ „
k) „ „ „ „ „ „ „ „	20 „ „
Zusammen	382 Mill. Mark

Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ rechnet im ganzen 387 Millionen Mark heraus, das macht 7 Millionen mehr, als das Regierungsprogramm verlangt.

Man darf dem neuen Bloß das „Lob“ spenden, daß er es verstanden hat, im Handumdrehen eine beispiellose Fülle des Steuerjagens über das Volk auszuüben. Mit einer gewissenhaftigkeit, die Frivolität ohne gleichen, müht er dem Reichstage zu, Steuern zu bewilligen, die das ganze nationale Wirtschaftsleben in schwerster Weise schädigen müssen. Die zunächst davon betroffenen Industriellen, gewerblichen und kaufmännischen Kreise sind in eine sehr lebhafte und energiegelbe Protestbewegung eingetreten. Zahlreiche Kundgebungen dieser Kreise sind bereits erfolgt und weitere stehen bevor. Es spricht aus ihnen eine starke Erbitterung, die sich in steigendem Maße nicht nur gegen das steuerpolitische Freiheitsvertrauen in der Finanzkommission des Reichstages, sondern auch gegen die Regierung richtet, die durch ihre unerhörte Unsicherheit und schwächliche Haltung wesentlich dazu beigetragen hat, daß die Dinge den schlimmsten Verlauf nahmen, mit dem nun zu rechnen ist.

Das öffentliche Interesse ist mit äußerster Spannung auf die weitere Entwicklung und die Entscheidung gerichtet. Nach den Behauptungen der konservativen und liberalen Presse ist für die vom neuen Bloß gemachten Vorschläge eine Mehrheit im Plenum des Reichstages gesichert. Die „Kreuzzeitung“ rechnet 17 Stimmen über die absolute Mehrheit heraus. Gestützt darauf, fordert sie „kurze Plenarberatungen“, d. h. Durchpfeilung der Vorlagen auch im Plenum unter Vergewaltigung der Minorität; in knapp zwei Wochen soll die Sache erledigt sein. So glatt wird es nun allerdings wohl nicht gehen. Pflicht der Linken ist es, diesen neuen Anflug mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern; die Sozialdemokraten wenigstens werden dieser Pflicht genügen.

Im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses steht natürlich die Frage: wie die Regierung sich nunmehr verhalten wird. Die führenden Organe des neuen Bloßes vertreten die Ansicht, daß dessen Vorschläge auf einen entschiedenen Widerstand von Seiten des Fürsten Willam und seiner Leute nicht stoßen werden. Tatsache ist, daß die verbündeten Regierungen in der Kommission, abgesehen

von der Erbanfallsteuer und gegen die Mühlenumsatzsteuer und den Kohlenausfuhrzoll grundsätzlichen Widerspruch erhoben haben. Nach Äußerungen der offiziellen Presse sollen Fürst Bülow und mit ihm die verbündeten Regierungen entschlossen sein, alle Steuern, die geeignet sind, schädlich auf Industrie, Gewerbe, Handel und Verkehr zu wirken, entsprechend zurückzuweisen. Die Erfahrung lehrt, daß auf solche offiziellen Versicherungen nichts zu geben ist. Fürst Bülow soll die Absicht haben, seinen Standpunkt im Reichstage gleich bei dessen Wiederaufammentritt am 15. d. M. darzulegen. Da darf man wohl fragen: weshalb hat er denn das nicht schon früher in der Finanzkommission getan, um die nun vorliegenden wahrhaft ungeheuerlichen Vorschläge zu verhindern?

Jedenfalls ist die Situation eine sehr ernste. Je näher die Entscheidung rückt, je mehr wächst in den weitesten Volksschichten die Aufregung. Wie die Entscheidung fallen wird, vermag niemand zu sagen. Nur das eine steht nach wie vor fest: das Volk wird mit 400 Millionen Mark neuer indirekter Steuern belastet werden. Dieses Unheil an sich ist ihm fähig. Es handelt sich lediglich um die Art dieser Steuern.

Inbesondere traten im Bunde mit dem Zentrum die Agrarier hervor in dem Bemühen, die Finanzreform auf Kosten der arbeitenden Klassen zustande zu bringen. Es sind das dieselben „Patrioten“ und „Wessener“, „praktischen Christeniums“, die diese Klassen durch eine infame Lebensmittelpolitik systematisch ausraubten. Die Summe der Steuern, die das Volk in Form von Getreidezöllen usw. den Agrariern zu zahlen gezwungen ist, beläuft sich nach einer in der „Frankf. Ztg.“ angestellten Berechnung auf 378 Millionen Mark jährlich. Um wieviel wird dem Volke durch den Zoll das inländische Getreide verteuert. Und gerade die Massen der Unbemittelten und Armen werden davon am härtesten betroffen. Die Schmarotzerfrippe, die diesen Raub vom Volke einfrachtet, hat ihm zu den bestehenden indirekten Lasten neue 400 Millionen zugebracht. Sie hebt aber Himmel und Hölle in Bewegung, um das kleine Opfer, das in Form einer Erbschaftsteuer von ihr verlangt wird, von sich abzuwälzen!

In dem Kampf um die neuen Reichsteuern möge nicht übersehen werden, daß wir, dank der Volksauswanderungspolitik des Agrarierturns, gegenwärtig in Deutschland die höchsten Kornpreise seit einem halben Jahrhundert haben. Das stellt die amtliche „Statistische Korrespondenz“ fest. Diese Statistik kennt überhaupt keine Rechnung von dem Maße der jetzt herrschenden. Überall im Reich sehen die Väder sich genötigt, den Brotpreis zu erhöhen. Die Preissteigerung ist besonders seit dem Jahre 1905 eine ganz horrend; sie beträgt 6,83 % für ein Kilogramm Roggenbrot und nahezu 10 % für ein Kilogramm Weizenbrot. Es ist nicht abzusehen, wie weit die Steigerung, von der nach und nach auch alle anderen Lebensmittel ergriffen werden müssen, noch gehen wird. Und in solcher Situation magt es die Junker- und die Pfaffenpartei, das Volk aufs neue mit indirekten Steuern zu überbürden, von denen die Mühlenumsatzsteuer geradezu darauf berechnet erscheint, die Brotpreise noch höher zu schrauben.

Werden denn nun endlich die katholischen Arbeiter in sich gehen und einsehen, wie sehr sie als Bundesgenossen des Zentrums und der Junker sich ins eigene Fleisch schneiden und ihre eigenen berechtigtesten Interessen an eine freie, nimmerlakte Ausbeuter- und Schmarotzerrippe verraten? Es ist die allerhöchste Zeit, daß alle die Arbeiter überhaupt, die sich noch dazu mißbrauchen lassen, gegen die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften zu kämpfen, von besserer Einsicht ergriffen werden. Da hat in vergangener Woche der evangelisch-soziale Kongreß gesagt. Auf ihm haben wieder sogenannte „gute Freunde“ der Arbeiter gegen die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften gehetzt. Ein Parrer Schneemelder-Berlin erkannte zwar an, daß die selbständige Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter eine unbedingte Notwendigkeit sei. Die freien Gewerkschaften und die vaterländischen Arbeitervereine seien auch vom christlichen Standpunkt aus zu verwerfen. Freie Gewerkschaften aber seien von der Sozialdemokratie nach dem Worte eines Gewerkschaftlers, „Partei und Gewerkschaften sind eins“, auch in Wirklichkeit nicht zu trennen. Aus diesem Grunde könne man es den christlichen Arbeitern nicht verdenken, daß sie besondere Organisationen für sich geschaffen haben. Parrer Schneemelder behandelte etwas verständig in einzelnen die unter der Herrschaft des Katholizismus stehenden christlichen Gewerkschaften und erklärte weiter, daß der Name „christlich“ sich gegen die freien Gewerkschaften nicht, weil sie sozialdemokratisch, und gegen die kirchlich-dückerischen Gewerbevereine, weil sie liberal empfinden. Obgleich damit politische Parteigruppierungen genannt sind, sollte doch durch den Namen zugleich die Weltanschauung

dieser andern Gewerbevereine als unchristlich bezeichnet werden. Das sei ein bedenkliches Verfahren. Die Sozialdemokratie bekämpfe die Christlichen mit allen Mitteln, und die Christlichen mit dem gleichen die Sozialdemokraten. Streiks würden aber von allen Gruppen mit derselben Solidarität geführt. Alle drei Gewerkschaften kämpfen gegen die „Gelben“ Gewerkschaften, und die Sprache, die gegen das Unternehmertum bzw. das Kapital geführt werde, sei doch nur in Nuancen verschieden. Das Wort christlich als Unterscheidungszeichen erscheine daher nicht berechtigt. Möge die Arbeit der christlichen Gewerkschaften vom gewerkschaftlichen Gesichtspunkt noch so tüchtig sein, ihr geschichtlicher Beitrag komme in absehbarer Zeit dem Einflusse der katholischen Welt und dem Zentrum zugute. Wenn auch manche Mängel bei den freien Gewerkschaften und den kirchlich-dückerischen vorhanden seien, ein Anlaß, eine neue antisozialdemokratische Gewerkschaft auf neutraler Grundlage zu gründen, habe nicht vorgelegen. Man müsse wünschen, daß bald eine Zeit komme, in der andre Fragen sich in den Vordergrund drängen, vor allem die Frage der Stellung der gewerkschaftlichen Organisationen im Kulturleben überhaupt. Nicht der unorganisierte, sondern der organisierte Arbeiterstand werde kulturell in die Höhe steigen. Ohne volle Koalitionsfreiheit werde das nicht möglich sein.

In der Debatte sprach Graf Posadowski unter lebhaftem Beifall und Widerspruch die Ansicht aus, daß man die christliche Gewerkschaftsbewegung unterstützen müsse im Gegensatz zur sozialdemokratischen Bewegung. „die unser aller Feind ist“. Arbeitersekretär Münz von den kirchlich-dückerischen Gewerbevereinen trat der Behauptung entgegen, daß die christliche Gewerkschaftsbewegung ein Bollwerk gegen die Sozialdemokratie sei. Arbeitersekretär Fischer-Neutlingen wandte sich gegen die unmaßvolle Agitation und Kampfesweise der christlichen Gewerkschaften, die schlimmer sei als die der Sozialdemokraten.

Weit mehr Interesse verdient der in der Pfingstwoche in Berlin abgehaltene 20. internationale Bergarbeiterkongreß, auf dem Deutschland, England, Frankreich, Oesterreich und Belgien vertreten waren. England hatte 60, Deutschland 44 Delegierte geschickt. Die vier-tägigen Verhandlungen erstreckten sich auf alle großen und wichtigen Interessenfragen der Bergarbeiterchaft, so insbesondere auf die Schaffung eines ausreichenden Arbeiterschutzes in den Gruben. Der Kongreß forderte einstimmig die Einföhrung von Arbeiterkontrollen; eine gründliche Reform der Alters- und Unfallversicherung; Verbot der Frauen- und Kinderarbeit; Einführung des gesetzlichen Achtstundentages; gesetzliche Regelung des Minimallohnes; Regelung der Produktion, und Verstaatlichung der Bergwerke. Abgelehnt wurde ein Antrag, den ersten Montag des August eines jeden Jahres als einen internationalen Feiertag für die Bergarbeiter zu bestimmen. Wir meinen auch, daß es genug ist mit dem 1. Mai als Weltfeiertag der Arbeiter aller Länder. Wohin sollte es führen, wenn die Arbeiter eines jeden Berufes sich einen separaten Weltfeiertag schaffen wollten! Die Bergarbeiter müssen treu zur allgemeinen internationalen Arbeiterbewegung stehen. Und das ist wohl auch in dem vorerwähnten Beschluß zum Ausdruck gebracht. Der nächste internationale Bergarbeiterkongreß findet 1910 in Brüssel statt.

Die italienische Deputiertenkammer verhandelte eine Interpellation des Abgeordneten Cabrini über den deutschen Gesetzentwurf, betreffend die Reichsversicherungsordnung. Der Minister des Innern, Tittoni, erklärte, er glaube versichern zu können, daß das neue Gesetz für die Ausländer, gegenüber den gegenwärtigen Gesetzen, keine Verschlechterung darstelle, und daß es den Ausländern keine unterschiedliche Behandlung gegenüber den Deutschen angedeihen lasse. Immerhin könne man bei den ausgezeichneten Beziehungen Italiens zu Deutschland Schritte unternehmen, um die Interessen Italiens bei dieser Gesetzgebung noch zu fördern, besonders nach zwei Richtungen hin; vor allem könne man zu erreichen suchen, daß Italien in die Staaten einbezogen werde, für welche einige Bestimmungen, betreffend die Ausländer, durch den Bundesrat modifiziert werden können, zumal die italienische Auswanderung nach Deutschland sowohl temporär wie auch per-sonal überwiege. Außerdem müsse man die besonderen Abkommen schließen, die durch den Vertrag von 1904, betreffend der Arbeiterschutz, vorgehoben seien. Entsprechend der Anregung Cabrinis werde man auch mit der deutschen Regierung über die Zurückführung der eingezahlten Beiträge verhandeln können, wenn ein Arbeiter oder ein Rechtsinhaber eine Rente nicht bezüge. Schließlich sprach Tittoni den Wunsch aus, daß seine Erklärungen die laut gewordenen Befürchtungen zerstreuen möchten und versicherte, daß der wirksame Schutz der italienischen Auswanderer eine seiner vornehmsten Pflichten sei, er werde alles aufbieten, um diese hohe und edle Aufgabe zu erfüllen.

# Maurerbewegung.

## Streiks, Aussperrungen, Masseregulungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

### Deutschland: Maurer:

**Hansastädte:**  
Hamburg (Aussperrung aller Arbeiter des Baugewerbes);

**Mecklenburg:**  
Sülze (Sperre über Holdorf), Lübböen (Sperre über das Kaliwerk);

**Brandenburg:**  
Bad Schönflöss (Aussperrung), Fürstenwalde (Sperre über Patzel), Lehain-Gross-Kreuz (Abwehrstreiks);

**Pommern:**  
Pyritz (Streik), Treptow a. d. Rega (Sperre über Paul Wittke), Rügenwalde (Sperre über Schirmer und Leichter), Bergen a. E. (Sperre über Rudolf Wahl in Binz), Wolgast (Sperre über Peters in Lübarsdorf);

**Ost- und Westpreussen, Posen:**  
Schlochau, Koschmin (Streiks), Latowitz (Sperre über die Unternehmer Laube und Kempen), Gerswalde (Sperre über Mursch), Konitz, Vandenburg, Marlenwerder, Lissa (Differenzen);

**Königgr. Sachsen:**  
Leipzig (gesperrt sind: Marien & Kunze, Bahnhofs-bauten, Mülsen (Sperren über E. Meier, Ortmanndorf und F. Döhn, Mülsen-St. Niklas), Schkenditz (Sperre über Reiwand in Cursdorf), Borsdorf (gesperrt sind die Bauten der Unternehmer Wilhelm in Borsdorf und Hanke in Paritsch), Zittau (Sperre über Hüske in Weigsdorf), Bautzen (Sperre über Scheibe), Freiberg, Kirchberg (Streiks);

**Provinz Sachsen und Anhalt:**  
Merseburg (Sperre über den Schulneubau in Schafstädt b. Lauchstädt), Weissenfels (Sperre über die Unternehmer Menzel und Schiedt), Halle (Sperre über Ifland in Passendorf), Aken (Sperre über Karl Karthäuser), Dessau (Abwehrstreik), Coswig, Halberstadt, Wettin a. d. S. (Streiks), Salzwedel (Aussperrung);

**Schlesien:**  
Bunslau (Sperre über die Tonröhrenfabrik von Hoffmann & Co.), Märzdorf (Sperre über Schneider in Peiskerau und Scheudell in Grotzelwitz), Löwenberg (mehrere Sperren), Jauer (Streik);

**Thüringen:**  
Schlotheim (Streik), Arnstadt (Sperre über O. Gressler), Ronneburg (Sperre über Kretschmar), Sachsa (Sperre über Buchholz in Braunlage);

**Hannover, Braunschweig, Oldenburg:**  
Ahlten b. Lehrte, Walsrode, Neuhaus a. d. E., Quakenbrück, Sarstedt, Lilienthal (Streiks), Sulingen (partieller Streik), Landkreis Liden, Holzminden (Aussperrungen), Hückeburg (Sperre über Krauss), Hannover (Sperre über die Firma Berger & Comp. aus Bromberg), Nordenham (Sperre über die Bauten des Metallwerks, Vechta (Differenzen);

**Westfalen und Rheinland:**  
Benrath, Viersen, Veldert, Helligenhans, Tönnis-heide, Billerbeck, Ahlen-Bork-Solln, Burgsteinfurt (Streiks), Saarbrücken u. Umg. (Aussperrung), Minden (Sperre über Alkman in Obernkirchen), Düsseldorf (Sperre über Riess), Elberfeld (Sperre über Decker & Stöver), Rheinhausen (Differenzen auf dem Kruppischen Werk), Herborn (Sperre über Rinn aus Giessen);

**Hessen-Waldeck:**  
Neustadt a. M., Biebesheim, (Streiks), Büttelborn (Sperre über Kuhlmann und Kraus), Bad Soden (Sperre über den Unternehmer Christian);

**Bayern:**  
Ansbach, Zirndorf (Streiks), Oberkötzen, Würzburg (Aussperrung), München (Differenzen wegen des Arbeitsnachweises);

**Baden-Pfalz, Elsass-Lothringen:**  
Florzheim (Streik), Worms (Sperre über Schmidt), Strassburg (Streik der Kanalmaurer);

**Kamin- u. Feuerungsarbeiter:**  
München (Gesperrt ist die Firma Joseph Houtzer für folgende Arbeitsplätze: Harburg in Schwaben (Märkerwerke), Haunstetten b. Augsburg (Spinnerei Martin & Co.), Grube Sofia bei Stockheim in Thüringen).

### Fliesenleger:

Mülheim-Ruhr (Sperre über Mühlenbrück & Matheis), Glin und Düsseldorf (Sperre über die Arbeit des Zwischenmeisters Kurbauma aus Bonn), München (Aussperrung).

### Isolierer und Steinholzleger:

Leipzig (Sperre über die Firma Friedrich Wilhelm Krauss, Moltkestr. 29), Glin (Sperre über die Korkelithwerke), Chemnitz (Sperre über Ziegenor & Fritsche), Hamburg (Aussperrung), Berlin (Sperre über die Filiale der Gesellschaft „Fama“).

### Oesterreich:

Böden (Streiks).

### Schweiz:

Zürich (Streik der Fliesenleger).

### Der Kampf um den Arbeitsnachweis in München.

In München tobt seit Monaten ein harter Streit um den Arbeitsnachweis im Baugewerbe. Schon bald nach dem Vertragsabschluss im vorigen Frühjahr hat der bayerische Unternehmerverband ein Maßregelungsbureau eingerichtet, das er als Arbeitsnachweis zu bezeichnen beliebt. Die baugewerblichen Arbeiter haben sofort erklärt, daß sie diesen „Arbeitsnachweis“ nicht anerkennen, sondern aufs Schärfste bekämpfen würden. Bei der klaren Konjunktur im vorigen Sommer und der noch viel stärkeren Arbeitslosigkeit im Winter konnte sich der Widerstand jedoch nicht hart äußern und so schärften Konflikte hat man bis zu diesem Frühjahr auch nichts gehört. Nun hat sich aber das Blatt gewendet. Die verhältnismäßig rege Bautätigkeit hat die Kollegen mit Kampfesmut erfüllt und sie sind drauf und dran, dem verhassten Institut den Garaus zu machen.

Darob helle Zorn bei Herrn Fellermeier, dem Obersekretär des Münchner Unternehmerverbandes und Manager des „Slavennarktes“, wie die Maurer den „Arbeitsnachweis“ nennen. Im Rundschreiben an seine Mitglieder, in Verichten an den Vorstand des Unternehmerbundes in Berlin und in Zeitungssartikeln suchen Fellermeier und Genossen die Sache so darzustellen, als hätten die Maurer usw. den Tarifvertrag gebrochen und Bausperrn verhängt. Diese Darstellung steht aber mit der Wahrheit auf sehr gespannter Füße. Nach Fellermeier soll unser Münchner Zweigverein mit allen Mitteln auf eine tarifwidrige Erhöhung des Lohnes hingewirkt und zu dem Zweck nicht nur zur Fernhaltung des Zuguges aufgefordert, sondern auch Münchner Maurer abgeschoben haben. Dadurch sei der Unternehmerverband in die mißliche Lage versetzt worden, von auswärtigen Maurern heranzuziehen, die aber ebenfalls von der Maurerorganisation fortgeschafft wurden.

Dazu wird uns von zuverlässiger Stelle geschrieben: Es ist vollständig aus der Luft gegriffen, daß vom Zweigverein München des Maurerverbandes fiktiv, ein Mangel an Maurern herbeigeführt wurde und daß schon vor vier Wochen eine große Anzahl von Maurern von München abgeschoben worden ist. Das Gegenteil ist richtig. Noch am 12. Mai wurde von unsern Münchner Bauvorhaben ein Schreiben hinausgegeben, um den Zugang von Maurern nach München zu fördern. Daraufhin ist auch eine Anzahl von Maurern eingetroffen. Aber im Hinblick auf diesen Zugang und wohl als Dank für unser Bemühen sind dann von Mitgliedern des Unternehmerverbandes mehrere Maurer, die unter Umgehung des „Arbeitsnachweises“ Arbeit gefunden hatten, entlassen worden. Dieser Maßregelung folgten andre, so daß die Zahl unser arbeitsloser Kollegen von Woche zu Woche größer wurde. Die selbstverständliche Folge war, daß sich die in München gemäßigten Maurer anderwärts, vornehmlich in der Umgegend von München nach Arbeit umhauften, oder glaubt Fellermeier etwa, daß unser Zweigverein seine Mitglieder zum Vergnügen der Maßregelungsarrangeure in München festhalten sollte? Eine solche Vereinbarung haben wir ja — wohl zum Leidwesen Fellermeiers — nicht mit dem Unternehmerverband getroffen.

Nachdem infolge der erwähnten Maßregelung einerseits eine fühlbare Arbeitslosigkeit, andererseits auf manchen Bauten ein Mangel an Maurern geschaffen worden, besannen sich Fellermeier und Genossen auf den alten Diebstahl: Sie wollten den Maurern gemogelt, boykottiert worden sein; Bausperrn seien verhängt worden, um die tariflich berechneten Löhne hinaufzutreiben und die so „friedlichen Arbeitgeber“ fortgesetzt zu beunruhigen. — Um ein Gemepel zu statuieren, sollten nun Ausländer herangezogen und dadurch den Münchner Maurern die Liebe zum „Arbeitsnachweis“ beigebracht werden. Nach Sing (Oesterreich) und andre Orte sandte Fellermeier „streng vertrauliche“ Werbeflyer, um unter falschen Vorspiegelungen etwa 500 Maurer nach München zu locken. Dazu konnte natürlich die Leitung der Münchner Maurerorganisation nicht schweigen. Sie hat in Zeitungssartikeln den Sachverhalt richtig dargestellt und insbesondere darauf hingewiesen, daß in München kein Mangel an Maurern bestehe, sondern daß allen Baugeschäften tüchtige Arbeitskräfte in genügender Zahl zur Verfügung ständen, wenn sie sie nur haben wollten; allerdings nicht durch den „Arbeitsnachweis“ des Unternehmerverbandes. Als sich trotz dieser Aufklärung circa 50 Italiener aus Villeda in Kärnten durch einen Agenten verleiteten ließen, nach München zu fahren, wurde ihnen selbstverständlich der Sachverhalt mündlich auseinandergesetzt, was zur Folge hatte, daß die von dem Agenten angelegenen Kollegen sofort die Arbeit einstellten und München wieder verließen.

Dadurch soll sich unser Münchner Zweigverein aufs neue des Tarifbruchs schuldig gemacht haben. Eine solche Beschuldigung ist aber geradezu lächerlich. Mit keinem Worte, mit keiner Handlung hat der Zweigverein einen Verstoß gegen den Tarif begangen. Es ist eine nackte Unwahrheit, zu behaupten, unser Zweigverein wäre nicht tariftreu. Wichtig ist, was Fellermeier in verschiedenen Rundschreiben an die Mitglieder seines Verbandes sagt, daß der „Arbeitsnachweis“ den Arbeiterorganisationen ein Dorn im Auge ist, ja der Slavennarkts in der Poststraße, wie die Münchner Arbeiter das

Maßregelungsbureau nennen, ist ihnen gründlich zuwider. Aber die Unwahrheit schreibt Fellermeier, indem er behauptet, der Boykott des „Arbeitsnachweises“ habe den Zweck, die Löhne ohne Rücksicht auf den Tarif in die Höhe zu schieben und die Unternehmer zu zwingen, Arbeiter nur vom Petersfeller (dem Arbeitsnachweis der Gewerkschaften) zu höheren Löhnen zu beziehen. Die Arbeiter denken gar nicht daran, ihren Arbeitsnachweis den Unternehmern aufzwingen zu wollen; sie erstreben vielmehr einen paritätisch geleiteten Arbeitsnachweis, ein Institut, das seinem Namen gerecht wird und nicht Dingen dient, die zur Arbeitsvermittlung wie auch zum Tarifvertrag paßt wie die Faust aufs Auge.

Wichtig mag es sein, was Fellermeier den Behörden und dem bauenden Publikum vorsetzt: Der gegenwärtige Zustand ist für die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes schlimmer als ein breiter Streik.

Wer hat aber diesen Zustand verschuldet? Niemand anders als Fellermeier & Co. Wer hat den Streit vom Zaune gebrochen? Die Arbeiterchaft ganz gewiß nicht. Sie hat sich wiederholt für die Einführung paritätischer Arbeitsnachweise ausgesprochen. Aber dieser Forderung zum Trost hat die Generalversammlung des baugewerblichen Unternehmerbundes — und vorher schon der Münchner Unternehmerverband — beschlossen, unparitätische Arbeitsnachweise als Kampfmittel gegen die Arbeiter einzuführen. Ist es da ein Wunder, daß sich die organisierte Arbeiterchaft aufs Schärfste dagegen wehrt? Sollte sie etwa eine Einrichtung anerkennen, die nach dem Zugeständnisse der Unternehmer nur zur Demütigung der Arbeiterchaft als geschaffen wurde oder geschaffen werden soll?

Fellermeier sucht den Mitgliedern seines Verbandes täglich neuen Mut einzubringen. Zwischen durch werden alle Drohmittel angewandt, um die Fahnenflüchtigen bei der Stange zu halten. Die zehn Mark Strafe für jeden Mann, der unter Umgehung des Maßregelungsbureaus eingestellt wird, ziehen nicht mehr genug. Nun ist den Mitgliedern des Unternehmerverbandes, die nicht mehr auf die Versprechungen Fellermeiers warten wollen, sondern Maurer annehmen, wo sie sie bekommen können, der Ausschluß angedroht worden. Aber auch diese Drohung dürfte verfallen. Der Stand der Dinge ist seit einigen Tagen so, daß sich kein einziger Maurer in dem „Arbeitsnachweis“ meldet. Einige der größten Geschäfte haben schon den Kampf aufgegeben; sie beziehen die Maurer jetzt durch die Vermittlung des Zweigvereins.

Um dem bauenden Publikum und den Behörden zu zeigen, daß kein Mangel an Maurern vorhanden ist, und daß deshalb keine ausländischen oder auswärtigen Maurer herangezogen werden brauchen, hat unser Zweigverein am 1. Juni einen Demonstrationstzug der arbeitslosen Maurer veranstaltet, der nach mehreren Hunderten zählte. Der Zug bewegte sich nach dem Rathaus, dem Gemeinderat und dem Stadtbauamt. Die Hofnung der Scharfmacht, daß ihnen auf Grund ihrer unwahren Berichte eine Terminverlängerung bei den Kommunalbauten bewilligt werde, dürfte sich schwerlich erfüllen; denn die Behörden haben gesehen, daß wirklich arbeitswillige Maurer genügend vorhanden sind, die jederzeit bereit sind, zu den tariflichen Arbeitsbedingungen zu schaffen.

Zur weiteren Stärkung des Sachverhalts hat unser Zweigverein am 5. und 6. Juni zwölf Versammlungen abgehalten, die einmütig die Maßnahmen der Zweigvereinsleitung billigten und gelobten, dem terroristischen Zwange des Unternehmerverbandes den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen. Die Versammlungen protestierten gegen die in jeder Beziehung auf Unwahrheit beruhenden Erklärungen des Unternehmerverbandes in verschiedenen Tageszeitungen und sprachen ihre tiefste Entrüstung über die unehrliche Kampfesweise Fellermeiers aus. Es wurde ferner erklärt, daß ein geistliches Zusammenarbeiten der beiden Organisationen erst dann möglich sei, wenn der gegen den Willen der Arbeiterchaft durch einen Gewaltstreich des Unternehmerverbandes eingeführte einseitige Arbeitsnachweis aufgehoben und an dessen Stelle ein paritätischer Arbeitsnachweis gesetzt wird, der in keiner Weise als ein Kampfmittel gebraucht werden dürfte. In Anbetracht des Umstandes, daß der gegenwärtige Konflikt einzig und allein durch die herausfordernde Haltung des Unternehmerverbandes herbeigeführt wurde, sprachen die Versammlungen die bestimmte Hoffnung aus, daß erstens von den Behörden und der bauenden Bevölkerung jedes Gesicht um Terminverlängerung eingehenden zurückgewiesen werde; daß zweitens es in nächster Zeit ermöglicht werde, unter Mitwirkung der Kommunalbehörden einen paritätischen Arbeitsnachweis für das Baugewerbe einzuführen, der ledigliches Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt zu regeln hat und Konflikte, wie der zurzeit bestehende, vollständig ausschließt.

### Gau Bremen.

In Schneeverbindungen mußte der Streik aufgehoben werden, weil es sich die in der Fremde weilenden letzten Kollegen nicht versagen konnten, zurückzukehren und den Unternehmern Hausverdienste zu leisten. Die Empörung der übrigen Kollegen über die schamlose Handlung der jungen Wurzeln ist groß, das kann aber die Sache vorläufig nicht ändern.

In Altkathal haben unsere Kollegen am 2. Juni die Arbeit eingestellt, nachdem sich die Unternehmer weiterten, die Forderung, neunemthalbändige Arbeitszeit und 65 1/2 Stunden-

lohn, zu bewilligen. Altkathal gehört als Pflanzstelle zum Zweigvereinsgebiet Bremen. Der „Arbeitsnachweis“ in Bremen, am Platz 83, gibt sich alle erdenkliche Mühe, nach Altkathal Streikbrecher zu beschaffen; bisher aber ohne Erfolg. Maurermeister Schmidt, der immer die besten Löhne am Orte gab, hat bereits die Forderung voll bewilligt. Es ist zu hoffen, daß in kurzer Zeit auch die übrigen Unternehmer folgen werden. Daß in Altkathal, das nur zwölf Kilometer von Bremen entfernt liegt, noch Löhne von 80 bis 45 1/2 gezahlt werden konnten, war nur möglich, weil eine große Anzahl der Kollegen Schwere für die Organisation zu gewinnen war.

In Osnabrück ist der Streik allgemein. Auch hier machen die Unternehmer alle Anstrengungen, den auswärtigen Maurern heranzuholen, aber ohne Erfolg. Der Unternehmer Müller, der zwei seiner Brüder beschäftigt, beschließt, dieselben unter allerhand Versprechungen festzuhalten. So hat er erklärt, sie sollten nur ruhig bei der Arbeit bleiben; wenn schließlich benötigt werden müßte, sollten auch sie nicht leer dabei ausgehen. Freitag, den 4. Juni, hatten die Unternehmer ein Schreiben an die Streikleitung geschickt, worin zu einer Sitzung eingeladen wurde, um den alten Vertrag bis zum 31. März 1910 wieder zu erneuern. Unsere Kollegen haben das natürlich abgelehnt. Sodann boten die Unternehmer für Maurer und Bauarbeiter 1 1/2 Lohnzulage. Auch dies wurde abgelehnt.

In Dissen, dem Zweigverein Osnabrück angehörend, haben unsere Kollegen gleichfalls Forderungen eingereicht. Eine Verhandlung hat eine Einigung noch nicht gebracht. Die Verhandlungen werden fortgesetzt.

### Gau Köln.

Aus Herborn wird uns berichtet: Nachdem mit der Firma Böhler Frieden geschlossen ist, versuchen unsere Kollegen in Herborn, den mit Böhler abgeschlossenen Vertrag auch bei den andern Unternehmern zur Durchföhrung zu bringen. Zu diesem Zweck beschickten die Vertreter der Organisation, mit Herrn Mann aus Siegen zu unterhandeln. Dieser glaubt aber, ohne Erlaubnis des Mittelrheinischen Arbeitgeberverbandes mit uns nicht verhandeln zu können. Nachdem er dem bei den Einigungsverhandlungen mit Böhler mitäufgen staatlischen Baumeister erklärt habe, nicht mehr als 45 1/2 zahlen zu können, wurde am Donnerstag, 3. Juni, über seine Bauten die Sperre verhängt. Im Vertrag kommen zwölf Kollegen, die alle bei uns organisiert sind. Außerdem haben sich die Steinhauer mit uns solidarisch erklärt. Die Kollegen werden, wenn sich Mann nicht bald zur Bewilligung bequemt, bis auf einige Streikposten abreißen.

Aus Barmen-Eberfeld wird berichtet: In Welsberg, Selligenhaus und Tönisheide stehen unsere Kollegen im Lohnkampfe. In dieser Gegend wohnt ein sehr reichhaltiges und brutales Unternehmertum, dem jede Organisation der Arbeiter sowie geregelte Lohn- und Arbeitsbedingungen ein Dorn im Auge ist. Erstreckungweise hat sich aber doch eine größere Anzahl von Kollegen um die Verbandsfrage bemüht, so daß wir, gestützt auf die gute Konjunktur, in der Lage waren, zwei Baugeschäfte stillzulegen. Dies sind die Firmen H a d e - Selligenhaus und K e l l e r - E b e r f e l d, 30 Maurer und 21 Hilfsarbeiter legten die Arbeit nieder, 3 Maurer, 3 Polierer, 3 Hilfsarbeiter und 1 Techniker spielen „Arbeitswillige“. Die Unternehmer sind nicht organisiert, jedoch sollen sie gleich nach Ausbruch der Sperren in Tönisheide zusammen gewesen sein, um die Lage zu besprechen. Ein Unternehmer aus Welsberg hat als Maßnahmitem, der Urnache Einhalt zu tun, vorgeschlagen, alle Organisierten hinauszuwerfen. Einige Unternehmer haben dies Negativ protestiert. Ihr Interieren nach „berandfreien“ Maurern hat aber nichts genützt. Immer mehr haben sie beschloffen, ihren Arbeitern pro Stunde 2 bis 3 1/2 zuzulagen. Aber dieses genügt nicht, wir wollen Garantien, sonst wird im Winter schließlich wieder der Lohn auf 48 bis 60 1/4 für Maurer reduziert. Vom 5. Juni an ist der Streik allgemein.

Aus Silden wird uns berichtet, daß der bortige Zweigverein unres Verbandes am 4. Juni den Streik beschloffen hat.

### Gau Dortmund.

Bekanntlich befinden sich unsere Kollegen in Ahlen, Dortmund und Burgsteinfurt in der Lohnkampfung. In Ahlen haben am 25. Mai Verhandlungen mit den Unternehmern stattgefunden, in Dortmund am 26. Mai. In beiden Orten erklärten die Unternehmer unter Mitwirkung des Herrn Schmiedehaus, daß die betreffenden Gebiete in das Vertragsgebiet einbezogen werden müßten, der Vertrag bis zum 1. April 1910 laufe müsse und eine Lohnerhöhung nicht stattfinden könne. Da wir auf ein derartiges Angebot nicht eingehen konnten, sind die Verhandlungen gescheitert. In Selm ist der Unternehmer W o r t m a n n g e l p e r t. Derselbe beschuldigt in letzter Zeit Maurer in unsern Werkstätten anzuwerben, bis jetzt aber ohne Erfolg. Der Bezirk Dortmund ist unter allen Umständen zu meiden. Leider sind in Ahlen und Burgsteinfurt je eine Kolonne Italiener als Streikbrecher stehengeblieben. Doch werden hiermit die Unternehmer ihre Arbeiten nicht fertig bekommen. Auch nach diesen Orten ist der Zugang ferngehalten.

In Bielefeld befinden sich die christlichen Kollegen im Streik und ist auch nach dort der Zugang ebenfalls ferngehalten. Die Sperre über das Hasper Eisen- und Stahlwerk zug verlore.

### Gau Dresden.

Aus Wauken schreibt man uns: Als Antwort auf den Lohnabzug im vergangenen Winter hatten die Waukenen Kollegen gemeinsam mit den Zimmerern und Bauphilfstarbeitern den Unternehmern eine Lohnforderung auf 46 1/4 für Maurer und Zimmerer und 38 1/4 für Bauphilfstarbeiter zugehen lassen. Dieser wurden 42 1/4 für Maurer und Zimmerer und 33 1/4 für Bauphilfstarbeiter gezahlt. Die Antwort der Unternehmerorganisation traf rechtzeitig ein, enthielt aber nichts von dem, was wir von den Unternehmern wünschten. Unsere Kollegen hatten das für eine Verschöpfung und beschloffen, an dem bei den Unternehmern mitgeteilten Termin in den Streik zu treten. Die Zimmerer und Bauphilfstarbeiter taten desgleichen. Die Arbeit wurde nur bei drei Unternehmern, die schon vor dem Streik beschäftigt 45 1/4 für Maurer und Zimmerer und 37 1/4 für Bauphilfstarbeiter zählten, nicht niedergelegt. Damit hatte aber der Kampf für uns eine günstige Wendung bekommen. Schon im Laufe des ersten Streiktages hatten einzelne Unternehmern das nach, was der Arbeitgeberverband unterlassen hatte, so daß am nächsten Tage mit zwölf Unternehmern Verträge abgeschlossen waren. Am zweiten Streiktag waren es 18 von 24 Unternehmern, die die Forderungen bewilligt hatten, so daß bei der

gemeinsamen Verhandlung am Abend nicht mehr viel zu er-
kämpfen übrig blieb. Es kam nun zum Abschluss eines Vertrages,
der sofort in Kraft trat und bis zum 31. März 1910 gilt. Nur
ein Unternehmer, Baumelster Scheide, will diesen Lohn nicht
anzunehmen, weshalb über dieses Geschäft die Sperre verhängt ist.
An den Kollegen wird es nun liegen, überall darauf zu achten,
dass der Vertrag auch eingehalten wird. Nichterhaltung des-
selben muß der Schlichtungskommission sofort mitgeteilt werden.

Gau Frankfurt a. M.

Die Lohnbewegung in Wittenhausen und Umgebung ist
beendet. Nach wiederholter Verhandlung ist es gelungen, zum
ersten Male einen Vertrag — der bis zum 31. März 1910
giltigkeit hat — mit den Unternehmern abzuschließen. Der
Stundenlohn wird von 40 auf 45 % erhöht, und zwar am
1. Juni d. F. um 2 %, am 1. April 1910 um 1 % und am
1. April 1911 wieder um 2 %. Unser Forderung nach wochen-
tlicher Lohnzahlung und Auszahlung des Lohnes auf der Arbeits-
stelle legten die Unternehmer immer noch Widerstand entgegen,
sodass sie gegen die von unsern Organisationsvertretern an-
gebrachten Gründe nichts einwenden konnten. Nach langem Hin
und Her haben wir uns mit wöchentlichen Abschlagszahlungen
von 80 p. Ct. zufrieden, während die Unternehmer versprochen
den Lohn möglichst vor Feierabend auf der Arbeitsstelle aus-
zugeben. Vertraglich festgelegt ist dieses Versprechen jedoch
nicht. — Eine Mitgliederversammlung des Zweigvereins stimmte
nach einem Referat Hiltmanns der Abmachung zu.

Gau Götting.

Am 2. Juni beschäftigte sich in Jauer eine sehr gut be-
suchte Versammlung mit der Antwort der Unternehmer auf die
am 25. Mai eingereichte Forderung, die in der zehnjährigen Arbeits-
zeit mit einem Stundenlohn von 40 % besteht. Es wurde berichtet,
dass kein einziger Unternehmer eine Antwort für notwendig hielt,
was wohl zur Genüge zeigt, mit welchen Progen man es in Jauer
zu tun hat. Nach langer Debatte beschloß die Versammlung,
die Kündigung einzureichen, was inzwischen auch einmütig
geschah. Eine auswärtige Firma, die zurzeit große Bauten
hier ausführt, bewilligte am 3. Juni die zehnjährige Arbeits-
zeit und 89 % Stundenlohn. Sie ist bereit, sämtliche
freiwilligen Kollegen einzustellen, so daß der Streik leicht sein
wird. Die Unternehmer in Jauer können nun warten, solange
sie Lust haben; Maurer bekommen sie vor ihres Verlangens
nicht. Wir müssen nun energisch für den Verband tätig sein,
damit auch die uns noch fernliehenden Kollegen in unsere Reihen
eintreten.

Gau Hamburg.

In Hamburg und Umgebung sind am 5. Juni zirka 2800
Maurer, 1300 Bauhilfsarbeiter, 1200 Zimmerer und 350 Gipser
und Stukkateure an s. g. p. e. r. r. t. waren. Mit den schon vorher
streikenden Zementierern hat unser Zweigverein rund 3500 Mitglieder
im Kampf, etwa 63 p. Ct. aller im Ausprägungsbezirk beschäftigten
Maurer. Bis Montagabend hatten 65 Unternehmer mit
720 Gesellen (Maurer) bewilligt. Am Mittwoch dieser Woche
sollten nach den Beschlüssen des hauseigenen Gewerbe-
verbandes die Ofenleger, Klempner und andre Branchen
des Baugewerbes ausgesperrt werden, um dadurch einen
Druck auf die Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter
auszuüben. Die Unternehmer versprechen sich von ihrer
Kampfsolidarität einen außerordentlichen Erfolg; in ganz
kurzer Zeit hoffen sie, die Arbeiter würde zu haben,
um ihnen dann die Arbeitsbedingung zu diktieren.
— Die Ausgesperrten sind anderer Meinung; sie richten sich
wider auf einen langen Kampf ein, aus dem sie aber unter
allen Umständen als Sieger hervorgehen müssen. Die
Unternehmervereinigungen arbeiten mit dem schärfsten Terror-
ismus. Wer bewilligt hat, wird hart zugelegt. Wahrscheinlich
wird auch in den nächsten Tagen schon die
Material- und Geldsperre zu wirken, daß die Arbeit an
allen Bauten eingestellt werden muß. Aber schließlich
müssen sie doch einmal fertiggestellt werden. Wenn nur der
Zugzwang ferngehalten wird, und das dürfen wir hoffen, dann
müssen die Unternehmer den Kampf verlieren.

In Luitpold hatten die Kollegen im vorigen Jahre
die Forderung gestellt, den Lohn von 57 auf 60 % zu erhöhen
und waren, als die Unternehmer rundweg ablehnten, in den
Streik eingetreten. Nach sechswochigen Kämpfe mußten sie
weil die Arbeit wieder zu den alten Bedingungen aufnehmen,
was an und für sich die Koalition nicht gut war und zweitens
die Unternehmer diejenigen Arbeiten, welche ihnen langen Auf-
schub erleiden konnten, an auswärtige Firmen vergaben, die sie
mit Unorganisierten von außerhalb fertigstellten. Was im
vorigen Jahre nicht zu erreichen war, konnte in diesem Jahre
nachgeholt werden. Auf Freitag, den 28. Mai, hatten unsere
Kollegen die Unternehmer zur Verhandlung über dieselbe
Forderung eingeladen. Dieser Einladung waren drei Unter-
nehmer gefolgt, die sich auch bereit erklärten, vom 1. Juni 60 %
zu zahlen. Zwei Unternehmer, die die meisten Arbeiten in
diesem Jahre auszuführen haben, hatten es nicht für nötig
gehalten, sich an der Verhandlung zu beteiligen. Durch den
vorjährigen Kampf an Erfahrung wohl etwas reicher geworden,
haben aber auch die sich eines andern besonnen und ebenfalls
die Lohnerböschung anerkannt. Damit ist die Lohnbewegung
für Luitpold in diesem Jahre erledigt.
Auch hier kann man wiederum sehen, wenn sich die Kollegen
zur eilig sind und nach der ersten Niederlage nicht die Finte
des Storn werfen, die Unternehmer es sich denn doch zweimal
überlegen, es auf einen Streit ankommen zu lassen.

Gau Hannover.

Die Leynhäuser Sperre über die Wessersütte ist beendet.
In Minden ist der Streik und die Ausprägung durch
die Unternehmer haben sich bereit erklärt, bei der Aufnahme der
am 1. September einen weiteren Pfennig zuzulassen. Der Lohn
der Bauhilfsarbeiter erhöht sich in denselben Termin von
85 % auf 88 %. Dieses Angebot hat unsere noch um die

Mittelnachschub tagsüber Versammlung nach hartem Redebuell
ihre Zustimmung gegeben.

In Sarstedt, wo sich in letzter Zeit eine überaus gute
Bauzeitigkeit entwickelt hat, haben unsere Kollegen eine Erhöhung
des Stundenlohnes von 45 % auf 50 % beantragt. Die Unter-
nehmer haben aber jedwede Lohnerböschung strikte abgelehnt,
trotzdem in den nachgelieferten Drucksachen schon ein wesentlich
höherer Lohn gezahlt wird. Ein Unternehmer aus Hannover
hat ohne Bögen die Forderung bewilligt. Die Bauarbeiter,
die mit uns gemeinschaftlich ihre Forderung eingereicht haben,
sind besonders ruppig von den Unternehmern behandelt worden,
was dazu geführt hat, daß die Bauarbeiter am 1. Juni be-
schlossen, die Arbeit am kommenden Tage bei den Unternehmern
Schentemeier und Borchard nicht wieder aufzunehmen. Unsere
Kollegen sind in größeren Trupps schon zu Pfingsten abgereist.
Nach nach Pfingsten, bis zur Verhängung der Sperren seitens
der Bauarbeiter, hat die Abwanderung angehalten, so daß am
3. Juni, abends, nur noch 33 Kollegen an Orte waren. Aber
auch diese Zahl muß noch wesentlich kleiner werden.

In Solzminde hatten unsere Kollegen beim Unternehme-
verband eine Erhöhung des Lohnes von 38 auf 42 % und
vom 1. April 1910 auf 45 % beantragt. Die Unternehmer
antworteten in bekannter Kürze, daß sie jedwede Lohnerböschung
abschlagen müßten. Mit dem einfachen Abschlagen haben sich
die Kollegen aber nicht zufrieden gegeben, sondern zunächst die
Unternehmer Sander und Gebr. Jakob gesperrt. Der Unter-
nehmerverband hat die Aushebung der Sperre verlangt, im
ablesenden Falle sollte ausgesperrt werden. Auch der Bürger-
meister, der vor einigen Jahren gegenüber den Mühlsteinen
streikenden Kollegen auf beiden Seiten tätig war, hat sein Gehör
wieder bekommen und versucht, die Differenzen auszu-
gleichen. In einer am letzten Freitag stattgefundenen Aus-
sprache hielt der Vorsitzende des Bezirksverbandes der Unter-
nehmer, Herr Ritterbusch, an der Taktik des Abschlagens
fest, wohingegen der Bürgermeister vorschlug, den Lohn sofort
auf 40 % zu erhöhen, da ja bereits zwei Firmen vor Ein-
reichung der Forderung diese Höhe bezahlten. Unsere Kollegen
haben sich bereit erklärt, für Annahme dieses Vorschlages zu
gehen, wenn die Zulage gemacht werde, daß über die weiter-
gehenden Forderungen demnächst neue Verhandlungen statt-
finden sollen. Herr Ritterbusch war aber durch die verschönde
Haltung des Bürgermeisters beratig in Rage geraten, daß er
schleunigst die Fär von draußen zumachte und nicht einmal die
Vertigeltung des Protokolls abwartete.

Ein eigenartiges Völkchen von Unternehmern besitzt das
Herzogtum Braunschweig! Ihre Abneigung gegen tarifliche
Abmachungen ist notorisch; einen noch stärkeren Widerwillen
haben sie gegen jede Verbesserung der Lohn- und Arbeits-
bedingungen, selbst wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse das
durchaus erfordern. Biegt da im Kreise Wolfenbüttel ein kleines
Verdicht Stiffenbrück. Die Maurer sind seit Jahren zum größten
Teil organisiert, aber über das Beitragszahlen ist die Verbands-
tätigkeit kaum hinausgekommen. Nun wurde am 12. Mai in
einer Zweigvereinsversammlung der Gauvorsitzende beauftragt,
den Unternehmern eine Forderung, den Lohn von 36 % auf
42 % zu erhöhen, zuzustellen. Dies geschah auch bereits am
folgenden Tage. Mit einem diesbezüglichen Schreiben wurden
die Herren Maurermeister Bötel-Stiffenbrück, Müller-Börschum
und Pfannen-Schmidt-Schlade beehrt. Herr Müller-Börschum teilte
sogar mit, daß ihm die Sache nicht „tangere“, da er aus diesem
Kreise fast keine Leute beschäftige. Am 21. Mai schrieb der
Vorsitzende des Unternehmervereins für den Kreis Wolfen-
büttel, daß er mit Herrn Bötel, der Mitglied des Bundes
sei, vereinbart habe, den Höchstlohn auf 40 % zu normieren,
wohingegen in Falcher der Lohn 42 % betragen solle. Pfannen-
schmidt-Schlade machte dann unterm 23. Mai die Mitteilung,
daß für den Kreis Stiffenbrück seitens des Unternehmervereins
der Lohn auf 36 % festgelegt sei. Auf Vorkesseln seiner
Leute sagte er jetzt neun Zehnteln der bei ihm Beschäftigten
aber 38 % zu. Im Interesse des lieben Friedens wolle er aber
jetzt 39 % zahlen. — Eine sich mit diesen Umständen befassende
Versammlung am ersten Pfingsttage hat sich im wesentlichen
mit dem Angebot des Wolfenbütteler Unternehmervereins zu-
frieden gegeben, nur an dem Worte „Höchstlohn“ nahm man
Anstoß. Am Pfannenschmidt sollte ein Schreiben gerichtet
werden, er müsse ebenfalls 40 % zahlen. Gegen Müller-Börschum
bezieht sich die Veranlassung das Weitere vor. Neuerdings hat
sich aber herausgestellt, daß sowohl Bötel wie Pfannenschmidt
gar nicht gewillt sind, den Lohn zu erhöhen. Der letztere
schrieb, daß er am 2. Juni mit Herrn Bötel Rücksprache ge-
nommen und dieser erklärt habe, daß er einigen seiner „beseren“
Leute, Borarbeitern, 40 % zahle, die andern bekämen alle 35-38 %.
Pfannenschmidt schreibt dann weiter: Ich werde diesem ebenfalls
an, wie ich es schon bisher auch getan habe. Damit habe ich
unser Korrespondenz jetzt erledigt. — Erst schreibt der gute Herr,
daß er neun Zehntel seiner Leute 39 % zahle, dann, daß er wie
bisher schon 35 bis 38 % zahle wolle, wie angeblich Bötel, und
nur sogenannten „Vorarbeiter“ 40 %. Unsere Kollegen werden
nun mit Pfannenschmidt und Bötel Fraktur reden müssen.

Auf weitere Vorkesseln bei dem Wolfenbütteler Bezirks-
bund hat dessen Vorsitzende geantwortet, daß Pfannenschmidt
gar nicht Mitglied des Bundes sei und daß Bötel ersucht worden
sei, den vereinbarten Lohn — 40 % — unbedingt zu zahlen.
In Santorf, zum Zweigverein Oberabe gehörend, haben
unsere Kollegen die Erhöhung des Lohnes von 30 auf 32 %
beantragt. Die Unternehmer sind zu irgend einer Erklärung
nicht zu bewegen. Falls sich dieser Zustand nicht ändert, dürfte
es in den nächsten Tagen zum Streit kommen. In Detmold
kommen 25 Kollegen, wovon 19 organisiert sind.

Gau Leipzig.

Die Kollegen im Zweigverein Rimbach hatten am 15. April
den Unternehmern eine Forderung auf 48 % Stundenlohn
unterbreitet. Bisher betrug derselbe 44 %. Die Unternehmer
hatten bis Pfingsten noch keine Antwort gegeben, obwohl eine
solche bis zum 23. April erbeten war. Eine am 1. Juni abge-
haltene Versammlung beschloß daher den Streik. Dieses Mittel,
zur richtigen Zeit angewandt, hat hier, wie schon so oft, zu einem
sehr schönen Erfolg geführt. Nach dreieinhalb Tagen war die
Forderung überall bewilligt, am 4. Juni mittags erfolgte die
Wiederaufnahme der Arbeit. Von 252 Gesellen hatten 225 die
Arbeit eingestellt. Die Unternehmer sind nicht organisiert, einige
bewilligten schon am ersten Streiftage, während die andern, und
zwar die ausschlaggebenden, gemeinsame Sache machten und sich
weigerten, die Forderung anzuerkennen. Erst durch wiederholtes
Vorkesseln der Streikleitung war es möglich, die Herren zu

Zustanddrücken zu bewegen. Am 4. Juni ging der Streikleitungs
nachstehendes Schreiben zu:

Die unterzeichneten Meister erkennen folgendes für sich
als bindend an:

- 1. Bei einer zehnjährigen Arbeitszeit wird auf die Zeit
von heute bis ultimo 1909 ein Stundenlohn von 47 % ge-
zahlt. Für das Jahr 1910 wird ein Stundenlohn von 48 %
festgelegt.
2. Ueberstunden werden mit 10 %, Sonntagsstunden mit
20 % Zuschlag bezahlt.
3. Jugendliche Maurer, alte und weniger leistungsfähige
Gesellen werden je nach Leistung, jedenfalls aber mit 43 %
pro Stunde bezahlt.
Diese Vereinbarungen gelten bis zum 31. Dezember 1910.

Die Streitenden haben dieses Angebot nahezu einstimmig
angenommen. Damit war die Lohnbewegung erledigt. Hoffent-
lich lernen die in diesem Gebiet noch nicht organisierten Maurer
an diesem Beispiel die Notwendigkeit der Organisation einsehen
und treten dem Verband bei.

Ohne Streit haben die Chemnitzer Kollegen einen schönen
Erfolg errungen. Am 18. Mai hatten sie den Unternehmern
die Forderung unterbreitet, den Stundenlohn auf 55 % zu er-
höhen und die Zuschläge für Ueberstunden, Sonntags-, Nacht-
und Wasserarbeit auf 10 resp. 20 % festzusetzen. Bis zum
21. Mai war Mikantwort verlangt, die auch an demselben
Tage prompt einging. In dieser Zuschrift teilte der Verband
der Unternehmer mit, daß er auf dem Standpunkt stehe, der
vereinbarte Lohnsatz von 1907 solle unter den Berliner
Schiedspruch, der von den Zentralverbänden anerkannt worden
sei. Somit sei eine Forderung vor dem 1. April 1910 nicht
angängig. Unsere Vertreter erklärten dem Vorsitzenden des
Unternehmervereins, daß dies auf keinen Fall zutreffend sei,
worauf sich dieser an seinen Zentralverband um Aufklärung
wandte. — Eine Generalversammlung des Unternehmervereins
am 28. Mai beschloß sodann — mit Rücksicht auf die
gegenwärtige Lage des Baugeschäftes und da nur einzelne
Firmen voll beschäftigt und auch die größte Anzahl der
diesjährigen Bauten bereits abgeschlossen sei — die Lohn-
forderung nicht für gerechtfertigt zu halten. Eine ständige
Kommission des Unternehmervereins wurde beauftragt, mit
unsern Vertretern eine friedliche Lösung der Frage herbei-
zuführen; dazu wurde der 7. Juni als Verhandlungstag vor-
geschlagen. Unsererseits wurde dieser Termin sofort zurück-
gewiesen und der 2. Juni als Verhandlungstag vorgeschlagen,
worauf sich denn auch die Unternehmer bereit erklärten. In dieser
Verhandlung, woran auch die Gauvorsitzenden der betreffenden
Arbeiterorganisationen teilnahmen, erklärte der Vorsitzende des
Unternehmervereins, daß unsere Forderung niemals die Ge-
nehmigung dieses Vereins finden werde, daß er aber bereit
sei, einen Stundenlohn von 49 bis 51 % zu bewilligen. Nach
eingehender Debatte wurde von unsern Vertretern, um ein Ent-
gegenkommen zu zeigen, die Forderung gestellt, den Stundenlohn
jetzt auf 52 und vom 1. August auf 54 % festzusetzen. Auch dieses
Angebot erklärten die Unternehmer für unannehmbar, versicherten
aber, mit Einführung des Tarifes im nächsten Jahre die Fest-
setzung des Stundenlohnes anzunehmen. Nach dreistündiger
Unterhandlung einigte man sich dahin, daß sofort nach Zu-
stimmung der beiderseitigen Hauptversammlungen der Stunden-
lohn um 2 % und vom 1. September um einen weiteren Pfennig
erhöht werden soll, unter der Zustimmung der Einführung eines
Stundenlohnes von 55 % im Jahre 1910. Betreffs der andern
Forderungen sollte es bei den bisherigen Vereinbarungen bleiben.

Mit diesen Vereinbarungen beschäftigte sich am 4. Juni eine
Versammlung unres Zweigvereins. Der Leiter des Zweig-
vereins und der Gauvorsitzende betonten, daß unter den gegen-
wärtigen Verhältnissen wohl nicht mehr herauszuholen sei und
empfehlen die Annahme dieses Vorschlages. Nach in den
letzten Jahren haben die Kollegen um die Anerkennung ihrer
Organisation kämpfen müssen und trotz des schwindigen Streiks
1907 war der damalige Erfolg nur gering. Jetzt sei es das
erste Mal möglich, ohne Kampf eine Verbesserung der Lohn-
verhältnisse durchzuführen. Die Unternehmer haben mit ihren
bisherigen Anschauungen gebrochen, unsere Organisation ist als
gleichberechtigter Faktor anerkannt worden. In der Diskussion
machte sich zunächst eine starke Opposition gegen das Angebot
geltend. Einige Redner gaben ihre Meinung dahin aus, daß
damit so gut wie nichts erreicht sei und verlangen erneutes
Unterhandeln mit dem Unternehmerverein. Schließlich gelang
es doch, die Mehrheit zu überzeugen, daß das vorliegende An-
gebot annehmbar sei. In der Abstimmung wurden 74 Stimmen
dafür und 283 Stimmen dagegen abgegeben. Nachdem der
Vorsitzende die Versammelten aufgefordert, die Organisation
weiter zu stärken und auszubauen, um das Erreichte festzuhalten,
wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf den
Zentralverband geschlossen.

In Kirchberg hatten die Kollegen am 16. Mai eine Lohn-
forderung eingereicht, und zwar wurden 44 % Stundenlohn
und beim Steinelpfeger 2 % Zuschlag gefordert. Da sich die
Unternehmer auf wiederholtes Ersuchen der Lohnkommission auf
keine Verhandlung einließen, wurde am 1. Juni der Streik
beschlossen. Schon nach eintägigem Kampf wurde mit den
Unternehmern Gebr. Kramer, Albin Groß, Gustav Müdel,
Ernst Keller, Richard Leib, Ernst Giesel, Viktor Müdel und
Kurt Böcher nachstehender Vertrag abgeschlossen und daraufhin
am 3. Juni die Arbeit wieder aufgenommen:

- 1. Die Arbeitszeit beträgt täglich zehn Stunden und
richtet sich im Winterhalbjahr nach der Tageshöhe. Die ein-
ständige Mittagspause ist im ganzen Jahre einzuhalten.
2. Der Stundenlohn beträgt im Jahre 1908 ab 1. Juni
48 %, ab 1. Januar 1910 44 % und ab 1. Juli 1910 45 %.
Bei wiederholter Frigumauer werden pro Stunde 2 % Zuschlag
gewährt; stellt der Arbeitgeber die Eisen selbst, so kommt das
Spitzgeld in Wegfall.
Ueber die zwei Unternehmer, die sich zu Verhandlungen
nicht herbeiließen, wurde die Sperre verhängt. Es sind dies:
Theodor Dalwag-Kirchberg und Anton Schramm-Gartmanns-
dorf. Zugang nach dort ist deshalb fernzupacken.

Gau Magdeburg.

Die Costwinger Kollegen haben sich im Laufe der
Woche in einer Versammlung sehr eingehend mit dem Streik
beschäftigt. Dem Streikkomitee wurde vom Arbeitgeberverband
zu Costwig durch Vermittlung des Bürgermeisters ein neuer
Tarif unterbreitet, in dem die Unternehmer noch weniger Zu-
geständnisse machen als vor dem Streik. Der neue Tarif
besteht, daß fleißige und tüchtige Maurer für die effektiv

geleitete Arbeitsstunde 41 % erhalten sollen. Für Simgesellen unterliegt der Lohn der freien Vereinbarung. Günstigkeit soll der neue Tarif bis zum 31. Dezember 1910 haben. Der im April von den Unternehmern vorgelegte Tarif hat weitestens Lohnsätze von 42 und 43 % bis zum 31. März 1911. Auch für die Heberlandarbeiter waren Bestimmungen festgelegt, die gar nicht Erwähnung finden. Es wird danach verlangt, daß jeder Maurer früh morgens um 6 Uhr auf dem Dorfe auf der Arbeitsstätte ist, weil nur effektiv geleitete Arbeitsstunden bezahlt werden. Von allen Anwesenden wurde das Angebot als unannehmbar bezeichnet. Der Arbeitgeberverband, der von den Dingen im Bauhandwerk nichts versteht, gebekkt durch sein hochmütiges Auftreten die Maurer zu verblüffen. Vergeltliche Mäße! Man war sich darüber einig, daß durch die Einmischung des Arbeitgeberverbandes, an dessen Spitze der humane Fabrikant A. Bischoff steht, der einstmal bei der Stadtordnungsratseherwahl um die Stimmen der Arbeiter gewonnen hat, die Sache aufs äußerste getrieben wird. Die Unternehmer im Bauhandwerk werden von ihm angefaßt, es auf eine Machtprobe ankommen zu lassen. Wer dabei den Kürzeren zieht, wird die Zeit lehren. Die Maurer beschlossen einstimmig, dem Bürgermeister mitzuteilen, daß sie den ihnen zugehenden Tarif ablehnen und er dafür sorgen müßte, daß persönliche Verhandlungen zustande kommen. Diese persönlichen Verhandlungen haben inzwischen stattgefunden. Was dabei herausgekommen ist, war dem Bauvorstehenden bei Abfassung dieses Berichtes noch nicht mitgeteilt.

Der Förderstehler Unternehmer Schmidt hat das Schreiben unserer Kollegen nicht beantwortet. Als darauf zwei Kollegen persönlich bei ihm vorstellig wurden, erklärte er, er würde sich auf nichts einlassen; auf keinen Fall unterschreibe er etwas; was er tue, das tue er aus freiem Willen; vorher müsse er aber mit seinem Bauherrn reden; wenn er es wieder bekomme, würde er auch den Maurern 25 % täglich zulegen. Unsere Kollegen beschloßen darauf, die Entwicklung der Konjunktur abzuwarten und bei günstiger Gelegenheit loszuschlagen. Der Zugang nach Salsfurt und den Orten der Umgegend ist deshalb streng zu meiden.

In Halberstadt hat am 1. Juni auf Veranlassung des Arbeitgeberverbandes eine zweite Verhandlung stattgefunden. Die Unternehmer erklärten sich bereit, einen Stundenlohn von 44 bis 48 % zu zahlen. Als unsere Kollegen kurz und bündig erklärten, darauf würden sie unter keinen Umständen eingehen, boten sie 45 bis 48 %. Auch dies Angebot konnte selbstverständlich nicht angenommen werden, so daß die Verhandlung resultatlos abgebrochen werden mußte. Die der Unternehmervereinigung angehörenden Unternehmer waren nun aber des grausamen Spiels müde. Sofort erklärten sie, da sie sahen, daß wir nicht stark auf 52 % verharren, seien auch sie zum Frieden geneigt. So wurden denn am andern Tage unter Ausschluß des Arbeitgeberverbandes die Verhandlungen erneut aufgenommen. Das Resultat war der Abschluß eines Vertrages, der unsern Kollegen 50 % Stundenlohn zubilligt. Der Vertrag gilt bis zum 1. Juni 1910. Der Arbeitgeberverband macht die bezweifeltesten Anstrengungen, um Arbeitswillige zu bekommen um noch seine Bauten zu besetzen, doch dürfte ihm dies kaum gelingen. Wenn nun die noch am Orte weilenden Kollegen, soweit sie abkommen können, ihr Weißbündel schnüren und mutig in der Fremde ausharren, werden die Bundesmeister bald dem Beispiele der „Unternehmervereinigung“ folgen müssen.

In Salzwedel hatte der Arbeitgeberverband zum 4. Juni eine Verhandlung angefaßt, zu der auch die Bauhilfsarbeiter geladen waren. Die Unternehmer verlangten nun zunächst mit der hollen Kraft ihrer Stimmittel uns nachzuweisen, daß sie ja den Streit gar nicht angefangen hätten. Da sie von einer gemeinschaftlichen Verhandlung nichts wissen wollten, räumten wir aus tatsächlichen Gründen zunächst den Kampfplatz und überließen es den Bauhilfsarbeitern, sich zunächst mit den Unternehmern abzugeben. Auch sie hatten am ersten Tage kein Glück. Später lenkten aber die Unternehmer ein und bewilligten 3 % Lohnerhöhung. An diesem zweiten Tage traten auch wir nochmals mit den Unternehmern zusammen, da sie sich auf nichts einließen, machten wir den Vorschlag, erst unsere Auftragsgeber zu befragen und dann weiter zu verhandeln. Eine am Sonntag stattgefundene Versammlung unserer Kollegen beschloß dann, der Kommission vollständig freie Hand zu lassen. In der darauf stattgefundenen Verhandlung erklärten uns die Unternehmer, es handle sich für sie in diesem Kampfe nicht um die Geldfrage, sondern um die Macht, sie haben deshalb die weitgehendste Unterstützung des Bürgerlums, vor allem des Bürgermeisters; sie werden den Maurern — Unternehmer Gade gebraucht das Wort Bagabunden — nicht einen Pfennig Lohnerhöhung bewilligen. Einsehend, daß den Herren erst Mores gekehrt werden muß, brachen nun unsere Kollegen nach dreitägigem Wettkampfe die Verhandlungen ab.

Nun wird die Salzweider Bauarbeiterkassette zu zeigen haben, daß sie versteht, den Kampf in einer Weise zu führen, die den Egoismus der Unternehmer — unsere früheren Kollegen Mißbraucher und Stachel sind die rabiatesten — in Wälle zu schanden machen wird.

**Gau Mannheim.**

In den Saarstädten ist es, wie vorauszusehen war, zum Kampfe gekommen. Am Dienstag nach Pfingsten, morgens 8 Uhr, fand eine gemeinsame Versammlung der Mitglieder unseres Verbandes, des Bauhilfsarbeiterverbandes und des christlichen Verbandes statt, um einstimmig den Streik beschloßen wurde. In der Woche vor Pfingsten waren von den drei Verbänden gemeinsam einige Bauplätze verhängt worden. Dies hatte den Unternehmerverband so in Garnisch gebracht, daß er in einer Versammlung am 28. Mai die Ausperrung beschloß. Als Pfingsttag erhielt deshalb eine Anzahl Maurer und Bauarbeiter die Entlassung. Doch vielen Unternehmern war es sehr wenig Ernst mit der Ausperrung; diese sagten den Maurern: „Am Dienstag nach Pfingsten ist noch Feiertag, aber am Mittwoch kommt Ihr wieder.“ Andere sagten: „Wer Mittwoch arbeiten will, der soll sich Dienstag nachmittags im Bureau melden. Die Unternehmer mochten glaubt haben, mit dieser Taktik ihre notwendigen Arbeiten schnell noch fertigstellen zu können. Dem wurde durch den Streikbeschuß unversehens ein Nibel gegeschnitten. Hätten wir den Streik nicht beschloßen, so wäre sicher die Ausperrung bereits zusammengebrochen. Der Streik lief sehr günstig; neun Unternehmer, darunter zwei Mitglieder des Unternehmerverbandes, haben mit uns einen neuen Tarif abgeschlossen. Die meisten arbeiten 101 Maurer zu

den neuen Bedingungen, 202 Kollegen sind bereits abgereist und viel mehr noch sind anderweitig untergebracht, so daß wir kaum noch 300 Kollegen im Streik haben. Davon wird auch noch ein erheblicher Teil in nächster Zeit anderweitig in Arbeit treten können, so daß wir ruhig abwarten dürfen, bis die Unternehmer vernünftig geworden sind. Vor allem ist es jetzt nötig, den Zugang vollständig fernzuhalten.

**Gau München.**

In Wolfratshausen fanden am 27. Mai Unterhandlungen vor dem Bezirksamt statt, worauf der drei Wochen dauernde Streik der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter beendet worden ist. Der Stundenlohn beträgt für Maurer heute 47 %, im nächsten Jahre 48 %, was eine Lohnerhöhung von 3 % pro Stunde bedeutet. Auch die Zuschläge für auswärtige Arbeiten wurden geregelt, und ein Tarifvertrag abgeschlossen.

**Gau Nürnberg.**

In Ansbach ist im Laufe der letzten Woche eine kleine Aenderung eingetreten, da es den Unternehmern mit Hilfe des berichtigten Streikbrecheragenten Genkse aus Berlin gelang, einen Trupp Streikbrecher in der Reichsbaupolizei zu ergattern und nach Ansbach zu transportieren. Beim Abgange in Berlin sollen es 30 solch nützlicher Elemente gewesen sein, 18 davon wurden unterwegs abgefangen, die anderen 17 kamen bei Nacht und Nebel in Ansbach an. Es gelang uns, sieben davon wieder abzufangen, so daß noch sechs Maurer und vier Hilfsarbeiter in Ansbach blieben, die dann die Arbeit aufgenommen haben. Akfordmänner hatte man einen wöchentlichen Verdienst von M. 60 bis 70 verschaffen. Die noch verbleibenden Streikbrecher haben sich bei uns inzwischen zur Abreise gemeldet, stellen aber so hohe Forderungen, daß wir es vorgezogen, so lange zu warten, bis die Kerle selbst gehen oder aber von den Unternehmern dabonjagt werden. Drei der Streikbrecher sind im Alter von 70 bis 75 Jahren. Die Unternehmer wollen ihnen einen Stundenlohn von 60 % gewähren; den Streikenden aber wollen sie keine 45 % bezahlen. Obwohl Genkse bei seiner Abreise von Ansbach verlaufen ließ, er werde noch 20 solch nützlicher Elemente aus Berlin beschaffen, sind die Streikenden frohen Mutes. Wenns nach Herzerabend wird es auf den Baustellen oder wo sich die Herren aus Berlin sehen lassen, immer sehr lebhaft, da jeder die Ketten in der Not sehen möchte, wobei es allerdings an Verwünschungen nicht fehlt.

In Würzburg hat in der letzten Woche der Vorliegende des Gewerbegerichts Vertreter der Organisationen zu sich berufen und ihnen Unterhandlung angeboten. Er schlug vor, die Arbeit wieder aufzunehmen und lassen das Gewerbegericht als Einigungsamt fungieren zu lassen. Dies mußten wir ablehnen, da wir die Arbeit nicht eingestellt haben, sondern ausgeperrt wurden. Bei dieser Vorschlagsverhief sich der Vorsitzende der Unternehmerorganisation zu allerlei Drohungen. Er behauptete, es bedürfe nur eines Telegramms nach Berlin, um mehr Arbeitswillige zu erhalten als man benötige. Auch die Staatsbahnenverwaltung werde den Unternehmern entgegenkommen, indem sie die Eisenbahnstrecke auf freier Strecke halten lasse, damit die Leute aussteigen können und dergleichen mehr. Nun, hange machen gilt nicht. — Sonst ist eine Aenderung nicht eingetreten.

In Zirndorf, Zweigverein Nürnberg, sind am 1. Juni die Kollegen ohne Ausnahme in den Streik eingetreten. Der größte Teil von ihnen ist bereits abgereist, da ihnen überall lohnende Arbeit nachgewiesen werden konnte. Den Unternehmern wird nun wohl nichts weiter übrig bleiben als mit uns zu verhandeln.

In Kitzingen a. M. haben wir in der letzten Woche mit den Unternehmern verhandelt; sie wollten einen Vertrag mit uns abschließen, aber nur unter der Bedingung, daß wir einen solchen auf drei Jahre eingehen. In diesen drei Jahren wollten sie bezahlen: 1909 und 1910 37 % und 1911 38 % Stundenlohn. Um eine Erhöhung zu erzielen, schlugen wir vor, daß der Stundenlohn 1909 37 %, 1910 38 % und 1911 39 % betragen sollte. Die Unternehmer lehnten dies ab, weshalb lebensfalls auch in Kitzingen ein Kampf nicht zu umgehen sein wird.

**Gau Stettin.**

Dem Unternehmer Hansen in Byritz sind nach Pfingsten Netter erstanden. Mit dem Polier Lews und dem Akfordmänner hatte er kein Glück, weil diese Akfordmänner sich nebeneinander im Prügeln üben wollten und sich den Hansen und den Lews als Versuchsobjekte aussersehen hatten. Aber jetzt hat der Unternehmer Bieger aus Samenitz, einige Arbeitsplätze, Schichten mit fünf und höchst mit vier Maurern besetzt. Diesen gefaßt der Schuss der Inspektoren nun so gut, daß sie bleiben wollen; ihrer Meinung nach hat jetzt nicht Hansen, sondern Bieger die Arbeiten, weil dieser den Lohn zahlt. Wir hoffen, daß den Auktorkollegen in der Heimat der Kopf zurecht gesetzt wird.

In Rügenwalde ist die am 2. Mai eingeleitete Wohnförderung in der in allen vorherigen Kleinstädten, wo sich die Organisation noch keine Achtung erzwungen hat, lächlichen Manier erledigt worden. Die Firma Schirmer & Reichert, über die die Sperre verhängt war, wurde durch den Druck der Graubenger und Schlawer Kollegen, an denen die Firma eine Stütze zu haben glaubte, zur Anerkennung eines Stundenlohnes von 40 % und Einstellung der entlassenen Rügenwalder Kollegen gezwungen. Man muß anerkennen, daß diese Unternehmer zuerst bemüht sind, mit den Arbeitern in bösscher Art umzugehen. Die Firma Papenfus — Behringshäuser — ein gros — jante — unsern Antrag mit dem Bemerkenswürdigem: „In meinem Geschäft bestimme ich selbst den Lohn.“ Da aber von den neben 15 Beihilfen beschäftigten sechs Gesellen drei Mann 40 % erhalten und sich nur die Jungesellen im ersten Jahr mit weniger begnügen müssen, so geht es auch so. Der Unternehmer Meister gab keine Antwort, zahlt aber 40 %, wofür die die Unternehmer Banfelow und Häbner nur 36 % zahlen. Die dort beschäftigten unorganisierten Maurer werden hoffentlich nun halb zu Bernunft kommen. Demerkenswert ist noch, daß angeblich auf Veranlassung von Papenfus, die Fabrikverwaltung je einen organisierten Maurer und Zimmerer wegen „sozialdemokratischer Intrigen“ entlassen hat.

Im Bezirk Regenwalde können die Unternehmer frohlocken; sie haben, wohl einige Pfennige Lohn zulegen müssen, doch muß unser Angriff als gescheitert gelten. Streikbrecher aus Regenwalde, Dornsee und Lakes besetzen die Bauten. Die

Kolonnenführer aus den Dörfern der Neumark waren um ihre Erläuterung befragt, sie sorgten für Arbeitskräfte, die sie mit dem Warden lockten: „Durch den Streik sollen wir nur verdrängt werden.“ Später werden ja auch unsere Mitglieder von der Bewegung Vorteil haben.

In Stettin hat sich der Arbeitsmarkt etwas gebessert. Ende Mai fanden auf 128 Arbeitsstellen 66 Polier, 572 Gesellen, 64 Beihilfen und 352 Arbeiter in Beschäftigung. Außerdem hat die Chamottefabrik etwa 140 Maurer unterwegs und in den beschriebenen Fabriken werden 32 Gesellen als Hilfsarbeiter gehalten, so daß alles in allem 744 Maurer und Arbeiter in Arbeit stehen. Diese verhältnismäßig gute Beschäftigung dürfte leider nicht von langer Dauer sein. Der Winter hat zwar die Arbeit etwas zusammengebrängt, doch läßt besonders die private Bauartigkeit immer noch zu wünschen übrig. Die zur Feststellung des Arbeitsverhältnisses vorgenommene Baukontrolle sollte nicht ohne Wirkung verlaufen. Ein alter „Freund“ des Verbandes, Polier Hermann Nagel, veranlaßte auf dem Neubau des städtischen Museums den Bauführer, unsrer in der Besprechung erschienenen Abordnung den Bau zu verweisen. Als richtige Antwort legten sofort 32 Kollegen die Arbeit nieder. Eine am Abend stattgefundene Verhandlung mit dem Unternehmer des Hauses Silesien-Sargard, ergab, daß dieser das Verhalten seines Polier nicht billigt. Er versprach für Beförderung zu sorgen. Da er aber vor zwei Jahren ein ähnliches Versprechen nicht gehalten hat, so verlangen die Kollegen die Entlassung des Nagel. Jetzt machte der Unternehmerverband die Sache zu seiner eigenen und berief auf den 22. Mai die Schlichtungskommission. Vorher hatte jedoch der Vorstand des Unternehmerverbandes mehrfach ein Verhandeln mit der Lohnkommission abgelehnt, weil ihnen ein Mitglied dieser Kommission Protokollfassung vorgeworfen hatte und keine „Abbitte“ leisten wollte. Unsere Kommission erklärte, nicht früher verhandelt zu können, als bis die Protokollfrage unterliegt und geklärt ist. In der dann stattfindenden Vollversammlung hielt der Bauvorstehende den Vorwurf der absichtlichen Fälschung nicht aufrecht; er erkannte aber das fragliche Protokoll nicht an. Nach eingehender Prüfung wurde das Protokoll in unserm Sinne richtig gestellt und damit war die Bahn frei zur Regelung der Sache Nagel. In der am 26. Mai abgehaltenen dritten Sitzung der Schlichtungskommission wurde einstimmig festgestellt, daß der Polier Hermann Nagel eine von der Schlichtungskommission aufgestellte Erklärung vor allen Maurern zu verlesen hat und daß dann die Arbeit aufgenommen ist. Unsere sarkastische Gesandtschaft, die letzten den Spruch der Kommission vom 26. Mai ab. Am 1. Juni tagte die zweite Versammlung in dieser Angelegenheit und nun fand mit knapper Not mit 78 gegen 58 Stimmen, bei drei Enthaltungen, der Spruch der Schlichtungskommission Annahme. Am 5. Juni ist dann folgende Erklärung verlesen worden, wozu eine Abschrift den beiden Organisationen zugestellt ist:

Ich, der Maurerpolier Hermann Nagel, erkläre ausdrücklich:

1. Daß es nicht in meiner Absicht gelegen hat, die Organisation der Maurergesellen in irgend einer Weise zu untergraben;
2. Daß ich vor jetzt ab unter allen Umständen das Betreten des von mir geleiteten Hauses sämtlichen Kommissionenmitgliedern der Organisation der Maurer ohne Einschränkung gestattet werde;
3. Daß ich Maurergesellen, welche mit den oben angezogenen Vorfällen in Verbindung stehen, in keiner Weise maßregeln werde.

Stettin, den 25. Mai 1909. Th. Wieg, Maurermeister. Nagel, Hermann.

Hoffentlich wird Nagel nun endlich vernünftig. Auf alle Fälle ist es gut, wenn man sein weiteres Verhalten aufmerksam verfolgt.

**Gau Straßburg.**

Die Kanalmaurer in Straßburg i. Elz, verlangten von den Unternehmern die vertragliche Festlegung des bisherigen Stundenlohnes von 65 %. Da die Unternehmer dies ablehnten, traten unsere Kollegen Dienstag, den 1. Juni, in den Streik ein. Sie fordern nun 70 % und einen Vertrag bis 1911. Die Situation ist günstig. Wenn unsere Kollegen zusammenhalten, ist der Sieg sicher.

**Gau Stuttgart.**

Aus Konstanz wird uns geschrieben: Seit gut einhundert Jahren hat hier das Baugewerbe und damit auch die Arbeiterbewegung durch die Krisis sehr gelitten. Diese schlimme Zeit ist nun wieder einmal vorbei. Der Organisation stehen freilich immer noch viele Arbeiter fern, aber es ist Arbeit vorhanden und die Organisation macht Fortschritte, so daß am 16. Mai in einer Mitgliederversammlung beschloßen werden konnte, den Unternehmern die Forderung zu unterbreiten, den Stundenlohn von 44 % auf 50 % zu erhöhen sowie einen korporativen Arbeitsvertrag mit dem Verband abzuschließen. Schon am 24. Mai hatten wir von den Vorständen des Unternehmerverbandes die Antwort, daß die Meister geneigt seien, am 28. Mai mit uns zu verhandeln. Diese Antwort behaupten, die Unternehmer hätten die Wirkungen des Streiks von 1904, der 17 Wochen dauerte, noch nicht vergessen. Das Resultat der Verhandlungen ist folgendes: Arbeitszeit bisher, im Sommer zehn Stunden, im Winter der Tageshöhe entsprechend; Stundenlohn vom 1. Juni 47 %, vom 15. Juli 48 %; Abschluß eines korporativen Arbeitsvertrages bis 31. März 1910. Die nach Abschluß der Verhandlungen abgehaltene und gut besuchte Manneversammlung im Gasthaus „Helvetia“ nahm das Ergebnis der Verhandlungen einstimmig an. Wenn die Versammlung der Baumeister ebenfalls den Kommissionen beizustimmen beiträgt, ist der Friede im Baugewerbe auf ein Jahr gesichert. — In unsre Mitglieder richten wir den dringenden Appell, fortan treten wir unsere Fahne zu halten, um das Ergründete hochzuhalten und den Zweigverein des Verbandes zu einer festen Schutzwand aller Kollegen auszubauen.

**Bekanntmachung des Vorstandes.**

Sterberegeld darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausbezahlt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu überlegen: a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und b) die Sterberegeldurkunde.

Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterfützung ausbezahlt ist.

Unterstützungsanweisungen sind in der Zeit vom 24. Mai bis 5. Juni für folgende Mitglieder erteilt:

- Germ. Voigt-Berlin (Frau), Verb.-Nr. 6820; Josef Janzer-München, 171 561; Anton Oberberger-München, 171 402; Andreas Noth-München (Frau), 240 602; Aug. Waber-Würzburg, 108 808; Friedrich Lehmann-Berlin, 1151; Georg Gabel-Bremen, 65 087; Friedrich Witt-Gommern, 72 881; Otto Kramer-Gommern (Frau), 252 745; Josef Meyer-Rangensielau (Frau), 82 645; Zuber Schwinghammer-Landsbut, 279 217; Peter Dopp-Wilshof, 57 829; Heinz Ruch-Wilshof, 57 824; Friedr. Bremer-Frankfurt a. M., 40 179; Karl Pacht-Berlin, 94 159; Karl Hauers-Galle, 25 810; Nikolaus Schleggen-Göln (Frau), 388 207; Julius Solze-Görlitz, 73 888; Carl Conrad-Zittau, 388 320; Theodor Waber-Guben, 75 436; Franz Grotes-Reichenbach i. B., 148 219; Friedr. Meyer-Rieder (Frau), 95 738; August Giese-Hannover, 32 756; Heinz Dullmann-Melle, 288 280; Gustav Dienert-Jena, 79 113; Gottlieb Schöber-Galberstadt (Frau), 76 804; Peter Steinfels-Coblenz (Frau), 68 566; Ost. Wulfovski-Danzig, 152 043; Ebn. Strick-Naumburg, 170 750; Aug. Wühl-Breslau (Frau), 16 302; Friedrich Seime-Stadthagen (Frau), 357 054; Bruno Gebner-Meuselwitz (Frau), 274 808; Hermann Poppe-Grimma (Frau), 141 242; Reinhold Dienst-Spremburg (Frau), 167 243; Friedrich Mämnide-Galle, 25 177; Joh. Verlich-Gamburg (Frau), 29 061; Peter Meller-Göln, 61 017; Aug. Reichardt-Dresden, 329 057; Frz. Friedrich-Galle (Frau), 25 419; Julius Stöber-Altendorf, 50 098; Joh. Meier-Harlsruhe, 406 419; Frdr. Koch-Berth, 109 588; Fern. Giese-Gerlingen, 280 517; George Dieckhoff-Gassel (Frau), 288 442; Adolf Kohrs-Helgen, 105 232; Heinrich Noth-Döhlau, 156 688; Frdr. Braun-Schadenlesien, 98 586; Frz. Bonghinus-Mühlhausen i. Elst. (Frau), 303 700; Heinz Schef-Schwargenberg, 99 955; Bruno Fichte-Dresden (Frau), 254 611; Hermann Knauth-Neu-Ruppin, 90 622; Ludw. Grams-Wilmow, 87 374; Joh. Mühlstein-Bremen (Frau), 14 805; Frz. Hopf-Biegenitz, 83 471; Adolf Krenschel-Hannover, 82 470; Philipp Walter-Miesbaden, 287 944; Wlth. Wassermann-Frankfurt a. M. (Frau), 121 682; Wlth. Koch-Gamburg (Frau), 28 595; Heinz Wenzel-Marienburg (Frau), 195 487; Aug. Sawirak-Grimma (Frau), 160 577; Paul Silberbrant-Landsbut a. B., 82 505; Paul Bentler-Bertha, 349 506; Theodor Waga-Bronberg, 127 537; Paul Koppin-Görlitz, 245 948; Karl Vogel-Görlitz (Frau), 165 857; Otto Pieper-Görlitz, 34 716; Karl Spangier-Görlitz (Frau), 66 523; Ed. Lange-Arnsberg, 51 261; Otto Wolbun-Coburg (Frau), 278 319; Emil Pfäfers-Reichenbach i. B. (Frau), 96 536; Karl Buntow-Weißeburg i. B. 446; Verhöf. Müller-Weißig, 158 320; August Northe-Berth, 386 728; S. Teschmacher-Bremen (Frau) 115 816; Gg. Lucas-Krausnick, 81 909; Karl Humpf-Berthau (Frau), 53 387; Heinrich Schäfer-Mühlhausen i. B., 87 903; Ernst Wonneberger-Soran, 380 401; Karl Hamburger-Frankfurt a. M., 20 159; Gustav Schwengeler-Elbing, 66 580; Georg Kullinger-Negensdorf (Frau), 351 438; Joh. Nagel-Frankfurt a. M., 305 206; Friz Willmann-Melle, 336 091.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer **F. Köfer, Hamburg 1, Besenbinderhof 56**, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 1. bis 6. Juni 1909 sind folgende Beiträge eingegangen:

- a) Für Beiträge und Eintrittsgelder.**  
Wiere A. 21,27, Cello 400, Ebdem 300, Gamburg 150, Duisburg 600, Delfau 300, Darqun (vom Streit zurück) 23,99, Döben 200, Danzig 300, Dirschel 100, Eilenach 200, Fichta 200, Jalenstein (vom Streit zurück) 13,54, Graudenz 500, Guben 250, Hiltrow 100, Spedtrakt 40,56, König 80, Karlsruhe 400, Wittenstein 13, Lötzen 300, Regin 400, Riegn 800, Luda 150, Neumünster 840,97, Neugersdorf 150, Pirna (vom Streit zurück) 570,47, Pirna 400, Rönneburg 150,60, Hofla 51,60, Speyer 400, Stendal 400, Saalfeld 200, Werbau 250, Wych 105,50, Weimar 100.
- b) Für „Vereinsvereine“ von W. Kulemann.**  
Riegnitz M. 10.
- c) „Die freien Gewerkschaften“ von Dirschel.**  
Riegnitz M. 9.
- d) „Die christliche Arbeiterbewegung“ von A. Erdmann.**  
Riegnitz M. 6.
- e) „Der Kampf um die Arbeitsbedingungen“.**  
Riegnitz und Ronneburg je 75 A.
- f) Für Anzeigen im „Grundstein“.**  
Riegnitz M. 3,60.

Als verloren gemeldet sind uns die Mitgliedsbücher der Kollegen August Vogel-Berlin (Verb.-Nr. 172), Friz Garmig-Hamburg (27 501), Paul Höpfer-Hamburg (30 998), Heinrich Müller-Görlitz (54 685), Ernst Stollenberg-Ebernforde (65 428), Karl Pöschel-Baugen (172 410), Ewald Budack-Webau (96 898), Gg. Hartmann-Frankfurt a. M. (21 126), Fr. Hausmann-Altendorf (50 026), Wlth. Wessche-Goslar (75 589), Hans Ewenon-Helgen (111 172), Karl Meißner-Boisbau (111 809), Joh. Graf-Hof (130 494), Adolf Angermeyer-Saarbrücken (142 995), Wlth. Semeter-Gerne (116 085), Gustav Lehmann-Guben (154 272), Karl Meißel-Dresden (194 289), Ernst Parich-Dresden (144 866), Franz Koltes-Jena (274 003), G. Wulfovski-Dorrmund (168 958), Ph. Dettlinger-München (171 248), Fr. Bagel-München (200 156), Josef Schmidtbauer-München (425 077), Heinz Müller-Grochau (179 096), Robert Janus-Essen (185 957), Joh. Suhr-Döben-

burg i. Grh. (187 158), A. Fichte-Dirschel (266 048), Ludwig Müller-Nordhausen (280 871), Joh. Fähr-Gresfeld (284 881), Heinrich Kölle-Essen (289 679), Friedrich Grefenhein-Bochum (311 314), August Grunbei-Waldenburg (318 876), Hermann Wöhler-Bochum (337 746), Andreas Mahal-Jue (335 790), G. Nichotia-Doppel (365 242), Ant. Wöndel-Göln (388 328), Joh. Pelzer-Trier (472 424), Joh. Grothl-Karlsruhe (407 044), Paul Schiefelbein-Blagau (442 421); außerdem die Mitgliedskarten der Kollegen Wlth. Seimann-Walsrode (17 081), Fr. John-Wolfa (32 058), G. Leberfing-Rosenheim (43 586), Otto Pippert-Wulzig (43 781), Erich Fried-Böhlen (16 215), Paul Kuske-Jena (36 387), Wlth. Strafa-Görlitz (9432), E. Färber-Augsburg (12 627), Wlth. Silber-Barmen (21 659), A. Witomski-Duisburg (3932), Wlth. Silberbrant-Essen (22 654), P. Brundwal-Boisbau (23 652), Chr. Burmeister-Gamburg (27 204), Johs. Schulze-Gamburg (30 941).

**Ausgeschlossenen** sind auf Grund § 87 a des Statuts vom Zweigverein **Galberstadt**: S. Zimmer (Verb.-Nr. 76 292), R. Köhig (76 965), G. Meiß (61 657), F. Klaus (76 340); **Biffa**: Heinrich Neugebauer (180 696); **Waltershausen i. T. B.**: Georg Marx (276 711); **Lehnia**: Friedr. Albert (82 905), Albert Bernauken (82 914), Albert Fichte (82 940), August Groth (82 948), Gustav Gape (82 951), Ernst Altendorf (85 868), Friedrich Wöndel (82 988), Albert Mey (82 993), Albert Müller (82 994), Friedrich Neuenhof (82 995), August Mahlon (82 996), August Guldsmidt (82 968), Friedrich Pros (83 028), Hermann Gasseloff (198 669), Wlth. Thiele (34 668), Karl Kalkreuter (198 623), Karl Thiele (83 000), Adolf Weis (83 011).

**NB.** Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben.

**Aufgefordert**, ihren Verpflichtungen nachzukommen, werden vom Zweigverein **Duisburg**: Wilhelm Glahmann (Karte Nr. 6284), geboren am 21. Februar 1890 zu Ess, Friz Bindmüller (Verb.-Nr. 281 278), geboren am 8. Juni 1890 zu Sletzin, Franz Dehme (176 399), geboren am 3. März 1865 zu Bielefeld, Leipzig: Gustav Wöhe (Karte-Nr. 011 440), geboren am 31. Januar 1881 zu Neeg (Kreis Arnswalde), Lüneburg: Heinrich Wöbelborn (294 538), geboren am 6. Oktober 1887 zu Norkheim, August Jürs (85 544), geboren 8. November 1875 zu Lüneburg; **Senftenberg**: Karl Gräber (401 517), geboren am 10. September 1883 zu Kamitz.

Kollegen, denen der Aufenthalt der Genannten bekannt ist, werden ersucht, den betreffenden Zweigvereinen oder uns Mitteilung zu machen.

**Berichte.**

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse finden man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstags morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

**Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Bestellungen und Adressenänderungen nur dann für die laufende Nummer berücksichtigt werden können, wenn sie Dienstags vormittags in unseren Händen sind.**

**Deutsch-Rasselwitz.** Am 31. Mai tagte unsere Mitgliederversammlung, die leider sehr schwach besetzt war; denn es waren von 63 Kollegen nur 16 anwesend. Die Versammlung konnte nichts weiter erledigen, als die Bestandswahl. Die übrigen Punkte mußten zurückgestellt werden. Als erster Vorsitzender wurde Robert Barusch, Oberdorfftr. Nr. 169, und als erster Kassierer Josef Kern junior, Neustädterstr. Nr. 160, gewählt. Die Mitglieder werden dringend gebeten, die Versammlungen zu besuchen; überhaupt die jüngeren Kollegen halten das gar nicht für nötig. Wacht auf, Kollegen! Wir stehen jetzt vor der Lohnbewegung. Tue jeder seine Pflicht, damit wir dem Unternehmertum gegenüber stehen.

**Elrich.** Der hiesige Zweigverein hielt am 29. Mai im Schützenhause seine Monatsversammlung ab, die gut besucht war. Kollege Holzhaue sprach über unsere Verhältnisse und rügte, daß in solch einer alten Zahlstelle, die 15 Jahre besteht, die Kollegen immer noch so bummelig und lässig im degalisieren ihrer Beiträge sind. Sodann beschränkten sich einige Kollegen über Bernede. Dieser baut zurzeit für sich einen Stall und hat sich geweigert, den bei ihm arbeitenden Kollegen die halbe Stunde Lohn zu zahlen, die wir Sonntags früher ausführen. Der Vorsitzende legte der Versammlung klar, welche Feindes sind Bernede ist. Bernede wurde wegen fortwährenden Nörgelns einstimmig ausgeschlossen. Zum Schluß ermahnte der Vorsitzende die Kollegen, die Versammlungen doch immer so zu besuchen wie die heutige. Mit einem dreifachen Hoch auf den Zentralverband wurde die Versammlung geschlossen.

**Selentkirchen (Zahlstelle Buer).** Am 5. Juni fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt, in der Genosse Klupich über „Die Entwicklung der Produktionsweise“ einen lehrreichen Vortrag hielt. In der Diskussion wurde dem Referenten zugestimmt, aber bemängelt, daß sich die Referenten in ihren Vorträgen immer zu kurz fassen. Es folgte dann die Angelegenheit des Kollegen Mac erledigt werden. Da aber einige Kollegen sich nicht beherzigen konnten, arzte die Debatte bald in Täuschlichkeiten aus. Es wurden Stühle umgeworfen und einige Kollegen saßen sich sogar am Falle, so daß es der Leitung vollständig unmöglich war, die Ruhe wieder herzustellen und die Versammlung aufgelassen werden mußte. Die Kollegen von Buer sollten sich alle rechtzeitig zur Versammlung einstellen, damit man auf der bestimmten Zeit anfangen kann. Vor allen Dingen aber sollten sie nicht vorher dem Alkohol aufreden, wie es in letzter Zeit öfter der Fall war. Sie sollten nicht nur über verschiedene Kollegen läzieren, sondern sich mehr um die Verbandsinteressen kümmern und mehr Kollegialität üben. Auch sollten sie bis zum Schluß auf Ruhe und Ordnung halten und nicht zu persönlichen Reibereien übergehen. Es ist eine Schande für die hiesige

Zahlstelle, wenn derartige Sachen öfter in der Versammlung vorkommen, wenn Vorkürse und Nörgereien in der Tagesordnung sind. Es wird endlich Zeit, daß die Kollegen von Buer sich aufrufen und sich darauf befinden, in welcher Situation sie sich befinden.

**Gottesberg i. Schl.** In unserer Versammlung am 25. Mai referierte Kollege Fülle-Waldenburg über die Bestandsaufstellung. Eine Diskussion folgte dem interessanten Vortrage nicht. Bei der Kassiererwahl wurde der frühere Kassierer, Kollege Verhöf. Harmann, einstimmig wiedergewählt. Unter „Beschließenes“ bestrich man ein Flugblatt, das für das hiesige Wohngebiet herausgegeben werden soll. Daran knüpfte sich eine Aussprache über die hier herrschenden Lohn- und Arbeitsbedingungen, wobei mancher Mißstand aufgedeckt wurde. Um darin Wandel zu schaffen, ist die Abhaltung einer Konferenz der daran beteiligten Zweigvereine ins Auge gefaßt worden.

**Groß-Böhlen.** In der mäßig besuchten Mitglieder- versammlung wurde das Verhalten des Kollegen Kobanel bei der über den Unternehmer Schulz aus Wulfershausen verhängten Sperre kritisiert. Ein Auschlussantrag gegen ihn wurde abgelehnt. Dem Kollegen S. Nagel, der beim Unternehmer P. Kiech in Gräberdorf zehn anfangen neun Stunden arbeitete, wurde eine Rüge erteilt. Beim Vorsitzenden des Arbeitgeberbundes in Wulfershausen sollen Schritte getan werden, um in Zukunft Überstunden zu verhindern. Der erste Vorsitzende, der auch in die Schlichtungskommission gewählt wurde, ermahnte die Kollegen zum Zusammenhalt. Unter „Beschließenes“ wurde beschlossen, am 5. Juli ein Stiftungsfest zu veranstalten. Ferner wurde die Einführung eines Monatsbeitrages von 20 s monatlich beschlossen.

**Hannover.** Der hiesige Zweigverein hielt am 20. Mai, wie alljährlich, seine Konferenz ab. Kollege Meißner bewachte, daß trotz der ereignisreichen Zeit mehrere Orte nicht vertreten seien. Beiträge liefen in diesem Jahre in drei Bezirken ab. Auch in Wunstorf besteht kein Vertrag; dort haben bekanntlich unsere Kollegen im Vorjahre einen heftigen Kampf ausgefochten. Die Unternehmer fanden dann sechs Streikbrecher, mit denen sie einen Vertrag abschlossen. In Alten bei Bebra haben wir nicht alles erreicht, was wir hofften. Zimmerhain haben wir auch dort Fortschritte gemacht. Ein recht zurückgeliebtes Gebiet ist Neustadt am Müßenberge; trotz der dort vorhandenen traurigen Verhältnisse traten die Kollegen aus Ersehen des Tischlermeisters aus der Organisation aus. Nicht weniger beklagenswert sieht es in dem Wustfugros Stein- hude und Umgegend aus. Es ist kaum glaublich, daß in so nahe an einer Großstadt gelegenen Orten noch Löhne von 32 bis 36 s gezahlt werden. Unsere Kollegen müssen teilweise noch den Sonntag mit zur Hilfe nehmen, um ihr Dasein fristen zu können. Der Ort Klotter- Wenigen kostet uns viel Geld. Im Frühjahr wurde dort zweimal eine Hausagitation vorgenommen, die so gut wie resultatlos verlief. Die wenigen Mitglieder, die wir noch hatten, unterschrieben prompt den vom Unternehmern Seemann vorgelegten Meßers, worin sie sich zum Austritt aus dem Verbands verpflichteten. Dabei ist Seemann Mitglied des Arbeitgeberverbandes, hält also seinerseits die Organisation für notwendig. Aber auch in den dunklen Köpfen der Weninger Maurer wird es einst Tag werden, wenn sie auch heute noch glauben, an den Nachköpfen des Unternehmers hängen zu müssen; und nicht einsehen können, daß nur durch die Organisation eine Besserung herbeigeführt werden kann. Erfreulicherweise haben wir eine ganze Reihe stabiler Orte, wo unsere Kollegen nicht davor zurückschrecken, einen zwei- bis dreitägigen Weg zurückzulegen, um die Versammlung besuchen zu können. Alles ist zur Stelle. Doch muß gesagt werden, daß im ganzen Weiterge- richt, noch viele Maurer unorganisiert herumlaufen. Hier müssen wir Hand ans Werk legen, müssen alle Kräfte einsetzen, um auch den letzten Mann dem Verbands zuzuführen. Die von uns gestellten Forderungen in Gehörden und Kennortf veranlassen die Unternehmer zur Aus- sperrung, so daß wir gegenwärtig in 103 Orten im Kampfe stehen. Die Rodenberger sind, wie vorausgesehen war, auf Streikbrechern geworden, ebenfalls Göde und Wessle. Dort hat es der Unternehmer Graf mit Hilfe des Seelen- birthen fertig gebracht, unsere Kollegen dem Verbands ab- sperrig zu machen. Diese Elemente bleiben nun nicht einmal in ihrem Orte, sondern arbeiten überall, wo sie von den Unternehmern hingeschickt werden. Die Schartmader im Baugewerbe bieten alles Mögliche auf, um Uneinigkeit in unsere Reihen zu tragen. So verlangte die Betriebs- leitung der Rastwecker Rodenberger und Empelde von unseren Kollegen den Austritt aus der Organisation. Wurde dieses verweigert, so erfolgte die Kündigung. Die Unter- nehmer sind aber im Irrtum, wenn sie glauben, daß wir deshalb zu Kreuze kriechen. Wir werden die gebührende Antwort auf diese Brutalität nicht schuldig bleiben. Wenn auch ein Unternehmern meint: „Wir sind Kalenbarger“, so sind es unsere Kollegen nicht minder. Sie haben die Notwendigkeit der Verbesserung ihrer traurigen Lage erkannt, und wenn sie so wie bisher mutig vorwärts kriechen, dann wird und muß der Sieg unser werden. Mit der Mahnung, alles hier Gesagte zu beherzigen, wurde die Konferenz geschlossen.

**Kempten.** Am 31. Mai tagte in Oberthalhofen eine italienische Maurerverammlung behufs Gründung einer italienischen Zahlstelle des Zweigvereins Kempten. Der Vorsitzende Kollege Moll aus Kempten begrüßte in einer kurzen Ansprache die Anwesenden. Sodann referierte Kollege Fasoli über die Bedeutung und den Wert der Organisation. Nach kurzer Diskussion wurden ein Zahl- stellenleiter und ein Kassierer gewählt. Mit einem Hoch auf den beistehigen Maurerverband und auf die neugegründete Sektion wurde die Versammlung geschlossen.

**Leipzig.** Am 25. Mai fand im Volkshaus eine Mit- gliederversammlung statt. Genosse Spinski sprach über den Ausbau der Arbeiterbefreiung. Der Vortrag wurde beifällig aufgenommen. Kollege Bauersfeld erstattete Bericht von der Bundeskonferenz für Bauarbeiterzweige. Der Redner gab in kurzen Zügen ein Bild von den auf der Konferenz gepflogenen Verhandlungen und gestifteten Beschlüssen und ersuchte die Kollegen, in Zukunft mehr wie bisher für den Bauarbeiterzweige einzutreten und dafür s

forjagen, daß die von den Behörden erlassenen Vorschriften auch von den Unternehmern eingehalten werden. Unter Berücksichtigung dieser wurde beschlossen, den wegen Ueberstunden befristeten Kollegen noch drei Wochen Frist zu gewähren. Nach Ablauf dieser Frist soll der Ausschluß erfolgen. Die wegen früheren Streikbundes ausgeschlossenen Kollegen Tauterl, Schulze, Wagner, Busch, Lorenz und Klingler wurden, nachdem sie das Verprechen abgegeben hatten, in Zukunft die Beschlässe der Organisation zu befolgen, aufgenommen. Die Kinnahmegeheude von Heuler, Junke, Schmid und Blum wurden abgelehnt. Ferner wurde den Kollegen, die aus wichtigen Gründen den 1. Mai nicht gefeiert haben, eine Rüge erteilt. Röhly und Schlemmer, die als Poliere Kutarbeit in Afford übernommen haben, wurden ausgeschlossen. Der Vorsitzende wies auf den Kleinrentnerstreik hin und ersuchte die Kollegen, jede Steinhararbeit zu unterlassen. Das Aufnahmegeruch Mechtrows wurde dem Vorstände überwiesen.

**Markt-Neubitz.** Zu einer internationalen Kundgebung gestattete sich eine am 23. Mai hier stattgefundene Versammlung, zu der außer deutschen Bauarbeitern fast alle im Bezirk beschäftigten böhmischen Maurer, Zimmerleute und Bauhilfsarbeiter gekommen waren. Reichsratsabgeordneter Löw aus Karlsbad sprach über die organisatorischen Rechte und Pflichten des Arbeiters. Er führte aus: Wenn in früheren Jahren die böhmischen Kollegen nach Deutschland kamen, wurden sie von den deutschen Bauarbeitern gemächlich als Feinde betrachtet. Nicht mit Unrecht, denn sie arbeiteten billiger und schwärmten geradezu für eine lange Arbeitszeit. Das hat sich jetzt geändert. Der böhmische Kollege lernte begreifen, daß auch er Pflichten gegen sich, seine Familie und die ganze Arbeiterchaft hat. Er hat heute auch in der Heimat eine starke Organisation, die in vielen Orten die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Bauarbeiter zu deren Gunsten beeinflussen konnte, so daß für das Bauergewerbe in Böhmen heute schon mehrfach die neunzehnstündige und neunzehnstündige Arbeitszeit besteht. Wenn die Bauarbeiter im allgemeinen gezeugen sind, den Lebensunterhalt für ein ganzes Jahr in neun Monaten zu verdienen, so sind die österreichischen Arbeiter insofern noch schlechter daran, als sie fern von der Heimat und der Familie Arbeit suchen und so einen doppelten Haushalt führen müssen. Daraus erklärt es sich, daß die ausländischen Kollegen früher der Meinung waren, durch Löw werden sie recht viel verdienen zu müssen. Der bunte Löw war eine Malchone, die früh anließ und abends vor Ermüdung von selbst schlief. Diese Müdigkeit ist kein Wunder, wenn man bedenkt, wie schlecht die Schulverhältnisse Österreichs sind; gibt es doch dort nicht nur die meisten Analphabeten. Auch die nationalen Birken sind der Sache der Arbeiterchaft nicht förderlich. Das österreichische Vaterland kümmert sich um seine Kinder viel zu wenig. Erst wenn seine Söhne ins 20. Lebensjahr kommen, bekennt es sich auf seine Kulturaufgaben. Dann wird der junge Mann in eine Uniform gesteckt und ihm von der ersten Stunde an Vaterlandsliebe eingebläut. Auch beim Eintritte in die Armee kümmert sich das Vaterland viel mehr um sein Volk, als bei anderen wichtigen Aufgaben. So kommt es, wie Redner an der Hand der Statistik nachwies, daß der österreichische Arbeiter in bezug auf seine Lebenshaltung weit hinter dem englischen, französischen und deutschen Arbeiter zurückbleibt. Nur in bezug auf den Karstoffverbrauch nimmt er eine der ersten Stellen ein. Das muß anders werden; die Arbeiter müssen sich in Interesse ihrer Gesundheit und im Interesse ihrer Familie durch die Organisation eine bessere Lebenshaltung erkämpfen; höhere Löhne, längere Arbeitszeit, bessere Ernährung, bessere Wohnung und Kleidung muß ihre Lösung sein. Redner schilderte dann noch den Karlsbader Streik, der durch den Verrat der Gelben verloren ging. Deren Führer wandern jetzt einer nach dem andern ins Gefängnis, weil sie mit den Gelben, die die Unternehmung zur Anwerbung von Streikbrechern zur Verfügung gestellt hatten, „Unregelmäßigkeiten“ getrieben, d. h. die Gelben untergeschlagen oder gestohlen haben. So bedauerlich solche Erscheinungen, wie die Karlsbader Vorgänge, seien, so habe er doch die Hoffnung, daß der gesunde Sinn der Arbeiterchaft und ihre wachsende Erkenntnis der Zersplitterung der Arbeiterchaft ein Ende bereiten werden. Er ermahnte die Anwesenden, stets dafür zu sorgen, daß die hausgewerkschaftlichen Organisationen immer stärker werden und in den wichtigsten Orten Fuß fassen, damit Löwe von 33 bis 36 1/2 und die elfstündige Arbeitszeit verschwinden. Kein Österreicher dürfe jemals mehr zum Streikbrecher werden. Unser aller Ziel müsse sein: immer neue, immer glücklichere Positionen zu erringen, um für uns und unsre Nachkommen ein besseres Dasein zu schaffen. — Reichsbesitz lohnte den Redner für seine trefflichen Ausführungen. — Gauleiter Gempel vom Bauhilfsarbeiterverband freizete dann kurz die Generalversammlung des Arbeitgeberbundes, auf welcher allen Erstes gefordert wurde, den ausländischen Arbeitern die ortsüblichen Löhne nicht zu zahlen. Er verprie auf die Tatsache, daß die Bauhilfsarbeiter im ganzen Bezirk ungenügend bezahlt werden und deshalb auch schwer für die Organisation zu gewinnen sind. Fester Zusammenhalt der deutschen und österreichischen Kollegen werde hier bald Wandel schaffen. — Gewerkschaftssekretär Weiss schilderte die Verhältnisse im Bezirk und bemerkte, in Markt-Neubitz seien 17 Maurer christlich organisiert; trotzdem seien aber die elenden Lohnverhältnisse noch nicht im mindesten gebessert worden. Auf die Christlichen sei überhaupt nicht zu rechnen, und deshalb sei es Aufgabe der ausländischen Kollegen selbst, hier Remedur zu schaffen. — Kollege Löw forderte im Schlußwort die Versammelten auf, einig und geschlossen vorzugehen, um halbwegs in den Unternehmern Zugeständnisse abzurufen. Nachdem dann noch Kollege Opatz-Hof die Berufsvorhältnisse im Bezirk erörtert und auf die den deutschen Arbeitern drohende Belastung mit neuen Steuern hingewiesen hatte, wurde die internationale Kundgebung mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung geschlossen.

**Münster i. W.** Am 31. Mai tagte unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung, die wie nicht anders zu erwarten war, sehr schwach besetzt war. Der erste Vorsitzende erstattete Bericht von der Gaukonferenz. Zum Schluß seiner Ausführungen rügte er die Flauheit der Kollegen, die glauben, mit dem Bezahlen des Vertrages ihrer Pflicht genügt zu haben. Er forderte sie auf, zu agitieren und künftig Mann für Mann in den Versammlungen zu erscheinen.

damit wir für den voraussetzlichen Kampf im nächsten Jahre gewappnet und einig dastehen. Weiter beleuchtete er den hier neu errichteten Arbeitsnachweis des Arbeitgeberbundes, und ersuchte die Kollegen, ihn, wo es irgend zugänglich ist, nicht zu benutzen. Zum „Widiotfest“ gab Kollege Stark Baumann Bericht über die vom vollzogenen Beschmelzung der einzelnen Gewerkschaftsbibliotheken mit der Parteibibliothek. Es sei nun Pflicht der Kollegen, sie auch fleißig zu benutzen, denn es gelte immer noch das Wort: „Wissen ist Macht!“ Ferner wurde das Verhalten des Kollegen Ehrenfort, der dem Kollegen Otto Mescha Karlsruher vorgeworfen hatte und damit auch bei den Christen haufieren ging, scharf gerügt. Eine sofort eingeleitete Kommission zur Untersuchung ergab die vollständige Haltlosigkeit seiner Behauptungen. Dadurch in die Enge getrieben, entschuldigte sich Ehrenfort mit Trunkenheit und Aufregung von andern Kollegen. Beim Punkt „Beschmelzung“ wurde auf Antrag H. Baumanns dem Kollegen Joseph Wälder, der bereits drei Jahre arbeitsunfähig ist, eine Unterstützung von M. 30 gewährt. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Kollegen zur Gründung eines Konsumvereins auf.

**Recklinghausen.** Der Leiter der christlichen Organisation und Obmann der Arbeitervertreter in der Schlichtungskommission, unser ehrenwerter Freund Rogge, hat wegen seiner umfangreichen Berichterstattung für die „Baugewerkschaft“ leider immer noch keine Zeit gefunden, die ihm anvertrauten Interessen der Arbeiter zu vertreten, was aus folgenden Vorcommissen herborgeht. Der Unternehmer Müller aus Böhmen führt einen Teil der Neubauten der neuen Zedde „Leutoburgia“ in Böhmen aus; beschäftigt sind dort circa 40 Maurer, die mit Ausnahme von zweien dem christlichen Verbands angehören. An diesen Neubauten wird, entgegen dem Tarif, 10 1/2 Stunden gearbeitet. Rogge unternimmt nichts, um die Ueberarbeit zu beseitigen, sondern er verhält sich den Mißständen gegenüber völlig passiv. In einer andern Sache hatten wir den Antrag gestellt, die Firma Müllersdorf-Dortmund zu einer Sitzung der Schlichtungskommission Recklinghausen zu laden, um sie zu veranlassen, die elfstündige Arbeitszeit an ihren Neubauten auf Zedde „Drafsert“ zu beseitigen. Der Vorsitzende der Schlichtungskommission, Unternehmer Winter, war der irtümlichen Ansicht, Müllersdorf sei nicht Mitglied des Bundes, und lehnte daher die Einberufung einer Sitzung ab. Anstatt daß Rogge nun hätte feststellen sollen, ob die Ansicht des Vorsitzenden richtig war, und wenn nicht, energisch auf die Einberufung der Kommission hätte dringen müssen, sandte er uns den abtönenden Bescheid des Vorsitzenden behufs Milderung aus, so daß wir unsern Antrag — da Müllersdorf Mitglied ist — nochmals stellen mußten. So „vertritt“ Rogge die Interessen der Arbeiter. — Der schwergeplagte Mann hat allerdings genug damit zu tun, den Kollegen vor dem „sozialdemokratischen“ Maurerverbande das Guelien beizubringen und sie für die „alleinseitigmachende christliche“ Organisation zu gewinnen. Wir wünschen ihm recht viel Glück dazu, möchten ihn aber doch erludien, seine Pflicht, die er als Vertreter in der Schlichtungskommission auch unserer Organisation gegenüber übernommen hat, nicht ganz zu vernachlässigen. Mit dem Gesims in der „Baugewerkschaft“ allein darf er seine Aufgabe doch nicht als erschöpft betrachten. Unser lebenswüthiger Freund darf verächtlich sein, daß wir auch keine Berichterstattung zu würdigen und zu schätzen wissen und daß uns seine „christliche“ Wahrheitsliebe mit Bewunderung erfüllt — August Wenz ist ein Baueinstück gegen ihn —, inmerhin müssen wir den bringenden Wunsch äußern, es an Taten zur Beseitigung der Mißstände nicht ganz fehlen zu lassen, damit die Bauarbeiterchaft nicht allzu stark unter den Nachwirkungen „allzu christlicher“ Erziehung einzelner Leute zu leiden hat.

**Fliesenleger.**

**Hamburg.** Am 2. Juni hielt die Sektion ihre regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab. Kollege Rainbach hielt einen sehr lehrreichen Vortrag über: „Klassenkampf“. Reichsbesitz lobte dem Redner für seine trefflichen Ausführungen. Eine Diskussion wurde nicht beliebt. Hierauf erstattete der Kassierer den Kassierbericht vom ersten Quartal. Danach betrug die Einnahme inklusive Kassenbestand vom vorigen Quartal M. 660,91, die Ausgabe M. 117,25, so daß ein Kassenbestand von M. 543,66 verbleibt. Der Bank besitz sind davon M. 500. Beim nächsten Punkt wies der Vorsitzende auf die erste Lage im Hamburger Bauergewerbe hin. Gerügt wurde, daß es die Kollegen trotz der ersten Situation am Orte nicht für notwendig erachteten, Bauelemente zu wäshen. Es wurde die Abhaltung eines Herbsttagungs beschlossen und dann mitgeteilt, daß es auch in diesem Jahre wieder einige Kollegen gab, die am 1. Mai arbeiteten. Nachdem ein Antrag, die Versammlungsberichte im „Hamburger Echo“ und im „Grundstein“ zu veröffentlichen, einstimmig angenommen worden war, erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

**Mülheim a. d. Ruhr.** (Berichtigung.) In dem Versammlungsbericht in Nr. 22 des „Grundstein“ darf es nicht heißen: Der Geschäftsführer der Firma Voon in Oberhausen, sondern: „Der Geschäftsbegleiter“ usw.

**Strasbourg i. Elz.** Der Streik der Pfaffenleger ist beendet. Die Unternehmern mußten den alten Vertrag, den sie in allen Punkten verschlechtert hatten, bis 1911 anerkennen. Die Arbeit wurde am Dienstag wieder aufgenommen.

**Holierer und Steinholzleger.**

**Berlin.** Am 2. Juni fand hier unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung statt. Schime gab den Bericht der Gewerkschaftskommission. Die Versammelten stimmten der Erhöhung der Beiträge für die Gewerkschaftskommission und für das Gewerkschaftshaus ohne weiteres zu. Der Vorsitzende rügte dann die schlechten Versammlungsbesuch und die unregelmäßige Beitragszahlung in einigen Werkstätten. Er ermahnte die Anwesenden, die Säumigen an ihre Pflichten zu erinnern. Nach Erledigung eines Untersuchungs-gesuchs und einer Rechtschutzangelegenheit wurde die Versammlung geschlossen.

**Hamburg.** Die ausgesperrten Holierer beschäftigten sich am 28. Mai mit dem Stand der Aussperrung. Der Streikleiter gab den Bericht über den Verlauf unfret sechs-

zehntägigen Bewegung und hob hervor, daß der Stand bis heute unverändert sei. Die Arbeitgeber haben, gestützt auf die schlechte Geschäftslage, es nicht für nötig befunden, mit uns zu verhandeln. Auch haben sie genügende Arbeitskräfte bekommen, so daß in absehbarer Zeit gar nicht daran zu denken ist, in eine Verhandlung mit ihnen einzutreten. Ein gut Teil Schuld tragen die Kollegen selbst, weil nicht die genügende Solidarität geübt worden ist. Diese Kollegen werden die Folgen an ihrem eigenen Leibe verspüren, wenn erst der uns ausgebrungene Affordbar auf der ganzen Linie eingeführt ist. Es sei jetzt an der ganzen Sache nichts mehr zu ändern und deshalb sei eine ehrenvolle Niederlage besser, als ein langames Verbluten. Deshalb empfiele die Lohnkommission der Versammlung, die Sperre über die Firmen aufzuheben, damit es noch einem Teil der Kollegen möglich sei, wieder in ihre alte Beschäftigung hineinzukommen. — In der sehr scharfen Diskussion konnte sich ein Teil der Kollegen nicht mit der Aufhebung einverstanden erklären. Sie meinten, wenn man es 16 Wochen ausgehalten habe, so halte man es auch noch länger aus. Die Mehrzahl der Redner sah aber die Zwecklosigkeit der Sperre ein und forderte, daß sie abgebrochen werde. In der geheimen Abstimmung wurde dann auch mit 16 gegen 15 Stimmen beschlossen, den Kampf abzubrechen. Es wurde der Streikleitung aufgetragen, den Unternehmern eine diesbezügliche Mitteilung zu machen und die Erwartung auszusprechen, daß unumverhandelt werde. Ferner wurde beschlossen, am 2. Juni wieder eine Versammlung stattfinden zu lassen. Bis dahin sollte noch nicht bei den Unternehmern um Arbeit nachgesehen werden, sondern die Kollegen hätten sich nach wie vor zur Kontrolle und im Arbeitsnachweis zu melden. Wegen vorrückter Zeit wurde dann die Versammlung bis zum Mittwoch, 2. Juni, vertagt. — Am 2. Juni, abends 6 1/2 Uhr, wurde dann die Versammlung fortgesetzt. Der Streikleiter gab bekannt, daß der Arbeitgeberverband noch nicht auf das Schreiben geantwortet habe. Die Lohnkommission schlug der Versammlung vor, den in der Versammlung am 28. Mai gefassten Beschlüssen, der das Umfassen verhindert, wieder aufzuheben. Die Versammlung lehnte diesen Vorschlag aber einstimmig ab. Eine am 11. Juni tagende Versammlung soll weiter darüber beschließen. Dann gab die Streikleitung bekannt, daß von nun an nur noch die statutenmäßige Unterstützung an die gemerkelten Kollegen gezahlt werde. Beim zweiten Punkt wurde zur Untersuchung der Angelegenheit des Kollegen Klobisch eine dreigliedrige Kommission gewählt, die in der nächsten Versammlung Bericht zu erstatten hat. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten war um 11 1/2 Uhr Schluß der Versammlung.

**Hannover.** In der am 1. Juni abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung diskutierte man die Frage, ob die in andere Verhältnisse organisierten Kollegen zu den Extrabeiträgen für die Hamburger Kampfbünde herangezogen werden sollen. Feinst, der vom Metallarbeiterverband erschienen war, erklärte er könne die in seinen Verband organisierten Holierer zu diesem Extrabeitrag nicht zwingen, halte es aber für ihre moralische Pflicht, ihn zu zahlen. Die Sache wurde dann zurückgestellt. — Nach lebhafter Debatte wurde beschlossen, das alte Lokal beim Kollegen Geisse, Grönlstraße, weiter zu behalten. Gerügt wurde, daß die Hannoverer Holiererwerte, obwohl sie den Tarif unterschrieben haben, ihre Arbeitskräfte in allen Gegenden zusammenziehen, anstatt ihre Leute vom Arbeitsnachweis zu beziehen. Die Firma hat sogar mit den bei ihr beschäftigten Leuten Sonderverträge abgeschlossen, die behauptende, Verschlechterungen enthalten. In dieser Frage wird aber das letzte Wort noch nicht gesprochen sein. Auch die Firma Kraiser & Kollermann beachtet den Arbeitsnachweis nicht. — Der Kollege Köhl beschwerte sich über den Versammlungsbericht in Nr. 18 des „Grundstein“. Es muß dort heißen: „Dem Kollegen Köhl wurde eine Rüge erteilt, weil er sich durch den Arbeitsnachweis andre Arbeit bemittelte, obwohl er noch in Arbeit stand.“ Die Hauptschuld trifft den Arbeitsvermittler.

In der Versammlung am 5. Juni, die leider nur schwach besucht war, erstattete Feinst Bericht über die aus Gahndurg eingegangenen Mitteilungen. Es wurde beschlossen, ein Rundschreiben an die in Frage kommenden Kollegen zu richten und sie bezüglich der Extrabeiträge zu einer Erklärung aufzufordern. Festgestellt ist jetzt, daß bei der Firma Kraiser & Kollermann der Arbeitsnachweis von beiden Seiten umgangen ist. Es wurde beschlossen, sich mit den Beststellern dieserhalb in Verbindung zu setzen. Der Kollege Gerlach wird hierüber aufgefordert, seine Angelegenheit zu regeln. Eine lebhafteste Debatte entstand über unsere Organisation, namentlich über die augenblicklich vorherrschende Zersplitterung. Allgemein wurde anerkannt, daß es so wie bisher bei uns nicht weiter gehen kann, daß sich immer mehr das Bedürfnis fühlbar macht, uns einem größeren Verbands als selbständige Sektion anzuschließen, einerseits, um die teilweise verloren gegangene Einigkeit wieder herzustellen, andererseits um uns mehr Nützlichkeit zu sichern, da wir es heute nicht mehr allein mit den Unternehmern im Holzergewerbe allein zu tun haben. Bei allen vorerwähnten Streitigkeiten sehen wir, daß wir es mit dem Gesamtverbande der Unternehmern zu tun haben. Diesen Anforderungen sind wir auf die Dauer nicht gewachsen, und es liegt wohl nur an einer Umgründung in dieser Sache. Wir verweisen deshalb auf den Artikel „Zur Verschmelzung“ in Nr. 17 des „Grundstein“ und hoffen, daß sowohl die Geschäftsteilung wie auch die übrigen maßgeblichen Stellung zu dieser Frage nehmen werden. Ob der Anschluß dann an den Maurerverband oder an den Metallarbeiterverband erfolgt, darüber hätte ja dann die nächste Konferenz zu entscheiden.

**Zum Jubiläum der Maurerorganisation in Halle a. d. S.**

Unsre Maurerorganisation in der Hallorenstadt kann in diesem Frühjahr auf ein fünfundsiebenzigjähriges Bestehen zurückblicken. Die Verbandsleitung beabsichtigt aus diesem Anlaß im hiesigen Arbeiterblatt einen Artikel, aus dem wir folgende Stellen wiedergeben:

Das Sozialiengezeig zerstückte auch in Halle jede Organisation. Der Zustand der allgemeinen Unzufriedenheit und Hilflosigkeit unter der Arbeiterchaft dauerte aber nicht lange. In den ersten Monaten des Jahres 1884 unternahmen einige Kollegen eine rühmliche Agitation, um wiederum eine Fachorganisation ins Leben zu rufen. Der

Kollege Heinrich Dittmar von hier setzte sich mit dem Kollegen Knegehdorf in Hamburg in Verbindung, danach wurde die Gründung des Fachvereins am 18. März 1894 beschlossen.

klein war die Zahl der Mitglieder; aber durchdrungen von Solidarität und von der Absicht, auch in Halle für die Kollegen Schriftliches zu schaffen, arbeiteten sie mit Opfermut und Ausdauer für den Fachverein. Leider hatte der junge Verein mit vielen Widerwärtigkeiten zu kämpfen, denn die damals am Orte befindlichen Arbeiter und Arbeiterinnen der Maurer war noch ein Anhängel der alten Zunft, und deren Mitglieder waren schwer empfänglich für die Aufgaben der emporstrebenden Arbeiterbewegung. Mitte April 1894 hielt Kollege Knegehdorf-Hamburg einen Vortrag im überfüllten Saal von „Belvedere“; eine Stärkung des Fachvereins führte er wegen des Indifferentismus unserer halleischen Kollegen nicht herbei, die Zahl der Streiter nahm eher ab als zu. Auch die Anwesenheit des aus Berlin ausgewiesenen Kollegen Conrad und seine rege Agitation vermochten nicht einen größeren Aufschwung der Organisation herbeizuführen. Etwas mehr Regalität kam unter die Kollegen im Jahre 1895, als die erste Lohnforderung von 33 1/2 pro Stunde den Unternehmern unterbreitet wurde. Diese Forderung wurde auch so ziemlich ohne Kampf durchgeführt. Nur einige Unternehmer weigerten sich zunächst; doch nach Verschärfung der Bauperrre fügten auch sie sich in eilichen Tagen.

Im Jahre 1897 wurde erneut in eine Lohnbewegung eingetreten und 36 1/2 pro Stunde gefordert, was größtenteils auch bewilligt wurde. Nur die Innungsmeister weigerten sich, die Forderung anerkennen. Anfang März 1899 beschloß eine Sitzung der Kollegen, einen Stundenlohn von 40 1/2 bei zehnstündiger Arbeitszeit zu fordern. Eine Ende März des Jahres 1899 nach dem „Kofental“, Weidenplan, einberufene überfüllte Versammlung beschloß einstimmig, die Forderung den Unternehmern zu unterbreiten und bei Nichtbewilligung sofort in den Streik einzutreten. Dies machte sich notwendig und am 1. April 1899 wurde dann vom größten Teil der Kollegen die Arbeit niedergelegt. Dann wurden die Forderungen von den meisten Unternehmern bewilligt. Der Streik dauerte bis zum 11. Juli, also beinahe 15 Wochen. Im Streikfonds waren ganze 17 vorhanden. Nur die Zuerst, von den Kollegen anderer Städte und aus dem Fonds der Maurer Berlin unterstützt zu werden, was auch geschah, gab Mut und Kraft, in den Streik einzutreten. Dazu kam noch der glückliche Umstand, daß die Bauaktivität in Deutschland eine sehr rege war. Die Streikleitung bekam aus vielen Orten Deutschlands Aufträge, freitende Maurer nach dort zu senden, hauptsächlich aus den Städten Potsdam, Berlin, Braunschweig, Hamburg usw. Dadurch wurde die Unterstützung der am Orte befindlichen Kollegen bedeutend erleichtert. Da auch die auswärtig in Arbeit stehenden Kollegen freiwillige Beiträge sandten, war es möglich, den schweren Kampf siegreich durchzuführen. Der Streik kostete 1 068,50. Aus dem Zentralfonds der Maurer Deutschlands floßen 1 890, die zu den geforderten Bedingungen arbeitenden Kollegen lieferten 1 865, auf Listen wurden am Orte gesammelt 1 134,43, der Rest kam von Gewerkschaften am Orte und von auswärtig.

Während des Streiks bildete sich neben der Innung noch ein besonderer Unternehmerbund, der es sich zur Aufgabe machte, das System der schwarzen Listen auszubauen und zu pflegen. Der Bund gab „Arbeitsordnungen“ heraus, die durchzuführen sich jedes Mitglied bei Strafe von 1 50 pro Geselle und Tag verpflichten mußte. Zur Sicherheit sollte jedes Bundesmitglied einen Eidwechsel in Höhe von 1 600 hinterlegen. Der Bund gab „Arbeitskarten“ heraus, und nur zu den hierauf berechneten Bedingungen sollten die Unternehmer Gesellen beschäftigen dürfen, „widerrechtlich“ die Arbeit verlassende oder nicht „ordnungsmäßig“ entlassene Gesellen sollten sofort auf die schwarze Liste gesetzt werden. Weil das Statut des Bundes offensichtlich gegen den § 153 der Gewerbeordnung verstieß, nahm die Geschäftsleitung der Maurer Deutschlands Veranlassung, den preussischen Ministern der Justiz und des Innern die strafwürdige Handlung der halleischen Bundesunternehmer zu denunzieren, vornehmlich zu dem Zweck, um zu erfahren, ob die Unternehmer straflos tun könnten, was bei Arbeitern mit schwerer Strafe gesandt wird. Gefragt der Minister hat gar nichts von sich hören lassen, während der Minister des Innern die Beschwerde dem Handelsminister zur Erledigung überwies, und dieser wiederum ließ durch irgend einen Stellvertreter antworten, daß er keine Verantwortung für die Beschwerde habe.

Bezeichnend für den Geist der halleischen Unternehmer sind auch die Arbeitsbedingungen, die den Streikbrechern zur Unterschift vorgelegt wurden, und darum mögen die Arbeitsbedingungen hier Platz finden:

Unterzeichneter bekennet hiermit, daß er sich mit Erlaubnis seiner Eltern nach Halle a. d. S. zu Herrn pp. begibt, um daselbst als Maurergeselle in Arbeit zu treten. Die ihm in der Maurerei vorkommende Arbeit verpflichtet sich derselbe treu und fleißig zu verrichten, den Vorgesetzten stets gehoramt zu sein und sich von seinem Arbeitgeber keinesfalls eher zu entfernen, als bis er das für ihn vorgelegte Meißelgeld und die dem Arbeitgeber entstandenen Lasten zurückerstattet hat. Dagegen verpflichtet sich betreffender Arbeitgeber, dem Unterzeichneten für diesen Sommer Arbeit zu gewähren und je nach Qualifikation für die Stunde 33 bis 38 1/2 Lohn. Die Auszahlung des Tagelohnes, auch bei Afforarbeit, erfolgt wöchentlich, ebenfalls wie die Rückzahlung des vorgelegten Meißelgeldes in Höhe von 50 1/2 bis 1. Zur Sicherheit für die pünktliche Rückzahlung des letzteren hat der Unterzeichnete einen Primarwechsel ohne Verfalltag dem Arbeitgeber nebst Legitimationspapieren zu übergeben, auch die Kenntnisnahme der Bedingungen der gedruckten Arbeitskarten durch Unterschift anerkannt. Das Meißelgeld wird denjenigen Leuten, welche bis zum Schluß der diesjährigen Bauperiode bei ihrem Arbeitgeber ausstehen, als Anerkennung dafür zurückgewährt.

Bei Afforarbeit wird gezahlt für einen Kubikmeter Bruchsteine durchschnittlich 1 1,50, 100 Meißel zu ver-

mauern, 60 1/2, ein Quadratmeter Wandputz 20 1/2, ein Quadratmeter Dedenputz 27 1/2.

Nach Beendigung des Streiks glaubte man den festen Zusammenfluß der Kollegen zu haben. Leider täuschte diese Erwartung; denn nur wenige traten dem Fachverein bei; der größte Teil unserer Kollegen stand indifferent ihrer Organisation gegenüber. Infolge der wirtschaftlichen Depression im Jahre 1899 lutzte die Unternehmung die Unternehmer die Stundenlöhne von 40 1/2 herab auf 30 1/2 und 28 1/2. Ein Abwehrkampf war nicht möglich, da die Unterstelligkeit der Kollegen zu groß war. Durch rege Bauaktivität im Jahre 1899 und durch intensive Agitation gelang es, die Kollegen dafür zu gewinnen, daß der frühere Lohn von 40 1/2 pro Stunde wieder erlangt werden sollte. Durch Bauperrren wurde der Kampf eingeleitet, später ging man auch zum allgemeinen Streik über, der den bereits 1899 erlangten Lohn von 40 1/2 wieder brachte. Veranlaßt durch fortgesetzte Steigerung der Lebensmittelpreise sowie der Ausgaben an Staat und Kommune, beschloß 1897 eine Versammlung, den Unternehmern eine Lohnforderung von 45 1/2 pro Stunde zu unterbreiten. Da die Unternehmer Zugeständnisse verweigerten, mußte wiederum gestreift werden. Es wurden nach und nach Bauperrren über einzelne Unternehmer verhängt, bis die Forderung anerkannt war. Nach kurzer Zeit hatte die Organisation auf der ganzen Linie gesiegt.

Von diesem Zeitpunkt an stieg auch die Mitgliederzahl. Im Jahre 1899 unterbreitete die Organisation den Unternehmern eine Lohnforderung von 50 1/2 pro Stunde. Alles Verhandeln scheiterte zunächst an der Hartnäckigkeit der Unternehmer; nach sechsmonatigem Streit wurde am 27. Juni 1899 folgende Vereinbarung mit der Bauninnung abgeschlossen: Der Stundenlohn beträgt ab jetzt bis zum 31. März 1900 48 1/2, vom 1. April 1900 bis 31. März 1901 50 1/2. Im Herbst jedes Jahres, und zwar zwischen dem 15. November bis 15. Dezember soll eine Kommission zusammenzutreten, um über Lohnfragen zu beraten. Am 1. November 1899 wählte eine öffentliche Versammlung die Kollegen-Emmer, Martin und Lindenbahr in die Lohnkommission, die unter dem 15. November 1899 bei der Bauninnung eine Sitzung zwecks Beratung der Lohn- und Arbeitsbedingungen beantragte. Die Bauninnung hielt es nicht für notwendig, diesem Antrage stattzugeben, obwohl erst auf ihren eigenen Wunsch die Kommission gebildet worden war. Hierauf beschloß eine Versammlung, den Unternehmern die aufgestellten Lohn- und Arbeitsbedingungen zu unterbreiten. Eine Antwort lief am 1. Februar 1900 ein, worin der bis dahin gezahlte Mindestlohn von 50 1/2 in einen Höchstlohn umgewandelt wurde. Am Schluß des Schreibens wurde noch mitgeteilt, daß von jetzt an alle Anfragen usw. nur an den Arbeitgeberverband zu senden, der Lohnsatz von 50 1/2 im Sommer eingekauft, so glaubten einige Unternehmer, im Oktober die abgeschlossene Vereinbarung durchbrechen zu können. Sie lutzte die Löhne erst auf 47 1/2 und nach einigen Tagen auf 45 1/2. Die Kollegen traten am 31. Oktober in einen Abwehrkampf wegen Vertragsbruchs der Unternehmer ein. Nach etwa neunmonatiger Dauer wurde der Abwehrstreik erfolgreich beendet. Der harte Zug von italienischen Streikbrechern hatte schuld daran.

Am 1. März 1901 trat der Fachverein dem Verbands bei. Seit 1899 hatte es in Halle Einzelmitglieder des Zentralverbandes gegeben. Das war so gekommen: Infolge des sechsmonatigen Streiks von 1899 waren Zweidrittel der Kollegen abgereist. In den Städten, wo Verbandsfilialen bestanden, waren die Verbandsmitglieder geblieben und hielten, zurückgekehrt, nach Beendigung des Kampfes dem Verbands treu. Als Einzelmitglieder hatten sich zur Verschmelzung am 1. März 1901 bereits über 600 Kollegen dem Verbands angehöht. Durch die Verschmelzung wurde die Einheit und Einigkeit der Kollegen gesiegt. Rege Agitation im Stadt- und Landgebiet gelang es, die Mitgliederzahl sich auf eine Reihe Orte der Umgebung von Halle erstreckt, so war es Aufgabe der Organisationsleitung, auch die Lebensfrage der Kollegen in den Landgebieten zu lösen. So wurde 1905 in Wettin durch einen vierwöchigen Streik der Stundenlohn von 30 auf 37 1/2 erhöht, in Rietleben und Döbau ohne Kampf von 40 auf 45 1/2, in Landsberg 1908 durch einmonatigen Kampf von 31 auf 37 1/2, in Kamenort im gleichen Jahre durch einen einmonatigen Streik von 40 auf 46 1/2. In Höchstfeld (Mansfelder Bezirk) sind ohne Kampf durch Unterhandlung 42 1/2 für drei Jahre erreicht worden.

Im Jahre 1907 wurde für sämtliche Lohngebiete in der Umgebung von Halle durch Unterhandlung der Lohn pro Stunde durchschnittlich um 5 1/2 erhöht. Dann folgte in Halle ein zwölfwöchiger Kampf, der vom 26. April bis zum 19. Juli dauerte und mit einem Tarifabschluß endete. Gefordert wurden 60 1/2 Stundenlohn und die neunstündige Arbeitszeit. Wegen der großen Anzahl italienischer Streikbrecher war diese Forderung nur teilweise durchführbar. Dieser Kampf löste der Organisation 1 082,27.

Das ist in kurzen Zügen der Entwicklungsgang unseres Verbandes. Wie überall, so zeigt sich auch bei uns, welches Maß von Mut, Geduld und Ausdauer die Arbeiter im ersten Vierteljahrhundert des Ausbaus ihrer gewerkschaftlichen Organisation aufwenden mußten! Wenn die Organisation der Maurer jetzt 1668 Mitglieder zu verzeichnen hat, und wenn das Unternehmertum jetzt mit ihr als einer Macht rechnen muß, so dürfen wir mit Stolz und Befriedigung auf das Erreichte zurückblicken und großen Wertes in die Zukunft schauen.

Quertreibern.

In unserm Berliner Zweigverein wurde kürzlich ein Flugblatt verbreitet, in dem die Organisationsleitung die Entwicklung der Berliner Verhältnisse in den letzten Jahrzehnten kurz skizzenhaft passieren ließ, um den Inorganisierten die Notwendigkeit der Organisation vor Augen zu führen. Am Schluß des Flugblattes wurden die Inorganisierten aufgefordert, in die Einheitsorganisation einzutreten und in ihrem Rahmen wieder aufzubauen und

bessere Zustände herbeiführen zu helfen. Dieses Flugblatt, dem Verband beizutreten, gefällt selbstverständlich der „Einigkeit“, dem Organ für Uneinigkeit, nicht. Es nennt den Inhalt des Flugblattes eine Elegie, ein Klagegedicht, aus dem nicht Kraft noch Mut, weder ein höherer Mut, noch ein höherer Energie“ spreche. Wenn die „Einigkeit“ damit jene Kraft und jene Energie meint, deren Mangel die Höhe und die Breite ist, dann hat sie wohl recht; diese „Kraft“ und „Energie“ sprach aus dem Flugblatt nicht. Sie ist ja in Berlin lange genug kultiviert worden von Leuten, die mit der „Einigkeit“ leben verbandt sind. Wozin man damit kam, ist bekannt. Man sollte nun denken, daß auch die „Einigkeit“ aus der Vergangenheit gelernt, daß sie die Entwicklung verfolgt hätte und die Dinge heute objektiv beurteilt. Das ist aber keineswegs der Fall. „Damals, in den siebziger und achtziger Jahren“, schreibt sie, „als noch nicht ein Fünftel der Maurer organisiert war und knapp so viel Geld einkam, um Flugblätter und Aufschlagkäulen bezahlen zu können, wurde nicht von einer Einheitsorganisation geseht, sondern es wurde losgeschlagen dort, wo die Verhältnisse am größten waren.“ Freilich, zu was braucht man auch eine Organisation, zu was Geld und andre gleichgültige Dinge; weshalb soll man „rechnen“ und „erwägen“, wo man doch in der guten alten Zeit so etwas gar nicht kannte? Daß die Verhältnisse heute andre sind als vor 20 und 30 Jahren, daß es heute starke Unternehmervorgängen gibt, daß nicht zum wenigsten durch das fortgesetzte Schimpfen der „Einigkeit“ Freunde auf die Zentralverbände — heute ein großer Teil der Inorganisierten bereit ist, mit voller Absicht alles zu tun, was der Organisation und ihren Bestrebungen entgegenläuft: das alles hat wohl die „Einigkeit“ noch nicht bemerkt! Losgeschlagen, losgeschlagen und nochmals losgeschlagen! — Nur mutig, ohne Erwägung, ohne Berechnung, ohne Geld, ohne Organisation, die Augen verbunden und den Kopf in den Sand gesteckt, das ungefähr scheint das hehre Ziel der „Einigkeit“ zu sein. — Das ist der Standpunkt aller Maulhelden, die nichts hinter sich haben. Würden jene Organisationsplitterden, die sie vertritt, an unserer Stelle sein und die Verantwortung haben, über die die Anhänger der „Einigkeit“ so viel zu wipeln belieben, sie würde sich hüten, ihnen diesen Rat zu erteilen. Aber glaubt denn die „Einigkeit“ immer noch, für die Arbeiterklasse dadurch etwas erreichen zu können, daß sie die Tätigkeit und Errungenschaften der Verbände gefesselt herabsetzt, ihre leitenden Personen verächtlich und Mißstimmung und Zwietracht in die Reihen der Arbeiter trägt? Kommt ihr denn immer noch nicht zum Bewußtsein, daß sie damit die Geschäfte der Unternehmer besorgt. Wir denken, das müßte sich doch jeder Mensch, der Ursache und Wirkung logisch zu verknüpfen versteht, an den Fingern abzählen können, daß die Arbeiterklasse von dieser Tätigkeit ebensoviele Schäden wie das Unternehmertum Nutzen hat.

Ein Denunziant.

Folgender Brief, der ein großes Licht auf den geistigen und moralischen Niedergang seines Verfassers wirft, ist uns aus Berlin zugegangen:

Charlottenburg, D. 18. 5. 09.

Sehr geehrter Herr Schürmer.

Gestatten sie mir, daß ich ihnen eine Mitteilung zukommen lasse.

Ihre Leute, am Militär Reichsgericht Wiblebener pr Charlottenburg Nabitbuser die fangen nicht wie gewöhnlich um 1 Uhr nachmittags an, sondern 10 Minuten später und Schikanieren Leute, die ihr nichts angehe.

Wir bitten ihnen in ihrem eigenen Interesse, sich von der Richtigkeit zu überzeugen und Abhilfe zu schaffen. Ferner bitten wir ihnen dieses Schreiben auch ohne Unterschift anzuerkennen. Hochachtungsvoll

Dieser an den Unternehmer Schürmer geschriebene schmutzige Brief ist gegen Mitglieder unfrer Berliner Zementierer-Sektion gerichtet. Wenn wir ihn veröffentlichen, so nur deshalb, weil die Berliner Sektionsleitung davon überzeugt ist, daß der frühere zweite Vorsitzende der Sektion, Pranzkat, der Verfasser des erbärmlichen Wachwerts ist. Der Brief hat uns mit einem andern schmutzigen Brief, den Pranzkat am 14. Dezember 1908 an die Sektionsleitung schrieb, vorgelegen, und auch wir sind auf Grund der angelegten Vergleiche zu der Überzeugung gelangt, daß sich unfrer Berliner Kollegen in ihrer Annahme wahrscheinlich nicht irren. Pranzkat, so schreibt man uns, gegenüber dem Neubau des Reichsmilitärgerichts als Bauarbeiter. Es ist möglich, daß er von einigen Leuten geugt worden ist und deshalb diese schosfe Handlung beging. Interessant ist, daß Pranzkat, der bereits im Jahre 1903 während der damaligen Lohnbewegung als Streikbrecher bei der Firma Friedrich Aug. Krause tätig war, heute ein fleißig agitatorisch tätiges Mitglied der „Freien Vereinigung aller Berufe in Berlin“ ist. Diejenigen unfrer Kollegen, die immer noch glauben, Pranzkat sei zu Unrecht aus der Organisation ausgeschlossen worden, mögen an seinen Taten erkennen, was Geistes Kind er in Wirklichkeit ist. Aber auch die Syndikalistten werden, wenn sie noch ein wenig auf Abstand halten, sich dieses Menschen entledigen müssen. Ob sie es tun?

Die „Diebarger“.

Schon in recht vielen Orten haben sich die Kollegen wiederholt sehr ernst mit den Diebarger Maurern beschäftigten müssen, und ebenso oft ist in Zweigvereinsversammlungen unfrer Verbandes in aufgereger und leidenschaftlicher Weise über diese Kollegen geredet worden. Die härtesten Urteile und die schärfsten Worte gegen die Handlungsweise dieser Verursacher sind keineswegs Uebertreibungen, denn die unvollkommenen, arbeitserföndlichen Handlungen, das schandbare und verräterische Tun einer großen Anzahl Diebarger Maurer ist kaum mit Worten zu bezeichnen. Die große Mehrheit der Diebarger Maurer hat niederträchtig gegen die Organisation und damit auch gegen ihre Kollegen und gegen sich selbst gehandelt und handelt noch heute so.

Wir betrachten es nunmehr als unfrre Pflicht, die Kollegen, aber besonders die Organisationsleitungen auf das Treiben der Diebarger aufmerksam zu machen, womit



für den Bau von zuverlässigen Gerüsten. Wenn schließlich diese Unfallverhütungsvorschriften jede Wirkung versagen, nun, dann liegt die Schuld zum Teil an der „unermüdlichen Betriebsgefährdung“ oder an der „höheren Gewalt“ oder, wenn nicht alle Stränge reißen, an der „lobenswerten Gefahrenerleichterung“ der Arbeiter.

Über die Baubeaufsichtigung hat sich der Herr Minister ziemlich eingehend ausgesprochen. Diese Baubeaufsichtigung wird durch die baubeaufsichtlichen Aufsichtsberechtigten und von den Behörden durch höhere Baubeamte, durch mittlere Baubeamte und durch besonders „ausgebildete Schulleute“ ausgeübt. Mit der technischen Kontrolle der Baubeaufseher sind die Baubeaufsichtlichen Aufsichtsberechtigten im Jahr mindestens ein technischer Aufsichtsberechtigter angeordnet sein müßte. Diesem bestimmt ausgesprochenen Gesetzen glaubte der Herr Staatssekretär seinerzeit dadurch Nachdruck zu geben, daß er eventuell härtere Maßnahmen gegen die Baubeaufseher in Aussicht stellte. Bis heute sind diese Baubeaufseher diesen Forderungen noch nicht nachgekommen. Für die leitenden Angestellten der Baubeaufseher sind die Forderungen auf ministerielle Wünsche. Schon im Jahre 1905 hätten die 18 Baubeaufseher (einschließlich der Ziefbau-Baubeaufseher) statt 95 168 und am Schluß 1907 statt 103 178 technische Aufsichtsberechtigten in Tätigkeit haben müssen. Auch die Baubeaufseherzeitung fordert in Nummer 17, 1909, auf pro Laufende Betriebe einen technischen Aufsichtsberechtigten. Wir haben dieser Forderung, die nur zur Konzentrierung der Baubeaufseher beitragen soll, eine Bedeutung für den Arbeiter nicht beigelegt. Den Unternehmern ist jede Baubeaufsichtigung ihrer Betriebe verhaßt und auch die der technischen Aufsichtsberechtigten; das wissen die Baubeaufseher. Im übrigen kommt für die letzteren noch der Kostenpunkt in Betracht. Für uns kann deshalb nur eine verantwortliche behördliche Überwachung der Baubeaufseher in Frage kommen.

Daß die preussische Regierung von der amtlichen Mitwirkung von Arbeiterkontrollen nichts wissen will und die Baubeaufsichtigung durch „mittlere Baubeamte“ und „ausgebildete“ Schulleute ausüben läßt, ist längst bekannt und entspricht dem ganzen Regierungssystem. Die „mittleren“ Baubeamten sind Söhne des Mittelstandes, welche durch Protektion auf Lebensdauer der preussischen Bureaupläne einverleibt werden. Die Angestellten haben für diese Dinge ein feines Verständnis. Die „ausgebildeten“ Schulleute sind durch den Kasernenhof diszipliniert; damit ist aller Gehorsam aller augenblicklichen Befehle von der Arbeiterseite vorgebeugt. Was der Herr Minister über die Befähigung und sonstigen der Arbeiterkontrollen geredet hat, lassen wir unberücksichtigt; es sind „alle Kamellen“, die oft widerlegt sind. Von Interesse ist nur, wie er versucht, seine Stellungnahme vom Standpunkt des wirtschaftlichen Friedens zu begründen und was er über die „Verchiebung des Gleichgewichts“ ausführte. — Das sagte derselbe Minister im Reichstagenparlament, bei seinen Arbeiten im Eisenbahnbetrieb jede Organisationsbetätigung zur Verbesserung ihrer sozialen Lage unterbinden will!

Die ganze Wucht der ministeriellen Argumente richtet sich gegen Süddeutschland. Die süddeutschen Regierungen mit ihren liberaltenden Neigungen sind den preussischen Ministern schon immer ein Dorn im Auge gewesen. Auch die „Bauaufseher aus dem Arbeiterlande“ in Bayern, Württemberg und Baden sind kleine liberale Konzeptionen, die immerhin in den Gemeinden, wo sie zur praktischen Durchführung gekommen sind, wie in München, Stuttgart usw., nicht unbedeutend zu lassende Erfolge aufzuweisen haben. Ueberall also, wo die Arbeiterkontrollen eine Wirksamkeit entfalten konnten, und das wird von den süddeutschen Baubeaufseher in den nächsten Jahren selbst zugegeben, sind die Unfallzahlen im Rückgang begriffen. Auch von einer Störung des „Gleichgewichts“ oder sozialdemokratischer Verhinderung der Arbeiter durch diese amtlichen Baubeaufsichtler hat man bis jetzt noch nichts gemerkt. — Aber wir wollen gern zugeben, daß die Verhältnisse bei den Baubeaufseher in Süddeutschland und besonders im Königreich Württemberg recht ernste wirksamere Maßnahmen verlangen. Besonders muß die Organisation der behördlichen Baubeaufsichtigung einer Reform unterzogen werden. Den Bauaufseher müssen größere Befugnisse eingeräumt und die Zahl derselben den Landesverhältnissen entsprechend vermehrt werden.

Unverständlich ist, warum der preussische Minister seine Attacke gegen Bayern richtet. Kommt man denn in den Ministerialbüros in der Wilhelmstraße die Unfallstatistik der Baubeaufseher in Bayern? Innerhalb der letzten Jahre sind die einschlägigen Unfälle in Bayern im Rückgang begriffen. Im Jahre 1898 kamen auf pro Laufende Hollarbeiter 17,29 einschlägige Verletzte, dagegen sind 1907 15,27 zu verzeichnen. Dasselbe läßt sich auch für die Zahl der Tödlungsverletzte sagen. Ganz andre Zahlen, wie sie für Bayern zu verzeichnen sind, weist die Württembergische Baubeaufseherstatistik auf. Im Jahre 1898 kamen hier auf pro Laufende Hollarbeiter einschlägige Unfälle 16,16, 1905 14,01 und 1907 17,27. Tödlungsverletzte verzeichnete diese Baubeaufseherstatistik 1898 1,20 und 1907 1,42. Die Konzentration der gesundheitsgefährlichen Mißstände bei den Baubeaufseher in Süddeutschland ist das Königreich Württemberg. Die Angriffe auf Bayern sind deshalb unbedeutend, weil die zur Anwendung gebrachten Argumente der inneren Wahrheit entbehren. Im übrigen ist das ganze Vorgehen des Eisenbahnministers bei dieser Baubeaufseherdebatte mit dem Dorn der Provoktion belastet. In Württemberg und Baden; mit diesen Bundesstaaten sind preussisch noch keine, aber für die preussische Regierung immerhin noch lobende Gesetze zu regeln. Der Angriff sollte im übrigen auch den Blick von den eigenen Zuständen im Lande ablenken. Die aufzunehmende Zunahme der Unfälle und sonstiger Mißstände in den Provinzen, in Schlesien, Posen und Rheinland, Westfalen sind nicht zu verdecken. Bei

den Ziefbaubetrieben steigen die Unfallzahlen in unheimlicher Art. Der landesgesetzliche Baubeaufseher in Preußen besteht aus Notbehelfen, darüber kann kein Zweifel bestehen. Die Mißstände bei den Baubeaufseher in süddeutschen Staaten geben der preussischen Regierung die Seitenargumente, womit sie diesen Zustand der Dinge zur Freude aller Feinde von wirtlichen Arbeiterchancen rechtfertigen kann. Die preussische Regierung ist ihrer ganzen Naturgeschichte nach auch im Bundesrat der einflussreiche Gegner der Baubeaufseherdebatte. Der süddeutschen Staatsmännern wäre deshalb im weitestgehenden Interesse zu empfehlen, den Forderungen der Baubeaufseher ihrer Landestheile das weitgehendste Entgegenkommen zu zeigen.

### Gewerkschaftliches.

\* Zum Generalfreistreich in Frankreich. Nachdem der zweite Koffbeamtentstreik und die sich daran anschließende revolutionäre Generalfreistreichbewegung in Paris Mächtig geworden war, hätte man eigentlich von den Verehrern der Theorie von der „revolutionären Gymnastik“ die Einsicht erwarten sollen, daß ihr renommiertes Gebaren für die französische Arbeiterbewegung nicht nur zwecklos, sondern auch schädlich ist; daß durch dieses Gebaren die Arbeiter nur dazu kommen, von ihren nächsten und notwendigsten Aufgaben, insbesondere von der Schaffung einer festen, einheitlichen Organisation verdrängt zu werden und sie für überflüssig zu halten. Man hätte von ihnen erwarten sollen, sie würden einsehen, daß starke Worte und ein starker Wille einiger Ideologen es nicht vermögen, Verhältnisse neu zu gestalten, wenn deren ökonomische Grundlagen nicht reif zur Veränderung sind. Man hätte erwarten sollen, daß sie einsehen, wie unfinnig es ist, immer wieder aus neue den Versuch zu machen, mit dem Kopf durch die Wand zu rennen, obwohl man dabei weiter nichts als sich den Schädel zerbrechen kann. Aber von alledem haben die revolutionären französischen Syndikalisten nichts eingesehen oder nicht einsehen wollen. Im Gegenteil: sie greifen, wie das ja auch in Deutschland schon so oft der Fall war, diejenigen heftig an, die von vornherein die Unfinnigkeit und Gefährlichkeit des Experimentes erkannten und die deshalb davon abrieten. Ihnen wird Verzicht und sogar Käuflichkeit vorgeworfen, ein Mittel, das leider noch bei vielen Arbeitern seine Wirkung tut. Unter denen, gegen die die heftigsten Angriffe gerichtet wurden, befand sich auch der Generalfreistreich in der Confédération Generale du Travail. Hier ist ein Mann, der in Frankreich die Anschauungen der modernen Gewerkschaftsrichtung vertritt, der die Einigkeit und die tägliche praktische Arbeit erstrebt und der erst vor kurzer Zeit gegen den Willen der revolutionären Syndikalisten zum Generalfreistreich gewählt worden war. Was hatte nun dieser Mann begangen? Er hatte in einer Vergarbeitsversammlung in Lens erklärt, das Generalfreistreich sei für den Generalfreistreich noch nicht reif und bedürfe vor allem der Organisation. Diese durchaus zutreffende Äußerung ist nach Ansicht der revolutionären Syndikalisten schuld daran, daß der Generalfreistreich zusammenbrach. So wurde denn Ziel in den Anklageaufstand verlegt, und in zwei Sitzungen des Konföderationskongresses wurde die Sache verhandelt. Es wurden drei Tagesordnungen eingebracht, von denen die erste ein „Bedauern“ wegen Niels Rede in Lens aussprach, während die zweite „die Feststellung der Verantwortlichkeit“ und die dritte den einfachen Uebergang zur Tagesordnung forderte. Niels erklärte, nur die letzte Resolution annehmen zu können. Als dann diese Resolution mit 60 gegen 36 Stimmen bei 7-Stimmabstimmungen verworfen wurde, erklärte Niels seinen Rücktritt. In der schriftlichen Begründung dazu heißt es: „Ihr wißt, unter welchen Umständen, in welchem Geist ich vor kaum einigen Monaten aus Euren Händen die Funktionen eines Generalfreistreichs übernahm. Die Streitigkeiten der Methoden führen fort, den Syndikalismus zu untergraben; „Reformisten“ und „Revolutionäre“ stehen mit wachsender Heftigkeit aufeinander los. Ernsthaft, wie viele Syndikalisten, die in provinziellen Organisationen kämpfen, hielt ich inoffiziell eine Annäherung für möglich. Und indem ich den Kosten annahm, auf den ihr mich berufen habt, so glaube ich die Mission zu haben, die Einigkeit unter allen anzubahnen. Nun bin ich zu dem bitteren Uebergang gekommen, daß dieser Versuch zum mindesten verfehlt war. Die Einigkeit ist nur möglich, wenn das Bestreben danach alle beiseite. Heute liegt es nur zu klar auf der Hand, daß es im Schöße der Confédération selbst heute gibt, die diese Einigkeit nur so verstehen, daß sie jene, die sie ihre Gegner oder ihre Feinde zu nennen wagen, zertreten. Jedemal, wenn ich meine Wünsche auszusprechen hatte, meine Einigungsbestrebungen, wurde ich mit einem Lachen oder mit einem Achselzucken empfangen. Ich trug auf eine gewisse Voreingenommenheit, auf eine brutale Unbilligkeit, auf eine vorbedachte Voshaltigkeit. Ich habe alles ertragen, Verleumdungen, Drohungen, ja selbst Tätlichkeiten. Heute endlich legt ihr der Unbilligkeit die Krone auf, da ihr meine Meinungsfreiheit unterbinden wollt, weil ich in einer kritischen Stunde dem Protetariat die Wahrheit, die ganze Wahrheit gesagt wollte. Dieser letzte Versuch läuft meiner Würde zuwider, der Würde jener Organisationen vor allem, die mich wählten. Hiermit überreiche ich Euch meine Demission als Generalfreistreich. Aber ich verjage damit in keiner Weise auf den Willen zur Einigung, der mich von jeher bewegte. Wenn auch die Stunde der moralischen Einigung noch nicht geschlagen hat, so wird sie doch bald schlagen, dessen bin ich sicher.“ „An jenen Organisationen, deren Anschauungen ich teile, die mir ihr Vertrauen geschenkt haben, an jenen, die keine anarchische Politik wollen, ist es nun, sich aus dem Weg zu machen.“ Zum Schluß spricht dann Niels die Hoffnung aus, daß die reformistischen Organisationen bis zum Kongreß von Toulouse durch eine systematische Arbeit sich die Mehrheit beschaffen haben. — Wir können nur wünschen, daß diese Hoffnung in Erfüllung geht.

### Soziales.

\* Die „Versorgung“ der Arbeiter. Aus Ein schreibt man uns: Es gibt wohl nicht viele gefeigebereifte Einrichtungen, über die so widersprechende Urteile und Meinungen zum Ausdruck gebracht werden, wie über die deutsche Arbeiterversicherung. Bei allen öffentlichen Anlässen wird die Sozialpolitik des Deutschen Reiches von der gesamten kapitalistischen Welt gezeifelt, während sie von denen, für die sie bestimmt ist, mit ganz andern Gefühlen betrachtet wird. Die Arbeiterversicherung sollte und soll auch heute noch die Arbeiterklasse von dem Anschlag an die Sozialdemokratie abhalten, soll sie zu genügsamen Gläubigen des modernen Kapitalismus machen. Aber schon längst dürften die Väter der Sozialpolitik davon überzeugt sein, daß der Kapitalismus nie in die Lage kommen wird, hat und Glend in nennenswerter Weise zu lindern; im Gegenteil, immer größer werden die Opfer, die die kapitalistische Gesellschaftsordnung erheißt. Aus diesem Grunde ist es auch erklärlich, daß das „Ruderkontroll und Keißler“ nicht mehr so zieht, wie man es erwartete. Immer mehr kommt das wertvolle Volk zu der Einsicht, daß auch eine durchgreifende Verbesserung der sozialen Lage, nur sein eigenes Werk sein kann. Auf sich selbst vertanend, die Stärke seiner Macht erkennend, hat das gesamte Proletariat nicht nur die Auswüchse des Kapitalismus zu beiseite, sondern das ganze kapitalistische System durch ein besseres, ein sozialistisches zu ersetzen. Des deutschen Arbeiters Erfindung ist gefordert bis ins hohe Alter — so wurde von höchster Stelle aus verordnet. Wie es hiermit aber in der Praxis bestellt ist, das wird nicht zum erstenmal der Öffentlichkeit dargelegt, sondern in hunderten von Fällen war es der Arbeiterchaft möglich, das frische Gegenteil dessen zu beweisen, was in obigen Sätzen behauptet wird. Besteht doch beispielsweise heute noch eine große Anzahl Gemeindeverwaltungen, bei denen der Grundbesitz herrscht, daß, sobald ein Arbeiter 40, höchstens 45 Jahre alt ist, er einen Anspruch auf Gemeindegeld nicht mehr hat; er wird nicht mehr eingestellt, weil er zu „alt“ ist. Bedeutend geht es in der Privatindustrie beim Unerblichkeit. Auch heute müssen wir wieder über einen Fall berichten, der zeigt, daß einem Arbeiter, der nach Ansicht des Unternehmensleiters zu alt oder aber so ausgemergelt ist, daß er einer bestimmten Leistung, die in der gegenwärtigen Zeit sehr hoch bemessen sein muß, nicht mehr gewachsen ist, nichts weiter übrig bleibt, als sich aufzugeben. Bekanntlich herrscht im Baugewerbe lange Zeit eine furchtbare Arbeitslosigkeit, die unglückliches Glend über manche Baubeaufseherfamilie gebracht hat. Auch heute sind die Verhältnisse in der hiesigen Gegend, trotzdem auf dem Baumarke eine gelinde Erleichterung eingetreten ist, keineswegs gut, denn es ist auch heute noch eine Anzahl Arbeiter, die sehr schlecht oder überhaupt keine Arbeit bekommen. Letzteres traf auch einen unfer Kollegen aus Glend, der seit September vorigen Jahres, zunächst infolge Krankheit, nachher aber auf Grund seines Alters — er fiel in den fünfzigsten Jahre nicht mehr gearbeitet hat. Obwohl er sich die größte Bekam er, die Antwort, man verlange jüngere Kräfte. Nach der 14 Tagen Klage der Kollege aus dem Verbandsbureau sein Leib, und er sagte dabei: „Was soll man nun eigentlich machen, soll man sich aufhängen oder etwas anders tun? Wir sprachen ihm Mut zu und halfen ihm, so gut wir konnten. Auch nachdem wir ihn darauf aufmerksam, daß derartige Verhältnisse in der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung begründet sind und dieses Aufgabe der modernen Arbeiterbewegung sei, doch barbarische Zustände zu beiseitigen. Unser Kollege verstand uns auch sehr gut, gehört er doch mit zu den alten Veteranen, die während und nach der Zeit des Ausnahmezustandes die Maurerbewegung mit propagieren halfen. Mit den Worten: „Es ist doch rein zum Verzweifeln!“ ging er weg. Einige Tage später ging uns die traurige Nachricht zu, daß er seinem Leben, das er selbst als ein Sündleben bezeichnet hatte, durch Erhängen ein Ende gemacht habe. Und dieser brave Mann ist nicht der einzige, der auf solche Weise seinem Leben ein Ziel setzte. Tausende haben vor ihm, und Tausende werden nach ihm aus Verzweiflung daselbe tun, falls nicht durchgreifende Reformen auf dem Gebiete der Arbeiterfürsorge geschaffen werden. Im letzten „Grundstein“ allein finden wir drei Namen von alten Kollegen, die innerhalb einer Woche infolge der erbärmlichen Verhältnisse Hand an sich legten. Drei ehrliche Arbeiter, die das feste Bestreben hatten, sich und die Ihren rechtchaffen durchs Leben zu führen, schlossen aus Not und Verzweiflung ihr Leben ab. Man hat ihnen vermullich nach den Gepflogenheiten des „christlichen“ Staates den Platz an der Hede angewiesen, der im Volksmunde als der Platz für „Selbstmörder“ bezeichnet wird. Mühsamer und ähnliche Leute werden über die Toten abschließende Reden führen und werden glauben, damit ihre Pflicht gegen die Gesellschaft erfüllt zu haben. Für die Arbeiterchaft aber, und namentlich für unsere Kollegen, hinterlassen auch diese Fälle die gebietende Lehre, unermüdet für die Ideen des Sozialismus zu wirken, ihre wirtschaftlichen und politischen Organisationen so zu stärken, daß der Herrgottsche Vers bald in Erfüllung geht, der da heißt:

Was wir erstreben in der Zukunft ferne, Daß Brot und Arbeit uns gerüstet stehn, Daß unsre Kinder in der Schule lernen Und unsre Greise nicht mehr betteln gehn.

\* Städtische Arbeitsvermittlung in Nürnberg. Der städtische Arbeitsnachweis in Nürnberg war bisher das reaktionärste Institut seiner Art und als „Streifpredigeramt“ in ganz Deutschland berüchtigt, weil er bei Lohnkämpfen stets eifrig bemüht war, den mit Streik belegten Unternehmern „Arbeitswillige“ zuzuführen. Er wurde deshalb von den organisierten Arbeitern gemieden. Alle Bestrebungen, eine Veränderung herbeizuführen, scheiterten. Die „freimüthigen“ Unternehmer in der Stadtbewaltung wollten um keinen Preis diese Unternehmervermittlung fallen lassen. Als aber im Herbst Sozialdemokraten in das Rathaus einzogen und die ungenüchlichen, blamablen Zustände beim Arbeitsnachweis enttüllten, trat ein Umschwung ein. Man knüpfte mit den Gewerkschaften Verhandlungen an, ebenso mit den Unternehmervereinigungen, um sie zur Aufgabe ihrer eignen Arbeitsnachweise

zu veranlassen. So kam schließlich unter gegenseitigen Zugeständnisse eine Reform zustande. Der bisherige Leiter wurde entfernt, das Tätigkeitsgebiet bedeutend erweitert. Der gesamte Arbeitsmarkt, besonders auch die Beschäftigungsbemittelung soll im künftigen Arbeitsamt konzentriert werden. In der weiblichen Abteilung wird besonders die Dienstbotenvermittlung gepflegt, um den ausbeuterischen Geinwerbdingen das Wasser abzugängen. Für die Metallindustrie und für das Gewerbe werden besondere Vermittlungsbeiräte angestellt, die aus den betreffenden Berufen selbst entnommen werden. In dem Ausschuss, der die Geschäftsführung überwacht, ist den Arbeitern der gebührende Einfluß gesichert. Zur Unterstützung der weiblichen Abteilung ist ein Frauenausschuß gebildet, in dem auch die modernen organisierten Dienstboten vertreten sind. Die Einfügung des Streitparagrafen konnte leider nicht durchgeführt werden, doch wurde erreicht, daß die Arbeitsuchenden durch Anschlag im Amt auf etwaige Streiks aufmerksam gemacht werden.

**Eingegangene Schriften.**

„Die Neue Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) Heft 36 des 27. Jahrganges. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Breiten. — Der Schöngift — oder der moderne Menschenfresser. Von A. Thalheimer. — Zu dem Entwurf einer Reichsversicherungsordnung. Von Gustav Hoch-Hanau. (Fortsetzung.) — Zum Entwurf des Organisationsstatuts. Von E. Rabl (Münchener).

Im Verlag von J. F. W. Dieb Nachf. in Stuttgart ist soeben erschienen: **Vorläufer des neueren Sozialismus**, von Karl Kautsky. Zweite, durchgesehene Auflage. Erster Band: **Kommunistische Bewegungen im Mittelalter**. Preis broschiert M. 2,50, gebunden M. 3. Zweiter Band: **Der Kommunismus in der deutschen Reformation**. Preis broschiert M. 2,50, gebunden M. 3.

Diese beiden Bände bildeten früher den ersten Teil der von Kautsky, Mehring und andern herausgegebenen Geschichte des Sozialismus in Einzelbänden. Eine Neuauflage des Gesamtwerkes wurde fallen gelassen; aus praktischen Gründen ist es in einzelne Bände zerlegt worden, die in selbständiger Form erscheinen, wie es bereits mit Mehrings Geschichte der deutschen Sozialdemokratie und Bergheims Sozialismus und Demokratie in der großen englischen Revolution geschehen ist.

In den oben angezeigten beiden Bänden wird den Lesern eines der bedeutendsten Werke Kautskys dargeboten, die sich in unmittelbarer Folge am Ende 1908 erschienenen Uebersetzung des Christentums anschließen. Diese Arbeit steht im engsten Zusammenhang mit der vorliegenden, wie Kautsky in seiner Vorrede bemerkt. „Die gesetzmäßigen Zusammenhänge, die ich in dieser entdeckte, haben mir auch als Leitstern in jener gedient. Beide Arbeiten stützen einander. Wer die eine kritisieren will, muß auch die andre in Betracht ziehen.“

Der „Wahre Jacob“ Nr. 12 seines 26. Jahrganges. Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 A.

**Briefkasten.**

**W. St. in K.** Bei der Invaliden- und Altersversicherung ist ein freiwilliger Beitritt nach dem 40. Lebensjahre nicht mehr möglich. Handelt es sich aber um eine Person, für die die Zwangsversicherung besteht (Arbeiter, Gesellen, Gehilfen usw.), so wird auch dann Invaliden- und Altersrente gezahlt, wenn die Versicherung erst nach dem 40. Lebensjahre begonnen hat, vorausgesetzt, daß 200 Beitragswochen, davon 100 auf Grund der Versicherungspflicht, geleistet worden sind. **Glogau und Elmshorn.** Versammlungsanzeigen kamen zu spät.

**F. B. 494 129.** Bei der Steuerveranlagung können vom Einkommen abgezogen werden: Die zu zahlenden Schuldzinsen, die Beiträge zur Kranken-, Unfall-, Alters- und Invalidenversicherung, zu Witwen-, Waisen- und Pensionskassen, Feuer-, Volks- und Lebensversicherungsprämien, ferner die zur Sicherung des Einkommens notwendigen Ausgaben, wozunter auch die Ausgabe für Handverleiher und Arbeitskleidung fällt. Außerdem werden für jedes Familienmitglied, zu dessen Unterhalt der zu Veranlagende gesetzlich verpflichtet ist (Kinder unter 14 Jahren usw.), M. 50 in Abzug gebracht. Das Fahrgehalt zur Arbeit in Abzug zu bringen dürfte nur dann gestattet sein, wenn die Arbeitsstelle nicht täglich zu Fuß erreicht werden kann. Die Miete abzuziehen ist nicht statthaft.

**Anzeigen.**

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Zahlstellen- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

**Hollandsbrüder!**

Unser **Verkehrskafel** in Gera befindet sich: **Turmstraße Nr. 10.** [M. 1,80] Die fremden Hollandsbrüder zu Gera.

**Ferdinand Preis** wird wegen Regelung von Erbschaftsangelegenheiten ersucht, seine Adresse an seinen Bruder **Adam Preis** oder an den Zweigvereinsvorstand in **Sauna i. B.** gelangen zu lassen. [M. 1,50]

**Wilhelm Schwennsonn**, geboren 1879 zu Gera, wird wegen Sterbefalles von seiner Mutter gesucht. Kollegen, die seinen Aufenthaltsort kennen, wollen gefl. an den **Zweigverein Elmshorn** Nachricht gelangen lassen. [M. 1,50]

**Sterbetafel.**

(Unter dieser Rubrik veröffentlichten wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Beilei kostet 15 A.)

**Arnburg.** Am 18. Mai starb unser Verbandsmitglied **Eduard Lange** im Alter von 71 Jahren an Lungenerkrankung.

**Bergen-Guffheim.** Am 31. Mai starb der Kollege **Peter Raab** in Bergen an Herzschlag.

**Berlin.** Am 30. Mai starb unser langjähriges Mitglied **Ernst Kleinschmager**, Bezirk Süden. (Sektion Pücker). Am 2. Juni schied unser Mitglied **Fritz Hagen** freiwillig aus dem Leben.

**Bromberg.** Am 1. Juni starb unser Verbandskollege **Theodor Glazar** im Alter von 37 Jahren an Maligna.

**Güstrin.** Am 22. Mai starb unser Verbandskollege **Paul Koppin** aus Grewitz im Alter von 22 Jahren an Schwindel.

**Erlangen.** Am 31. Mai starb unser treuer Kollege **Christof Schreiber** im Alter von 29 Jahren an Lungen- und Darmtuberkulose.

**Gera.** Am 31. Mai starb nach langer Krankheit unser Verbandskollege **Franz Knolle** aus Dorna im Alter von 25 Jahren.

**Gusow-Platow.** Am 6. Juni starb nach langen Leiden unser treuer Verbandskollege **Wilhelm Marofsky** in Platow im Alter von 53 Jahren an Rippenfellentzündung.

**Heringsdorf.** Am 26. Juni starb der Kollege **Herm. Eicke** an galoppierender Schwindel.

**Sorau.** Am 6. Juni starb unser Kollege **Christian Göbel** im Alter von 32 Jahren an der Proletarierrkrankheit.

**Kiel.** Am 31. Mai starb unser Verbandsmitglied **Otto Pieper**, 47 Jahre alt, an Herzschwäche.

**Krausnick.** Am 6. Juni starb unser treuer Kollege **Georg Lucas** im Alter von 26½ Jahren an Rückenmarkschwindel.

**Leubsdorf a. d. W.** Am 1. Juni starb unser treuer Verbandskollege **Paul Hildebrandt** im Alter von 39 Jahren an Herzschlag.

**Leipzig.** Am 1. Juni starb unser Verbandskollege **Berthold Müller** im Alter von 63 Jahren an Nervenleiden. — Am 4. Juni schied unser langjähriger Verbandskollege **Gustav Friedrich** im Alter von 59 Jahren freiwillig aus dem Leben.

**Magdeburg.** Am 3. Juni starb unser Ehrenmitglied der Kollege **Carl Finkow** im Alter von 60 Jahren.

**Melle.** Am 30. Mai starb unser Kollege **Fritz Willmann** im Alter von 51 Jahren an Herz- und Nierenleiden.

**Meh.** Am 3. Juni starb unser Verbandskollege **Alois Leicht** im Alter von 28 Jahren infolge eines Unfalles.

**Mitrow.** Am 31. Mai starb unser Verbandskollege **Ludwig Harms** im Alter von 51 Jahren an Lungenerkrankung.

**Mühlhausen i. Th.** Am 3. Juni starb unser langjähriger treuer Mitglied **Heinrich Schäfer** im 32. Lebensjahre an der Proletarierrkrankheit.

**Schwabebühl.** Am 29. Mai starb unser Verbandsmitglied **Franz Heitmann** im Alter von 53 Jahren an Gelenksrheumatismus und Herzschwäche.

**Sorau.** Am 3. Juni starb unser Kollege **Ernst Wameberger** im Alter von 61 Jahren an Rheumatismus.

**Stavenhagen.** Am 3. Juni starb unser Verbandsmitglied **Hermann Burmeister** im Alter von 19 Jahren an Gehirnentzündung.

**Waldenburg i. Schl.** Am 30. Mai starb unser Kollege **Hermann Scholz** im Alter von 28 Jahren an Lungenschwindel.

**Wiesbaden.** Am 30. Mai starb unser Verbandskollege **Phil. Walter** im Alter von 47 Jahren an Nierenleiden.

Ehre ihrem Andenken!

**Richard Lachmut** wird gebeten, seine Adresse mitzuteilen an [90 8] **Robert Lachmut** in **Hengersdorf**, Kreis Glatz.

**Franz Wolf**, geboren 1886 zu **Fork i. d. Lausitz**, wird, da seine Mutter gestorben ist, wegen Erbschaftsangelegenheiten ersucht, seine Adresse an seinen Bruder oder den **Zweigvereinsvorstand** in **Fork** gelangen zu lassen. [M. 1,50]

Die **Maurer Gust. Siedentopf, Karl Peschel, Karl Perschet** und **Karl Diekhart**, die im November 1907 bei dem Bauunternehmer **Wilh. Schmülling** in **Gröden** bei **Steddinghausen** gearbeitet haben, werden von **Schmülling** um die Abgabe ihres Aufenthaltes ersucht, um eventuell als Zeugen in einer Privatklagefache vernommen zu werden. [M. 2,10]

**Guben.**

**Sonntagsabend, den 19. Juni**, feiert der Zweigverein sein diesjähriges [M. 2,40]

**Sommervergnügen.** Um zahlreichen Besuch bittet **Der Vorstand.**

**Bromberg.**

**Sonntag, den 20. Juni**, nachmittags 4 Uhr, feiert der Zweigverein sein **Zehntes Stiftungsfest** in der **Villa Schrötterdorf**, bestehend in **Konzert, Preishegen, Kinder-Bekümmungen und Ball.** Alle Kollegen vom Zweigverein werden hiermit freundlichst eingeladen. [M. 3,90] **Der Vorstand.**

**Dortmund.**

**Sonntag, den 20. Juni**, feiert die Zahlstelle im **Gewerkschaftshaus**, **Bessingstraße**, ihr **Sommerfest**, bestehend in **Konzert, Preishegen, Festrede und Ball.** Anfang 3 Uhr nachmittags. Die Kollegen aus der Umgebung Dortmunds sind hierzu freundlichst eingeladen. [M. 3,90] **Das Festkomitee.**

**Wittenberge.**

Der Zweigverein feiert **Sonntagsabend, den 12. Juni**, in der **„Zentralhalle“** sein **Fünfzehntes Stiftungsfest** bestehend in **Konzert und Ball.** Sämtliche Kollegen des Zweigvereins sind dazu freundlichst eingeladen. [M. 3] **Der Vorstand.**

**Neudamm.**

**Sonntagsabend, den 19. Juni**, abends 8 Uhr: **Zehntes Stiftungsfest** im **Hotel „Kaiserhof“**, bestehend in **Konzert, Theater und Ball.** Sämtliche Kollegen mit Familie sind hierzu freundlichst eingeladen. [M. 3] **Der Vorstand.**

**Adressen-Veränderungen.**

(V bedeutet Vorsteher, K Kassierer, L Beiratskollege, H Herber, RZ Reizelementarität wird ausgegibt bei.) **Kattowitz.** K **Wlois Frejzilla**, **Meißnerstr. 8.**

**Versammlungs-Anzeiger.**

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

**Verbandsversammlungen der Maurer.**

**Sonntag, den 13. Juni.**  
**Birkenwerder.** Nachm. 3 Uhr im „Paradiesgarten“. Referent anwesend.  
**Orleson.** Nachm. 2 Uhr im Lokale von P. Jung.  
**Frankenhausen a. Kyffh.** Nachm. 9½ Uhr im „Barbarossagarten“. Sonntags 10 Uhr außerordentliche Versammlung in der „Gormone“.  
**Fürstenwalde.** Nachm. 3 Uhr. T.-D.: „Die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation.“  
**Gelenau.** Nachm. 8½ Uhr außerordentliche Mitgliederversammlung bei **Karl Herhardt**. Tagesordnung wichtig. Referent wird anwesend sein.  
**Luckenwalde.** Nachm. 3 Uhr bei **Buchholz**. Wichtige Tagesordnung.  
**Zehdenick.** Nachm. 3 Uhr bei **Buchholz**. Wichtige Tagesordnung.

**Dienstag, den 15. Juni.**

**Allstedt.** Nachm. 3 Uhr im Vereinslokal.  
**Altenburg.** Abends 6½ Uhr im „Adler“.  
**Leisnig.** Abends 8 Uhr bei **Herrn Heide**.  
**Liegnitz.** Abends 7 Uhr im **Gewerkschaftshaus**. T.-D.: Die Versammlung mit dem **Varbeiteren**. Erhöhung der Beiträge von 60 auf 65 A. bei **Karl Herhardt**.  
**Spremberg.** Abends 8½ Uhr bei **Knorr**, **Wartenstr. 14**. Mitglieder sind mitzubringen.

**Mittwoch, den 16. Juni.**

**Döbeln.** Abends 6½ Uhr. Mitglieder sind mitzubringen.  
**Donnerstag, den 17. Juni.**  
**Grünberg i. Schl.** Abends 6½ Uhr in **Adams Lokal**.  
**Sorau.** Abends 6½ Uhr in der „Flora“. Massenbesuch ist notwendig. Die Brüder sind mitzubringen.

**Sonntagsabend, den 19. Juni.**

**Aken.** Abends 8½ Uhr.  
**Lörrach.** Abends 8 Uhr in den „Drei Königen“. Brüder sind mitzubringen.

**Sonntag, den 20. Juni.**

**Bleekede.** Nachm. 3 Uhr. Tagesordnung wichtig. Brüder sind mitzubringen.  
**Coln.** Vorm. 11 Uhr im „Vollhaus“. Beschlußfassung über das **Ortsstatut**. Mitglieder sind mitzubringen.  
**Grossenhain.** Abends 8½ Uhr nachm. in **Wichtiges Saal**, **Radegaststraße**. Tagesordnung sehr wichtig.  
**Langenwelzendorf.** Nachm. 6 Uhr bei **Witte Sporn**.

**Dienstag, den 22. Juni.**

**Antonienhütte.** Abends 8 Uhr in **Neuborf** bei **H. Hoff**, **Waldstr.** Referent K. Bunde.

**Zentralkrankenkasse der Maurer usw.**

**Sonntag, den 13. Juni:** **Luckenwalde.** Nachm. 3 Uhr bei **Rehmann**, **Stiftstraße**, **Bahnhof**.